



Politische Berichte

Nummer 24 / 11. Jahrgang

23. November 1990

G 7756 D Preis 1,50 DM

Spekulativer Bundeshaushalt 1991

Regierung legt Eckwerte vor/Finanzierung auf Kosten der Lohnabhängigen vorgesehen

Die Steuer- und Finanzpolitik der Bundesregierung ist keineswegs chaotisch, ohne Konzeption, widersprüchlich oder was immer die SPD-Opposition wahlkämpferisch an Vorwürfen entwickelt. Die Bewältigung der sogenannten Kosten der Einheit soll vielmehr streng nach marktwirt-

schaftlichen Gesichtspunkten durchgeführt werden. Die Regierung Kohl spekuliert bei der Ostkolonisation darauf, daß ihre angebotsorientierte Politik zu einer weiteren Senkung des Werts der Arbeitskraft und somit auch zu einer Fortsetzung des Wirtschaftsaufschwungs führt.

Die Bundesregierung hofft tatsächlich, wenn alles gut geht, ohne Erhöhung von Steuern durchzukommen. Wie soll das vor sich gehen?

Der Haushalt ist angespannt, weil Mittel nötig sind, um in den Ostländern Infrastrukturen aufzuziehen, die dem hochmonopolisierten Standard im Westen entsprechen, also dichtes Verkehrs- und Telefonnetz; Erhöhung der Verwaltungsdichte (Polizei, Justiz, aber auch privat bei Geldverkehr und Produktionslenkung). Hierbei soll die Marktwirtschaft wahre Wunder wirken. Durch eine geringfügige, auf zwei, drei Jahre beschränkte Startfinanzierung der öffentlichen Hand als Anreiz für privatwirtschaftliche Durchführung von Investitionsprojekten soll sich ein Bauboom im Osten entwickeln, der alles andere nach sich ziehen und die Vorschüsse und Kredite aus dem Staatshaushalt bald überflüssig machen würde. Beispiele: Ausbau der Telefonverbindungen durch (subventionierte) Privatgesellschaften oder sogar die Bundeswehr; Autobahnbau in Regie von Kapitalgesellschaften.

Das Konzept stammt aus dem klassischen Vorkriegs-Krisenbewältigungsprogramm von Marktwirtschaften, wurde einst theoretisch entwickelt von Keynes und praktisch erprobt in den USA vor dem Zweiten Weltkrieg. Seinen besonderen Reiz soll das Verfahren

dadurch erhalten, daß über die zentralstaatliche gesteuerte Treuhand-Anstalt im Osten bestehende Produktionsanlagen und Infrastruktur gezielt vernichtet werden können.

Hieraus würde zugleich ein weiterer Faktor für Aufschwung und damit volle Staatskassen entstehen. Der Arbeitsmarkt, der im Westen in den letzten Monaten eher Zeichen von Anspannung zeigte, wird wieder überfüllt. Kohl, Waigel, Haussmann/Lambsdorff rechnen mit einer Wiederholung der Situation nach der Ablösung der Regierung Schmidt. Eine gezielte Überfüllung des Arbeitsmarktes senkt ganz „angebotsorientiert“ die Lohnkosten für die Kapitalisten und verschafft ihnen damit eine Grundlage für Expansion und Konkurrenzvorteil auf den Weltmärkten. Die entsprechende Sozialpolitik ist Bestandteil der Eckwerte zum Bundeshaushalt und der mittelfristigen Finanzplanung.

So heißt es im entsprechenden Beschluß der Bundesregierung, daß „durch systemkonforme zeitlich befristete Maßnahmen“ der Zuschußbedarf für die Arbeitslosenkasse gesenkt werden soll. Außerdem sollen die durch die Beschäftigungsausdehnung entstandenen Überschüsse der Rentenversicherung in die Arbeitslosenversicherung umgelenkt werden; Zuschüsse zur Krankenversicherung in den Ostländern wer-

den ab 1991 nicht mehr gezahlt. Der so entstehende Druck auf die Lohnabhängigen dort wird die Zufuhr auf den Arbeitsmarkt erhöhen und durch die zwangsläufig sich verstärkende Wanderungsbewegung auch in den Westländern wirken.

Schließlich will die Bundesregierung Geldmittel für die Ostkolonisation durch Senkung der „unproduktiven Staatsausgaben“ mobilisieren. Vor allem die Kommunen sollen herangezogen werden. In den Eckwerten zum Bundeshaushalt fordert die Regierung: „Die bisherigen Bundesländer müssen einen deutlich größeren Anteil der Kosten der deutschen Einheit übernehmen als bisher.“ Dazu sollen die Länder und Gemeinden ihre Gebührenpolitik überprüfen, weitere Leistungen einstellen oder privatisieren.

Selbst wenn diese hochspekulative Politik der Bundesregierung auf Finanzierung nach dem Schneeballprinzip in dem von ihr erhofften Sinne gelingt, wird der Druck auf die Arbeiterbevölkerung enorm sein und die Spaltung der Gesellschaft in arm und reich sich vergrößern. Ein gewisses Gegengewicht könnte allerdings die gewerkschaftliche Lohnpolitik setzen.

Quellenhinweis: Eckwerteschluß zum Bundeshaushalt 1991 und zum Finanzplan bis 1994; BMF-Pressemitteilung vom 14.11. — (alk)



Anfang der Woche wurde in Paris das zuvor in Wien ausgehandelte „Abrüstungsabkommen“ ratifiziert. U.a. muß die Nato die Zahl ihrer Kampfpanzer „zwischen Atlantik und Ural“ um 3000 auf 20000 verringern. Die Nato verschiebt ihre „überzähligen“ Waffen an den Golf. So wird das Abkommen erfüllt und die Kampfkraft des Westens bleibt erhalten. Bild: Kohl und Bush in Oggersheim. — (rül)

Momper läßt den Knüppel los

Hemmungslose Räumung besetzter Häuser im Ostteil Berlins

Das Vorgehen des Staatsapparates bei der Räumung mehrerer besetzter Häuser seit dem 12.11.90 im Ostteil der Stadt läßt bislang folgende Schlüsse zu: Die angelegte Taktik und der sogar bundesweit betriebene Aufmarsch des Polizeiapparates ist nur denkbar über einen längeren Planungs- und Vorbereitungszeitraum. Dies wird von einer geheimgehaltenen Kommandoebene betrieben worden sein, bestehend aus Beamten der entsprechenden Senatsverwaltungen und dem Polizeiapparat.

Es wurde mit einem Überraschungseffekt gearbeitet, weil eine akute Räumungsfahr nur für die Häuser bestand, die nach dem 24.7.90 besetzt wurden. Dies war der Fall bei der Räumung zweier Häuser in der Pfarrstr. (Lichtenberg) und eines in der Cothelnisstr. (Prenzlauer Berg) am Montag morgen. Dies galt aber nicht für die Häuser in der Mainzerstraße, in der die Auseinandersetzung eskalierte. Die Mainzerstraße zählt 26 Häuser, von denen mindestens 13 besetzt waren. Also eine hohe Anzahl besetzter Häuser auf relativ engem Gebiet, was dem Staatsapparat von Anfang an mißfiel. Dort konzentrierte die Polizei nach den am Montag morgen vollzogenen Räumungen ihre Kräfte und versuchte, alle Ansätze von Solidaritätskundgebungen etc. mit den geräumten Häusern zu zerschlagen, um diese dann zum Anlaß zu nehmen, um gegen die besetzten Häuser in der Mainzerstraße konkret vorzugehen, was in den ersten Anläufen scheiterte. Eine Räumung wurde mit allen Mitteln

versucht. So wurden zum Beispiel die aus Mogadischu bekannten Blend-schockgranaten eingesetzt.

Die dann am Mittwoch morgen vollzogene Räumung sollte weiterhin verdeutlichen, daß jetzt und zukünftig in Berlin die politischen Geschehnisse ausschließlich vom Senat als Zentralregierung beherrscht werden. Dies gilt insbesondere gegenüber dem Ostteil der Stadt. Die Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain verweigerte am Montag-nachmittag ihre Unterschrift unter ein Räumungsbegehren. Dieses lag dann am Dienstagnachmittag vor, unterzeichnet von dem westberliner Geschäftsführer! Alle Vermittlungsversuche durch den Bezirksbürgermeister Mendiburu oder Persönlichkeiten wie Bärbel Bohley u.a. wurden von Senatsstellen zur Kenntnis genommen, aber in keinsten Weise darauf reagiert. Der Senat verfolgte einzig und allein das Ziel, einen militärischen Sieg zu erzielen.

Für die Besetzer in der Mainzerstraße und den übrigen besetzten Häusern gibt es mittlerweile ein relativ breites Unterstützungsspektrum. Bei der Räumung in der Mainzerstraße befanden sich auch Leute aus dem PDS-Parteipräsidium, der LiLi/PDS und der Alternativen Liste in den Häusern. Am Mittwoch demonstrierten ca. 10000 Menschen u.a. „für eine Nicht-Räumungs-Garantie des Regierenden Bürgermeisters, Momper, für alle besetzten Häuser“ (Aufruf Flugblatt). Am Sonntag, den 18.11., demonstrierten über 10000 Menschen trotz relativ schlechter Mobilisierung. — (hga)

USA, New York: Gewerkschaften gegen Presse-Monopol



Seit dem 25. Oktober kämpfen die 3000 Lohnabhängigen der zweitgrößten US-Tageszeitung, der New Yorker Zeitung „Daily News“, gegen den Konzern, der die Gewerkschaft im Betrieb

zerschlagen will. Am 1. November beteiligten sich 15000 Lohnabhängige in New York an einer Solidaritätsdemonstration mit der streikenden Belegschaft (Bild). — (rül)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Anachronistischer Zug 1990 begonnen

Am 18.11. begann in Bonn der „Anachronistische Zug 1990“. Nach Auf-führungen in Köln, Frankfurt und Kassel führt der Zug durch das Gebiet der früheren DDR und endet am 2.12., am Tag der Bundestagswahl, in Berlin. Der Zug, bestehend aus einem Dutzend Militärlastwagen und sechs Luxuslimousinen, stellt das Gedicht „Der Anachronistische Zug oder Freiheit und Demokratie“ von Bert Brecht vor. Nach Angaben des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD, der den Zug initiiert hat, kostet die Aktion etwa 1,2 Mio. DM. Mehrere Persönlichkeiten haben ihre Unterstützung erklärt. — (rül)

Neue rechte Parteigründung für 1991 in Sicht?

In der „Deutschen Rundschau“, herausgegeben von der aus den Republikanern ausgetretenen Neubauer-Fraktion, heißt es im November: „Nach der Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 wird niemand mehr Verständnis für das Nebeneinander und Gegeneinander deutscher Patrioten haben ... Schon im nächsten Jahr sollte es uns gelingen, eine

breite Sammlungsbewegung auf die Beine zu stellen, um bis 1994 die Voraussetzungen eines Bundestageinzuges zu schaffen ... Die Zeit ist reif!“ Die Kölner Republikaner, darunter Manfred Rouhs, Herausgeber von „Europa vorn“, hatten sich am 2./3.11. an dem Kongreß „Initiative Deutschland 90“ beteiligt und danach verlauten lassen, die Gründung einer neuen Rechtspartei stünde bevor: „Köln ist dafür der Motor“. — (u.b.)

Stoppt den Krieg am Golf! Kein Blut für Öl!

Unter diesen Losungen findet am 24.11. in Bonn eine Demonstration gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen am Golf statt. Trägerkreis sind die Aktion Sühnezeichen, Initiative Kirche von unten, Pax Christi, Komitee für Grundrechte und Demokratie u.a. Zu den Aufrufem gehören u.a. die Jusos, Naturfreundejugend, PDS-Präsidium, Die Grünen, IG Metall-Jugend. In dem Aufruf wird gefordert: Schluß mit dem militärischen Aufmarsch am Golf, Freilassung aller Geiseln, Selbstbestimmung für Kuwait, Keine deutschen Soldaten an den Golf, Kündigung des WHNS-Abkommens, Verbot der Rüstungsexporte

und die Einberufung einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten. Geplanter Ablauf: 13 Uhr Menschenkette am Kanzleramt, 13.30 Uhr Demonstration zur Innenstadt, 14.30 Uhr Kundgebung Marktplatz. — (rül)

Aktionseinheit gegen den türkischen Staatsterror

In Karlsruhe rufen Devrimci Isci, kurdische Patrioten, TDKP, Sympathisanten der TKIH, BWK, Kurdistan Komitee und Volksfront zur Solidarität mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen und ihren Angehörigen in Kurdistan und der Türkei auf. Sie fordern die Beendigung der türkischen Politik der verbrannten Erde, der Massaker und der Deportationen in Kurdistan, Schluß mit Folter und Zwangsverlegungen in den türkischen Gefängnissen, keine Vollstreckung der 250 Todesurteile. Von der BRD wird sowohl die Einstellung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung der Türkei verlangt wie auch kein Bundeswehrein-satz in der Türkei. Aufgerufen wird zu einer Kundgebung am 24.11. am Karlsruher türkischen Konsulat und zu einem Solidaritätshungerstreik. — (rub)

EVP will den EG-Militärpakt

Die Europäische Volkspartei (EVP), Zusammenschluß von 13 christdemokratischen Parteien aus 11 EG-Staaten, hat sich auf ihrem 8. Kongreß Mitte November in Dublin für die Beschleunigung der „europäischen Einigung“ ausgesprochen. Die EG-Außen- und Verteidigungsminister sollten einen „Ministerrat für Sicherheit“ bilden, der nach Mehrheit entscheide, die Verteidigungsminister einen zusätzlichen Verteidigungs-Ministerrat. Dessen Kompetenz müsse die „Organisation einer gemeinsamen Verteidigung“, die Koordination von Waffenproduktion und Waffenexport sowie die strategische Planung sein, heißt es in den in Dublin verabschiedeten „Leitlinien für eine föderale Verfassung der Europäischen Union“. 33 Jahre nach ihrer Gründung habe die EG einen „Nachholbedarf“, was ihre „Handlungsfähigkeit nach außen“ betrifft. BRD-Kanzleramtsminister Stavenhagen (CDU) plädierte für die Schaffung einer „europäischen Staatsbürgerschaft“. Vor der Konferenz hatte der italienische Außenminister vorgeschlagen, die WEU der EG „anzugliedern“. Quellen: FAZ, 16.11., Handelsblatt, 19.11. — (rül)

Aktuell in Bonn

Gegen Nazi-Opfer

Der Bundestag lehnte am 31.10. mit den Stimmen von CDU/CSU/FDP den SPD-Antrag zur Errichtung einer Stiftung „Entschädigung für Nazi-Unrecht“ ab. Die Regierung berief sich dabei auf die „Verbesserung von Leistungen“ für Nazi-Opfer wie die „Gewährung“ eines Taschengelds von 200 DM für zwangssterilisierte Heimbewohner und die Herabsetzung des Behinderungsgrades von 40 auf 25 Prozent als Voraussetzung der Anerkennung eines „nachhaltigen Gesundheitsschadens“. Ein Änderungsantrag der Grünen/Bündnis 90 zugunsten u.a. von Sinti und Roma und Opfern der NS-Militärjustiz wurde ebenfalls abgelehnt.

Polen: 5. Kolonne

Am 15.11. schilderte Kohl im Bundestag die gleichzeitig mit dem Grenzabkommen ausgehandelten Sonderrechte für die (pro-deutsche) „Minderheit“ in Polen. Man sei sich einig, „daß eine umfassende Regelung der Rechte der deutschen Minderheit in Polen ... Kernstück unseres Vertrages sein wird.“ Durch die Aufnahme der Sonderrechte dieser „deutschen Minderheit“ in Polen werde deren Stellung „nunmehr in den Rang völkerrechtlicher Verpflichtungen“ (der polnischen Regierung gegenüber der BRD) erhoben. Die BRD wird „Schutzmacht“ für Leute in Polen. Sprachunterricht, Gottesdienste, Kulturarbeit und „politische Vertretungsrechte“ dieser 5. Kolonne des DM-Imperiums in Polen (man vergleiche die parlamentarische Vertretung von Ausländern in der BRD!) sollen folgen.

Kriegstruppe für Europa

Dreierlei Kräfte will Stoltenberg in der künftigen Bundeswehr haben: Erstens solche, die „schon im Frieden im wesentlichen voll präsent sind“ und Wehrpflichtige ausbilden sollen. Sie sollen auch Flugsicherung, Rettungsdienste und „Raumüberwachung“ leisten — also auch im Innern einsetzbar sein. Zweitens gekaderte Kräfte, die im Konflikt durch Reservisten aufgefüllt werden. Drittens „schnell verfügbare“ Kräfte, die für den Fall „regionaler Konflikte in Europa sowie als deutscher Beitrag zu multinationalen Einsätzen des Bündnisses und ... im Rahmen internationaler militärischer Missionen der UN“ eingesetzt werden sollen. Insgesamt also eine schnell auffüllbare Fast-Berufarmee für Kriege in Europa und weltweit.

Gladio: Terroristische Vereinigung

Seit den 50er Jahren besteht in der BRD eine Geheimorganisation der Nato („Gladio“), die direkt dem Kanzleramt untersteht. „Stern-tv“ berichtet von einem hohen Anteil von Ex-Nazis in der von Ex-PG Globke unter Kanzler Adenauer aufgebauten Gruppe. Es habe „Todeslisten“ u.a. von SPD-Politikern gegeben, die bei einem Einmarsch des Warschauer Paktes ermordet werden

sollten. Eine „terroristische Vereinigung“ also. Laut Kanzleramtsminister Stavenhagen besteht „Gladio“ „nur noch“ aus ein „paar Dutzend“ Leuten und soll „bis zum Frühjahr“ 1991 aufgelöst werden. In den 70er Jahren habe die „Sondereinheit des BND“ (der lt. Gesetz nur im Ausland tätig sein darf) über 200 Mann gehabt. SPD-MdB Scheer hält „Gladio“ für einen Fall für die Bundesanwaltschaft.

Kein Bleiberecht

Die Bundesregierung erläuterte Ende Oktober vor dem Innenausschuß die „rechtliche Lage der Ausländer“ im Gebiet der ehemaligen DDR. Demnach wird ihnen in den östlichen neuen Bundesländern nicht einmal das in der West-BRD geltende „Bleiberecht“ zugestanden. Hierfür gebe es „keinerlei humanitäre oder moralische Verpflichtung“ für die Bundesrepublik. Vorrangig betroffen sind „Werkvertragsarbeitnehmer“, 60000 aus Vietnam, 16000 aus Mosambik, 9000 aus Kuba, 7000 aus Polen und 1000 aus China und ca. 9000 Studierende. Presseberichte über bevorstehende faktische Abschiebungen in die Heimatländer aber seien „falsch“.

Telefonnetze privat

Bundespostminister Schwarz-Schilling wird (laut „FAZ“ vom 19.11.) noch in diesem Monat ein „Dringlichkeitsprogramm“ für den Ausbau des gesamtdeutschen Telefonverkehrs vorlegen. Statt 4,5 (bislang) sollen 5,5 Milliarden Mark ausgegeben werden, private Beteiligung ist vorgesehen. Weiterhin wird in Bonn die Privatisierung des Postunternehmens „Telekom“ diskutiert, welches als Monopolist die Ortsnetze an Interessenten „vergeben“ soll.

Veruntreuungsanstalt

Im Unterausschuß „Treuhandaanstalt“ des Haushaltsausschusses forderte die CDU/CSU eine Novellierung des Treuhandgesetzes, da die bisherige „Hold-linglösung“ den Fluß der Privatisierungserlöse z.B. steuerlich erschwere. Die Regierung betonte vor dem Unterausschuß, Privatisierung habe jedenfalls „Vorrang vor Sanierung“. Die Grünen wandten sich gegen eine „reine Verkaufsveranstaltung“ und fordern Ländershoheit über die zu bildenden Aktiengesellschaften, um eine „den Länderbedürfnissen entsprechende Sanierung“ zu ermöglichen.

Was kommt demnächst?

Am 22.11. tagt der Bundestag das letzte Mal vor den Wahlen. Am 28.11. trifft der rumänische Regierungschef Roman zu einem Besuch in Bonn ein. Am 2.12. sind Bundestagswahlen. Am gleichen Tag wollen die Präsidenten der EG-Zentralbanken abschließend über ein Statut der geplanten EG-Zentralbank beraten. Am 13.12. tagt in Rom der EG-Gipfel. Etwa am 20. bis 22.12. soll der neue Bundestag erstmals im Reichstag zusammentreten.

Verfassungsschutz will PDS-Archive haben

Reaktionäre Geheimbünde werden ermuntert, Verfolgung der Linken nimmt zu

In der BRD gibt es bis auf den heutigen Tag eine geheime Eingreiftruppe namens Gladio. Sie ist von der Regierung jetzt ausdrücklich legitimiert, politisch tätig zu sein. Wel-

ches Ministerium für den Geheimbund verantwortlich ist, bleibt im Dunkeln. Sofort soll diese Geheimarmee auf jeden Fall nicht aufgelöst werden, angeblich im nächsten Jahr.

Die Vermutung, innerhalb des Staatsapparates würden reaktionäre und faschistische Kräfte Wühlarbeit leisten, bestärkt sich. Die Behandlung des Falls „Gladio“ durch die staatlichen Institutionen wird diese Leute anspornen. Wenn sich die Presse über Stasi und SED-Seilschaften aufregt, bleibt zu fragen: Sollen Killerkommandos fester Bestandteil dieser Gesellschaft werden?

Die BRD-Staatsbehörden kümmern all dies wenig. Sie gehen weiter dazu über, den politischen Widerstand in der BRD zu bekämpfen. Die Grünen wurden jetzt das zweite Mal durchsucht. Das MO-Verfahren gegen die DKP läuft weiter. Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Boeden, erklärte am 19.11. in der „Welt“, es sei unverzichtbar, daß man an die Archive der PDS herankomme: „Ohne das Archiv der PDS ist eine Aufarbeitung von 40 Jahren SED-Herrschaft überhaupt nicht denkbar.“ Über die PDS sagte Boeden: „Man darf ein gesundes Mißtrauen haben, ob die PDS was anderes ist als ihre Vorläuferorganisation.“ Die BRD-Staatsbehörden wollen also nicht nur ein

Zentralregister für PDS-Leute, sondern umfassende langjährige Recherchen anstellen, die über die Materialien der Erfassungsstelle Salzgitter weit hinausgehen. Angesichts der großen Zahl früherer SED-Mitglieder bedeutet das: Ausforschung, Bespitzelung und Unterdrückung von Millionen früherer DDR-Bürger.

Bundeskanzler Kohl hat jetzt 160 Leute dafür abgestellt, die Enteignung der PDS zu vollziehen. Das Vermögen „ist als das einer kriminellen Vereinigung vom Staat einzuziehen“, fordert E. von Loewenstern in der „Welt“.

Die PDS hat entschieden, daß sie 80 Prozent ihres Vermögens abgeben will. Die Strategie der PDS in der Vermögensfrage ist kaum nachvollziehbar. Für was kämpft der Parteivorstand eigentlich? Es wird viel von Erneuerung gesprochen, aber daß zumindestens ein Teil der Vermögenswerte unteren Parteieinheiten übertragen werden, z.B. den Landesverbänden, wäre vielleicht eine Möglichkeit, eine Widerstandsfront zu errichten. Dieser Schritt hätte frühzeitig eingeleitet werden können. Viel-

Geschäftsstelle der GRÜNEN durchsucht

„Jetzt erst recht: Laßt Euch nicht als Kanonenfutter am Golf mißbrauchen“

Am 12.11.90 durchsuchte ein großes Polizeiaufgebot die Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN in Bonn nach einem Aufruf an die Soldaten der Bundeswehr und der NVA, sich dem Aufrüstungskurs der zukünftigen gesamtdeutschen Armee zu verweigern. Der Aufruf wurde auf einem Sonderparteitag der bayerischen Grünen am 23.9.90 als offener Brief beschlossen und wurde auch bundesweit verbreitet.

Presseerklärung vom 12.11.90

„Heute hat die Polizei auf Antrag der Staatsanwaltschaft Bonn die Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN durchsucht. Sie suchte nach dem Beschluß der Bundesdelegiertenkonferenz von Bayreuth von Ende September »Soldaten ... laßt Euch nicht als Kanonenfutter für einen Krieg am Golf und anderswo einplanen!«. DIE GRÜNEN rufen darin die Soldaten auf, sich nicht in den Golf schicken zu lassen. Diese Aufforderung entspricht der Rechtsgrundlage: Die Bundeswehr hat kein Recht, sich außerhalb des NATO-Bereichs zu betätigen.“

Es ist kein Zufall, daß die Bundesgeschäftsstelle gerade jetzt durchsucht wird. Die Krise am Golf spitzt sich dramatisch zu. Der Wille der US-Regierung, militärisch einzugreifen, ist offenkundig — Opposition dagegen soll illegalisiert werden.

Die USA brauchen für die Rolle des Weltpolizisten einen neuen Gegner, nachdem der Feind nicht mehr im Osten steht. Sie plant daher im Nahen Osten den Krieg.

Die USA brauchen das Öl anderer Nationen und Generationen, weil sie auf Kosten der Menschheit Energie verantwortungslos verschwenden.

Die Krise in der Golf-Region muß friedlich beigelegt werden.

Wir halten daher an unserem Beschluß fest: Laßt Euch nicht als Kanonenfutter am Golf mißbrauchen.“

Aus dem Offenen Brief der GRÜNEN, beschlossen auf dem Sonderparteitag in Bayreuth:

„Soldaten und Rekruten der Bundeswehr und der NVA!“

Verweigert Euch dem Aufrüstungskurs der zukünftig gesamtdeutschen Armee! Laßt Euch nicht als Kanonenfutter für einen Krieg am Golf oder anderswo einplanen! ...

Die Bundesregierung will das Grundgesetz ändern, um die Bundeswehr künftig auch außerhalb des bisherigen NATO-Auftragsbereiches einsetzen zu können — z.B. an der Seite der USA am Golf. Die SPD ist auch dafür. Sie ist zufrieden, wenn dies nur „multinational und im Rahmen der UN“ geschieht ...

Die Golfkrise darf zugleich nicht zum Anlaß genommen werden, deutsche Ansprüche, als ökonomisch und zunehmend auch politisch in Europa dominantes Land in den Kreis der Großmächte aufzurücken, nun mit „Germans to the front“ zu untermauern. Zwischen CDU/

Inzwischen werden mit einer Kurzfassung des Aufrufs Unterschriften gesammelt. Diese Unterschriftensammlung erscheint durchaus unterstützenswert und kann zu einer Sammlung der Kräfte gegen die neudeutsche Großmacht-politik beitragen. Die Unterschriftenliste kann bei der Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN, Colmantstr. 36, 5300 Bonn 1, T. 0228 / 726 13 36 angefordert werden. — (chl, VF)

Sagt Nein!

Eure Verfügbarkeit als Soldaten für diese Planungen ist ein wesentlicher Faktor ihrer Durchführbarkeit: Widerstand, politischer Protest und Verweigerung aus den Reihen der Armee selber mithin ein ernsthafter Störfaktor für die Planer im Kabinett und auf der Hardt-Höhe bzw. in den NATO-Headquarters.

Wir rufen Euch ganz besonders dazu auf: Verweigert Euch diesen Planungen! Verweigert den Kriegsdienst, verlaßt die Armee! Laßt Euch nicht zum Kanonenfutter für eine verfehlte und nicht dem Frieden und der Unabhängigkeit unseres Landes dienenden Politik machen — denn Ihr werdet es sein, die als erste für Großmachtambitionen und militärische Abenteuer den Kopf hinhalten müssen. Wenn Ihr den Befehl bekommt, in einen Krieg irgendwo auf der Welt zu gehen, dann SAGT NEIN und BEGEHT FAHNENFLUCHT!

Wir wollen, daß es keinen Krieg mehr gibt — nicht um Öl, nicht um fremde Länder, nicht um Vorherrschaft und Machtansprüche! DIE GRÜNEN lehnen jedes militärisches Eingreifen der Bundeswehr am persischen Golf ab. Sie halten die indirekte Unterstützung der Bundesregierung für militärische Operationen am Golf (Geld zur Finanzierung, Waffen der Bundeswehr, Transportmittel) für falsch. Die Bundesrepublik darf nicht Transitstelle des Aufmarsches der USA sein ... Das westliche Bündnis sucht eine neue Rolle für sich selbst und seine Mitglieder. Die militärische Zusammenarbeit der westeuropäischen Länder im Rahmen der Westeuropäischen Union und der Europäischen Union wird ausgebaut ... Auch im UNO-Rahmen wäre eine Beteiligung der Bundeswehr an Militäreinsätzen politisch verhängnisvoll, da dies als „Türöffner“ für andere Einsätze etwa im Rahmen der WEU oder NATO dienen könnte ...

DIE GRÜNEN LV Bayern Pressemitteilung vom 12.11.90

„Die Grünen fordern die in Mittelfranken stationierten US-Soldaten auf, zu desertieren.“

Nach einem Bericht der „Nürnberger Nachrichten“ vom 10.11.90 sollen

noch im November die 1. US-Panzerdivision aus Ansbach und das 2. Panzer Aufklärungsregiment aus Nürnberg nach Saudi-Arabien verlegt werden. Damit werden ca. 70 % der GIs aus Mittelfranken in das Krisengebiet im Mittleren Osten verfrachtet. Hierzu erklärte

Hans-Hermann Hann, Mitglied im Landesvorstand der bayrischen GRÜNEN: „Ein Krieg zwischen dem Irak und den USA wird immer wahrscheinlicher, und eine politische Lösung rückt in immer weitere Ferne. Krieg ist ein durch nichts zu rechtfertigendes Mittel zur Lösung von internationalen Konflikten. Die jüngere Vergangenheit hat gezeigt, daß zwischenstaatliche Probleme nur politisch und nicht mehr militärisch gelöst werden können.“

Die Industriestaaten, einschließlich der BRD, haben mit ihren Waffenlieferungen an den Irak erst den Überfall auf Kuwait ermöglicht. Ohne ihre Technologie und Waffen wäre es nicht zu diesem Golfkonflikt gekommen. Wenn die USA als Weltmacht heute säbelrasselnd den Konflikt zwischen Irak und Kuwait mit militärischen Mitteln „lösen wollen“, so „weisen“ sie nicht einen Aggressor in seine Schranken, sondern sie vertreten ausschließlich ihre eigenen wirtschaftlichen und imperialen Interessen, wie sie es auch z. B. in Grenada und Panama getan haben. In einem Krieg am Golf wird es nicht um Menschenrechte, sondern ausschließlich um die Erdölfelder des Mittleren Ostens gekämpft werden. Dafür werden auch Tausende von Toten in Kauf genommen.

Die GRÜNEN in Bayern rufen alle GIs auf, sich an diesem mörderischen Krieg nicht zu beteiligen. Wir fordern alle GIs und die Angehörigen der US-Streitkräfte, insbesondere in Mittelfranken, auf, zu desertieren, bevor es zu spät ist. Desertieren ist ein Menschenrecht, weil niemand verlangen kann, daß ein Mensch andere tötet oder sich für irgend eine Sache von anderen töten läßt.“

Nachtrag: Am 20.11. wurde die Bundesgeschäftsstelle der Grünen in Bonn erneut von Polizei und Staatsanwaltschaft durchsucht. Erneut wurden Flugblätter beschlagnahmt, die Soldaten, die am Golf eingesetzt werden sollen, zur Desertion aufrufen. Außerdem beschlagnahmte die Polizei die Anschriften der Mitglieder des Bundesvorstands. Die Grünen erwägen rechtliche Schritte wegen „Behinderung des Wahlkampfs“. — (rül)

Kurdistan: Erfolg im Hungerstreik

Wichtige Forderungen der Gefangenen wurden erfüllt

Die Hungerstreiks der politischen Gefangenen, ihrer Angehörigen und Freunde, die mit den Zwangsverlegungen von 100 politischen Gefangenen aus dem Gefängnis Diyarbakir am 7.10. begonnen hatten und sich auf 36 Städte in Kurdistan und in der Türkei ausdehnten, wurden zum Teil am 14.11. beendet.

Diese Hungerstreiks, an denen sich über 600 politische Gefangene und über 3000 Angehörige und Freunde beteiligten, haben sich zu einem massenhaften Widerstand entwickelt. Der türkische Staat war dadurch gezwungen, Forderungen der politischen Gefangenen zu erfüllen. Am 14.11. endeten um 23.45 Uhr die Verhandlungen in Diyarbakir. an denen vier Vertreter der Gefangenen, vier Vertreter der Angehörigen im Hungerstreik, der Vorsitzende der Anwaltskammer Diyarbakir, Fethi Gümüş, der Direktor des Gefängnisses Diyarbakir und der Staatsanwalt von Diyarbakir beteiligt waren. Bei Redaktionsschluß stand fest, daß folgende Forderungen der Hungerstreikenden erfüllt worden sind:

— Die Rechte, die die politischen Gefangenen bis zum 7.10. besaßen, werden wiederhergestellt;

— die Gefangenen, die zwangsverlegt worden sind und deren Prozeß noch

nicht abgeschlossen ist, werden wieder nach Diyarbakir zurückverlegt;

— die politischen Gefangenen bekommen das Recht, einen politischen Vertreter zu wählen;

— die politische Polizei und die Spezialteams betreten das Gefängnis nicht;

— Die Gefangenen bekommen das Recht, alle legal erscheinenden Bücher, Zeitschriften und andere Publikationen zu beziehen;

— die Gefangenen haben das Recht auf Kommunikation mit Gefangenen aus anderen Abteilungen des gleichen Gefängnisses;

— die Gefangenen erhalten das Recht, sich im Krankheitsfall von Ärzten ihrer Wahl außerhalb des Gefängnisses behandeln zu lassen.

Nach Abschluß dieser Verhandlungen gaben die Angehörigen in einer Pressekonferenz in Diyarbakir am 15.11. um 10.00 Uhr bekannt, daß die Hungerstreikaktion dort beendet ist.

Die Hungerstreikaktionen außerhalb der Gefängnisse in Izmir, Istanbul, Antep, Antalya und anderen Städten dauerten bei Redaktionsschluß noch an. Ihre Forderungen sind u.a.: Schluß mit der Entvölkerung und Genozidpolitik und dem Staatsterror in Kurdistan.

Quelle: Kurdistan-Rundbrief 24.90 — (rül)

Bedingungen des PAC für Verhandlungen mit dem Siedlerregime

Interview mit Patricia de Lille, Verantwortliche für äußere Beziehungen des PAC intern

Nach unzähligen Meldungen über angebliche und tatsächliche Gewalt zwischen den schwarzen Südafrikanern fanden sich in der letzten Woche vermehrt Hinweise in den internationalen Nachrichten auf die immer noch bestehenden grundlegenden Gewaltverhältnisse in Südafrika. Noch immer ist es jedem weißen Südafrikaner erlaubt, 27 Waffen zu besitzen — und zwar Schusswaffen wie Messer — und bei sich zu tragen, noch immer ist es jedem als schwarz, farbig oder Inder klassifizierten Einwohner Südafrikas verboten, auch nur einen Stein zu werfen oder ein Küchenmesser bei sich zu tragen. Am 17. November erschoss die Siedlerpolizei in Townships um Johannesburg mehrere demonstrierende

Township-Bewohner, über 40 wurden verwundet. Die Bevölkerung der Townships protestiert gegen die menschenverachtenden Maßnahmen der Regierung, die den Townships Trinkwasser und Elektrizität sperrt, weil die Bewohner seit 1984 die überhöhten Gebühren boykottieren und noch immer für den Rücktritt der Township-Verwaltungen eintreten. Der Arbeitskreis zur Unterstützung der unabhängigen, schwarzen Gewerkschaften in Azania (Südafrika) hat zu den aktuellen Entwicklungen ein Interview mit der für Außenbeziehungen zuständigen Sekretärin des Inlandsflügels des PAC, Patricia de Lille, durchgeführt und den Politischen Berichten zur Verfügung gestellt. — (uld)

Arbeitskreis: Wir haben gehört, daß die südafrikanische Regierung alle politischen Parteien und Freiheitsbewegungen eingeladen hat, an Diskussionen über die Zukunft Südafrikas teilzunehmen. Was ist die Position des PAC zu dieser Frage?

Patricia de Lille: Der Pan Africanist Congress of Azania hat eine Einladung von der rassistischen Siedlerminderheitsregierung erhalten, mit ihr an vorbereitenden Gesprächen über Gespräche teilzunehmen. Der Präsident des PAC, der Genosse Zeph Mothopeng, überwies diese Einladung sofort, nachdem wir sie erhalten haben, an die Basisstrukturen des PAC — und das schließt die Verbündeten des PAC — die Pan Africanist Students Organisation, die Azanian Youth Movement und auch die African Women's Organization — ein. Wir haben diesen Brief auch an die externen Teile des PAC überwiesen sowie an die politischen Gefangenen aus dem PAC auf Robben Island und in den anderen Gefängnissen im Land. Das nationale Exekutivkomitee des internen PAC entschied unter Berücksichtigung der Stellungnahmen aus den externen und internen Gruppen des PAC wie auch der Berücksichtigung von Beratungen mit Regierungen, die uns unterstützen, wie folgt:

1. Es gibt keine Prinzipien, keine Taktik oder Politik, die uns daran hindert, eine demokratische Lösung der Probleme des Landes zu suchen.
2. Es wird keine Verhandlungen mit dem PAC geben, wenn solche nicht durch eine verfassunggebende Versammlung und Wahlen auf der Basis „Eine Person, eine Stimme“ in einem geeinten Staat vorbereitet werden.
3. Wir wünschen die Tatsache zu bekräftigen, daß wir kein Mandat haben, mit der Regierung zu verhandeln. Wir sind vorbereitet, uns Wahlen für ein Mandat in einer verfassunggebenden Versammlung zu stellen, mit dem Auftrag, eine neue Verfassung für unser Land zu entwerfen. Es gibt keine Basis, über Apartheid zu verhandeln, die übel ist und in ihrer Gesamtheit verschwinden muß.
4. Wir sind vorbereitet, über die Modalitäten zu Wahlen für eine verfassunggebenden Versammlung zu verhandeln, jedoch nur über das Datum, wer wählt, wie wir wählen und wer die Wahlen überwachen soll.
5. Wir bekräftigen unsere Verpflichtung, in der Zwischenzeit den Kampf an allen Fronten fortzusetzen, einschließlich des bewaffneten Kampfes. Es gibt keine Grundlage, die Kugel aufzugeben, wenn die Wahl noch nicht gesichert ist.
6. Wir bekräftigen außerdem unsere

tigen, daß wir kein Mandat haben, mit der Regierung zu verhandeln. Wir sind vorbereitet, uns Wahlen für ein Mandat in einer verfassunggebenden Versammlung zu stellen, mit dem Auftrag, eine neue Verfassung für unser Land zu entwerfen. Es gibt keine Basis, über Apartheid zu verhandeln, die übel ist und in ihrer Gesamtheit verschwinden muß.

4. Wir sind vorbereitet, über die Modalitäten zu Wahlen für eine verfassunggebenden Versammlung zu verhandeln, jedoch nur über das Datum, wer wählt, wie wir wählen und wer die Wahlen überwachen soll.

5. Wir bekräftigen unsere Verpflichtung, in der Zwischenzeit den Kampf an allen Fronten fortzusetzen, einschließlich des bewaffneten Kampfes. Es gibt keine Grundlage, die Kugel aufzugeben, wenn die Wahl noch nicht gesichert ist.

6. Wir bekräftigen außerdem unsere



Während der Protestdemonstrationen am 17. und 18. November in den Townships um Johannesburg töteten Polizei und Militär mindestens vier Teilnehmer, viele wurden verletzt.

UN-Erklärung für die Vernichtung der Apartheid

Forderungen der Vereinten Nationen für Verhandlungen in Südafrika

Die im folgenden in Auszügen dokumentierte Erklärung der 16. Generalversammlung der Vereinten Nationen wurde am 14. Dezember 1989 verabschiedet. Anders als bei früheren Beschlüssen der Generalversammlung sahen sich diesmal auch Großbritannien, die BRD und andere stetige

Stützen des Rassistenregimes gezwungen, zuzustimmen. Solange also die in dieser Resolution erhobenen Forderungen nicht erfüllt sind, hat sich zum Beispiel die Bundesregierung verpflichtet, Sanktionen und ähnliche Maßnahmen nicht zu lockern.

Die in der 16. Sondersitzung der Generalversammlung Versammelten ... erklären wie folgt:

1. Es besteht ein Zusammentreffen von Umständen, das die Möglichkeit schaffen kann, Apartheid durch Verhandlungen zu beenden, wenn eine sichtbare Bereitschaft auf der Seite des südafrikanischen Regimes besteht, ernsthaft und aufrichtig an Verhandlungen teilzunehmen, die von Seiten der Mehrheit der Bevölkerung Südafrikas in ihrem lange bestehenden Willen, eine politische Lösung zu erreichen, wiederholt aufrichtig gefordert wurden.
2. Wir wollen darum die Bevölkerung Südafrikas ermutigen, sich als Teil ihres legitimen Kampfes zusammenzuschließen, um zu verhandeln und das Apartheid-System zu beenden und allen Maßnahmen zuzustimmen, die notwendig sind, um ihr Land in eine nicht-rassistische Demokratie zu verwandeln. Wir unterstützen die Position, die von der Mehrheit der Bevölkerung Südafrikas eingenommen wird, daß diese Ziele und nicht die Verbesserung oder die Reform des Apartheid-Systems das Ziel von Verhandlungen sein sollte.
3. Wir stimmen überein mit dem Volk von Südafrika, daß das Ergebnis eines solchen Prozesses eine neue Verfassungsordnung sein sollte, bestimmt durch das Volk und basierend auf der Charta der Vereinten Nationen und der Erklärung der Menschenrechte. Wir halten darum folgende grundlegende

Prinzipien für wichtig:

- a) Südafrika soll ein geeinter, nicht-rassistischer und demokratischer Staat werden.
- b) All seine Bewohner sollen die gleiche und allgemeine Staatsbürgerschaft und Nationalität erhalten, unabhängig von Rasse, Farbe, Geschlecht oder Glauben.
- c) Alle seine Einwohner sollen das Recht haben, an der Regierung und Verwaltung des Landes teilzunehmen auf der Grundlage allgemeinen und gleichen Wahlrechts, mit einem nicht-rassistischen Wählerverzeichnis, mit geheimer Abstimmung in einem geeinten und nicht-geteilten Südafrika.
- d) Alle sollen das Recht haben, politische Parteien ihrer Wahl zu bilden und ihnen beizutreten, vorausgesetzt, daß diese nicht der Förderung von Rassismus dienen.
- e) Alle sollen die allgemein anerkannten Menschenrechte, Freiheiten und Bürgerrechte, die durch eine verankerte Erklärung der Rechte geschützt werden, genießen.
- f) Südafrika soll ein Rechtssystem haben, das Gleichheit vor dem Gesetz für alle garantiert.
- g) Südafrika soll eine unabhängige und nicht-rassistische Gerichtsbarkeit haben.
- h) Es soll eine ökonomische Ordnung geschaffen werden, die das Wohlergehen aller Südafrikaner befördert und voranbringt.
- i) Ein demokratisches Südafrika soll die

Rechte, die Souveränität und die territoriale Integrität aller Länder respektieren und eine Politik des Friedens, der Freundschaft und Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil mit allen Völkern verfolgen.

4. Wir glauben, daß das Akzeptieren dieser fundamentalen Prinzipien eine Basis für eine international akzeptable Lösung bewirken kann, die Südafrika in die Lage versetzen wird, seinen rechtmäßigen Platz als gleichberechtigter Partner in der Weltgemeinschaft der Nationen einzunehmen.

A. Klima für Verhandlungen

5. Wir glauben, daß es grundlegend ist, daß das nötige Klima für Verhandlungen geschaffen wird. Es gibt einen dringenden Bedarf, positiv auf diese allgemein gestellte Forderung zu antworten und so dieses Klima zu schaffen.
6. Folglich sollte das derzeitige südafrikanische Regime schließlich:
 - a) alle politischen Gefangenen und Untersuchungsgefangene bedingungslos freilassen und keine Beschränkungen gegen sie verhängen;
 - b) alle Bannverfügungen und Beschränkungen gegenüber allen geächteten und eingeschränkten Personen und Organisationen aufheben;
 - c) alle Truppen aus den Townships zurückziehen;
 - d) den Ausnahmezustand beenden und alle Gesetze aufheben, die geschaffen wurden, um politische Tätigkeiten zu

B. Richtlinien für den Verhandlungsprozeß

8. Wir sind der Ansicht, daß die beteiligten Parteien, in Zusammenhang mit dem notwendigen Klima, die Zukunft ihres Landes und seiner Bevölkerung in gutem Glauben und in einer Atmosphäre verhandeln sollten, die durch gegenseitige Vereinbarung zwischen den Befreiungsbewegungen und dem südafrikanischen Regime frei von Gewalt sein soll. Der Prozeß kann nach folgenden Richtlinien beginnen:
 - a) eine Vereinbarung zu dem Vorgehen für die Schaffung einer neuen Verfassung, die unter anderem auf den oben dargelegten Prinzipien fußt und den Grundlagen für ihre Annahme;
 - b) eine Vereinbarung über die Rolle, die die internationale Gemeinschaft übernehmen soll, um einen erfolgreichen Übergang zu einer demokratischen Ordnung zu sichern;
 - c) Vereinbarte Übergangsbestimmungen und Verfahren für den Prozeß der Formulierung und Verabschiedung einer neuen Verfassung und für den Übergang zu einer demokratischen Ordnung, einschließlich der Durchführung von Wahlen.

C. Aktionsprogramm

9. In Verfolgung der Ziele, die in dieser Erklärung festgehalten sind, entschei-

den wir hier:

- a) an einer politischen Lösung der Südafrika-Frage festzuhalten;
- b) die umfassende Unterstützung für die Gegner der Apartheid zu stärken und internationale Kampagnen zur Verfolgung dieses Ziel zu führen;
- c) gemeinsame und effektive Maßnahmen zu benutzen, einschließlich der vollständigen Einhaltung des verpflichtenden Waffenembargos durch alle Länder, die darauf abzielen, einen auf die schnelle Beendigung der Apartheid zielenden Zustand zu schaffen;
- d) sicherzustellen, daß die internationale Gemeinschaft die bestehenden Maßnahmen nicht lockert, die darauf abzielen, das südafrikanische Regime zu unterminieren, Apartheid vollständig auszurotten, bis es klare Beweise für grundlegende und nicht umkehrbare Änderungen im Sinne der Deklaration gibt;
- e) alle mögliche Unterstützung an die Front- und Nachbarstaaten zu gewähren, um sie in die Lage zu versetzen, ihre Wirtschaft wieder aufzubauen, die schwer durch die südafrikanische Aggression und Destabilisierung getroffen ist; ferner, um solchen Aggressionen widerstehen zu können und darin fortzuführen, die Völker Namibias und Südafrikas zu unterstützen;
- f) Solche Hilfe für die Regierungen Angolas und Mosambiks auszudehnen, die sie selbst fordern, um den Frieden für ihre Völker zu sichern und die Friedensinitiativen zu ermutigen und zu unterstützen, die von den Regierungen von Angola und Mosambik ergriffen wurden mit dem Ziel, Frieden und Normalisierung für das Leben in ihren Ländern zu bringen.
- g) Das neue Südafrika soll, nach der Annahme einer neuen Verfassung, vollständig in den wichtigen Organen und speziellen Agenturen der Vereinten Nationen teilnehmen ...

ihre Differenzen nicht freundschaftlich durch Gespräche beilegen könnten, da sie doch in grundlegenden Fragen übereinstimmen. Sie treffen sich beide mit der Regierung. Sie erkennen beide FW. de Klerk als einen Mann der Aufrichtigkeit und Integrität an. Sie glauben beide an Verhandlungen. Ihre Hauptdifferenzen sind also nicht grundlegend. Der ANC gesteht selbst ein, daß Inkatha ein Produkt seines Geistes ist, und uns ist nichts bekannt von einem Entlassungsgesuch des Häuptlings Buthelezi aus dem ANC. Die Tatsache, daß Herr Nelson Mandela die Verantwortung dafür, daß er sich nicht mit Häuptling Buthelezi getroffen zu habe, um die Probleme von Natal zu erörtern, an einige widerstrebende Mitglieder des ANC gegeben hat, macht es für den PAC schwierig, in dieser Angelegenheit Partei zu ergreifen.

Wir glauben, daß die einzige bedeutsame und positive Rolle, die wir in dieser Angelegenheit spielen können, in der jeden Tag Afrikaner sterben, ist, den kämpfenden Parteien unsere Dienste als Vermittler anzubieten. Wir sind nicht bereit, uns daran zu beteiligen, ein illegitimes Regime aufzufordern; herzukommen und unsere Probleme zu lösen oder afrikanische Arbeiter in die Gefängnisse des kapitalistischen Systems zu werfen. Wir sind sehr besorgt über die täglichen Berichte gegenseitiger Angriffe, die im ganzen Land verbreitet werden und mit denen ein Klima der Intoleranz, des Chaos und des Stalinismus in den Townships erzeugt wird.

Arbeitskreis: De Klerk hat an die EG-Staaten appelliert, angesichts der derzeitigen Situation in Südafrika die Sanktionen aufzuheben. Ist die Beseitigung oder teilweise Beseitigung der Sanktionen gerechtfertigt?

Patricia de Lille: Ich würde sagen, daß allgemein anerkannt ist, daß es vor allem die Unterdrückten in Südafrika waren, die alle diese Jahre für Sanktionen gegen das südafrikanische Regime gestritten haben, und es deshalb von ihnen kommen muß, wenn sie meinen, daß keine Notwendigkeit für Sanktionen mehr besteht. Und zweitens, wenn de Klerk belohnt werden soll, sehen wir keine Notwendigkeit, daß er für die sogenannten Veränderungen belohnt werden soll, sondern daß er gedrängt werden sollte, die Vereinbarungen, die er mit Herrn Mandela getroffen hat, einzuhalten. Die EG-Staaten haben sich auf die Deklaration der Vereinten Nationen zur Apartheid verpflichtet (siehe auch unteres Dokument) und wenn sie sich nicht daran halten, unterminieren sie ihre eigenen Entscheidungen über die Aufhebung oder teilweise Aufhebung von Sanktionen.

Internationale Umschau



Etwa 30 Ku-Klux-Klan-Mitglieder feierten Ende Oktober mit einem provokativen Umzug vor dem Weißen Haus das Veto von Präsident Bush gegen ein Bürgerrechtsgesetz des Kongresses (Bild). Mehr als 4000 Polizisten schützten den Marsch. 43 Gegendemonstranten wurden von der Polizei verhaftet, sechs weitere so schwer verletzt, daß sie im Krankenhaus behandelt werden mußten. — (rül)

Brasilien: Streik bei Mannesmann

Seit dem 10. Oktober streiken 600 Beschäftigte eines Mannesmann-Betriebes in der Nähe von Sao Paulo. Sie fordern einen Inflationsausgleich. Unter der neuen Regierung hat die Teuerung inzwischen 200% erreicht. Aus diesem Grund hatte es in den vergangenen Wochen eine ganze Reihe von Streiks gegeben, bei denen am Ende Lohnerhöhungen vereinbart wurden. Mannesmann dagegen weigert sich, über Lohnerhöhungen nur zu verhandeln. Es ist bereits zu einem Polizeieinsatz gekommen. Derzeit versucht die Geschäftsleitung, den Streik vor der Gericht zu erklären. Die Streikenden bitten um Solidarität für ihren Kampf: *Sindicato dos Metalurgicos, Tarraran, Rua Maurice Iamante 65, Sao Jose dos Campos SP, Brazil.* Quelle: SoZ, 22.11. — (rül)

Belgien: Lehrer, Schüler und Eltern gegen die Regierung

Mehrere Zehntausend Menschen beteiligten sich am 18.11. in Brüssel an einer landesweiten Demonstration gegen die Bildungspolitik der Regierung. Aufgerufen zu der Aktion hatten die Gewerkschaften der seit Monaten für eine Anhebung ihrer Gehälter kämpfenden Lehrer in den französisch-sprachigen Landesteilen sowie Elternkomitees, die den Kampf der Lehrer unterstützen. Die Forderungen der Demonstranten: Anhebung der Lehrergehälter um je 2% real in diesem und den nächsten beiden Jahren, keine Kürzungen beim Schulschluss, mehr Geld für die Bildung. — (rül)

Kurdistan: Todesurteile gegen Kinder gefordert

Die eklatanten Verletzungen der Menschenrechte durch das kolonialfaschistische Regime in Kurdistan machen auch vor Kindern nicht an. Die Staatsanwaltschaft des 1. und des 2. Senats des Staatssicherheitsgerichts Diyarbakir forderte für 28 von 105 vor dem Gericht angeklagte Kinder die Todesstrafe und für die anderen Kinder Freiheitsstrafen zwischen 5 und 25 Jahren. Die in Handschellen vorgeführten Kinder, die teilweise kein türkisch sprechen und nie eine Schule besuchen konnten, kennen nur zwei türkische Wörter: „Folter“ und „Polizeiwache“. Sie sagten vor Gericht aus, daß sie gefoltert worden sind. Sie sind im Spezialgefängnis Diyarbakir inhaftiert. Einem Teil von ihnen wird vorgeworfen, angeblich an „bewaffneten Aktionen mit dem Ziel der Abtrennung von Boden, der unter der Herrschaft des Staates steht“ nach § 125 des türkischen Strafgesetzes beteiligt gewesen zu sein. Einigen von diesen Kindern wird nicht einmal von der Staatsanwaltschaft eine Beteiligung an Aktionen vorgeworfen, aber trotzdem wird für sie die Todesstrafe gefordert. Die Verhandlung ist auf den 16.11. vertagt worden. Auch die Türkei hat in diesem Jahr die internationale Erklärung zum Schutz der Kinder unterzeichnet. Eine Liste mit den Namen der Kinder, gegen die die Todesstrafe gefordert wird, ist im „Kurdistan-Rundbrief“ 24/90 abgedruckt. — (rül)

Anwachsende Schülerbewegung in Frankreich

Mehr als 100000 Schüler nahmen am 12. 11. 90 in Paris an der bislang größten der vielzähligen Demonstrationen der letzten fünf Wochen für bessere Zustände an Frankreichs Schulen teil, zu der auch Lehrgewerkschaften und Elternverbände aufriefen. Außerdem wurde in Marseille, Straßburg, Lyon und Bordeaux demonstriert. Die Protestbewegung richtet sich hauptsächlich gegen die Zustände an den Gymnasien, die derzeit 44% aller französischen Schüler aufnehmen. Bis zum Jahr 2000 sollen es 80% sein, vor Mitterands Präsidentschaft waren es 26%. Seitdem wurden Ausstattung und Lehreranzahl kaum verbessert, so daß die Schüler heute zu wenig Räume und Lehrer, daher zu große Klassen (durchschnittlich 38 Schüler pro Klasse) und schlechten Unterricht beklagen. Die Ausstattung der Schulen ist katastrophal. Folge sind Sicherheitsmängel; so war denn der Auslöser der Bewegung die Vergewaltigung einer Schülerin in einem Gymnasium.

Viele Schüler wandten sich grundsätzlich gegen die Auslesepolitik, die mit den schlechten Bedingungen an Gymnasien betrieben wird, um eine weitere Verschiebung der Absolventenzahlen zugunsten von Hochschulberechtigten zu vermeiden. So verlassen jährlich 100000 16jährige die Schule ohne Diplom. Vor allem aber wird das Zweiklassen-System unter den Abiturienten beklagt: Die einen kommen an die „Grandes Ecoles“ (Eliteschulen), wo sie „verwöhnt und geschützt werden wie Blumen im Gewächshaus“ (Le Monde), die anderen in überfüllte Lehrsäle; die einen haben die besten Karrierechancen, die anderen keine.

Bildungsminister Jospin kündigte nach der Demonstration ein Einlenken der Regierung, ein Sofortprogramm in Höhe von 4,5 Mrd. Franc für bessere Ausstattung und mehr Lehrer, an.

Vielfach kritisiert wurde auf der Demonstration auch die Bereitschaft der französischen Regierung zu militärischer Gewalt im Irak-Konflikt. Es kam zu z.T. schweren Auseinandersetzungen, bei denen über 90 Demonstranten festgenommen und zehn verletzt wurden. Einige sind in Schnellverfahren bereits zu mehrmonatigen Haftstrafen und Geldstrafen verurteilt worden.

Quellen: F.A.Z., taz, 13.-16. 11. 90; Spiegel, 12. 11. 90 — (uga)

Italien: 400 000 demonstrierten gegen „Gladio“

Am 17.11. kamen auf einen Aufruf der PCI und ihrer Jugendorganisation FGCI gegen die in den letzten Wochen bekanntgewordene Nato-Geheimorganisation „Gladio“ in Rom nach Angaben der Veranstalter 400000 Menschen. Auch andere linke Kräfte, u.a. Democrazia Proletaria und Autonome, nahmen teil. Forderungen der Kundgebung waren u.a.: vollständige Aufklärung der Gladio-Geheimstrukturen und der Beteiligung führender Leute in Staat und Regierung; Offenlegung der Verstrickung von Gladio und Geheimdiensten in eine Reihe — teilweise bis heute nicht aufgeklärter — Attentate in den letzten zwanzig Jahren; Rücktritt des christdemokratischen Ministerpräsidenten Andreotti. — (rok)



Seit 358 Tagen befinden sich die Gefangenen aus der GRAPO und der PCE(r) in Spanien im Hungerstreik für ihre Wiederzusammenlegung: bald ein ganzes Jahr. Die Mutter von Jesus Cela, die noch einen weiteren Sohn im Gefängnis und unter den Hungerstreikenden hat, macht seit einigen Tagen ein „encerrado“, eine Sitzaktion, in der Kathedrale von Santiago. Am letzten Montag meldete daraufhin der spanische Rundfunk, daß der Erzbischof von Santiago bei der Regierung intervenieren will, um diese zur Aufgabe ihrer harten Haltung zu bewegen. Bild: Solidaritätsdemonstration mit den Hungerstreikenden Ende Oktober in Kopenhagen. Quelle: Angehörigen-Info 54 — (rül)

Staatsvertragsartikel „obsolet“

Österreichische Regierung will Anschlußverbot aufweichen

Einen Tag nach der Konstituierung des im Oktober gewählten österreichischen Parlaments hat die amtierende Regierung am 6. November beschlossen, Teile des Staatsvertrages mit den vier Siegermächten des 2. Weltkriegs aus dem Jahr 1955 für „obsolet“ zu erklären. Das kündigte der alte und neue Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) an.

Die österreichische Regierung, eine Neuaufgabe der großen Koalition aus Sozialdemokraten und Konservativen, will zuerst die vier Staatsvertragsmächte (Frankreich, Großbritannien, die USA und die UdSSR) informieren und erst danach öffentlich machen, was am Staatsvertrag verändert werden soll, der dem Land eine „immerwährende Neutralität“, rüstungspolitische Beschränkungen sowie vor allem ein Anschlußverbot an die BRD auferlegt.

Es spricht jedoch einiges dafür, daß es der herrschenden Klasse dabei vor allem darum geht, das Anschlußverbot, wenn auch nicht in einem Schritt abzuschaffen, so doch zumindest aufzuweichen. Die Wiener Tageszeitung „Die Presse“ meldete Ende Oktober, welche Artikel im Schußfeld stehen. Neben den Artikeln 12 bis 16, die militärische und luftfahrtrechtliche Beschränkungen enthalten, soll auch Artikel 22, Punkt 13 über ehemals deutsches Eigentum gestrichen werden. Dieser Passus regelt, daß Österreich „keine der ihm als ehemalige

deutsche Vermögenswerte übertragene Vermögensschaften, Rechte und Interessen in das Eigentum deutscher juristischer Personen oder ... physischer Personen“ übertragen darf — eine Einladung für deutsches Kapital, gen Österreich zu ziehen: Besitztitel aus der NS-Zeit werden sich zuhauf finden, wie das Beispiel DDR zeigt.

Rütteln will man in Wien auch am Neutralitäts-Grundsatz, der einer engen politischen und militärischen Zusammenarbeit mit der BRD im Wege steht. Nach „Die Presse“ bestehe zwischen SPÖ und ÖVP Einigkeit, daß die „Neutralität nur in einem Atemzug mit einem ausdrücklichen Verweis auf das „steigende Maß europäischer und weltweiter Solidarität“ genannt werden“ solle. Die Koalitionäre haben sich darüberhinaus darauf geeinigt, der Beitritt „Österreichs zu den EG“ solle für die Bundesregierung in der kommenden Legislaturperiode „außenpolitische Priorität“ haben — über den nach außen hin weniger anrühenden Umweg EG will man offenbar „Deutschland“ näher kommen.

Unterdessen hat „Die Presse“, im Besitz des Hauses Springer, schon mal eine Umfrage starten lassen. Das Ergebnis von „Bild“ jubelnd vermeldet: 12% für Anschluß.

Quellen: Die Presse, 27./28. 10., 31. 10./1. 11. Neue Zürcher Zeitung, 6. 11. — (jüg)

Indien: V. P. Singh gestürzt

Soziale Umschichtungen sind die Ursache der Krise

Chandra Shekar heißt der neue indische Ministerpräsident. Er ist Anführer einer Abspaltung der Janata-Dal-Party, deren bisheriger Vorsitzender Singh gewesen war. Singh wurde am 8.11. vom Staatspräsidenten Venkataraman entlassen, da er nach dem Ausscheiden der hindu-fundamentalistischen BJP keine regierungsfähige Mehrheit mehr besaß.

Die Congress-I-Party des ehemaligen Ministerpräsidenten R. Gandhi verhält sich „neutral“, will derzeit nicht regieren und wählte am 16.11. Shekar in der Hoffnung auf weiteres Durcheinander und ein positives Ergebnis bei Neuwahlen. Dabei ist Gandhi nicht gerade unschuldig am „Tempelkonflikt“. „Im vergangenen Jahr gestattete die Congress-Regierung unter R. Gandhi den Hindu-Fundamentalisten ..., den Grundstein für den Tempel zu legen, und ignorierte damit das laufende Verfahren.“ (Herald, 1.11.90)

Wesentlicher Hintergrund für die derzeitige Situation dürfte aber folgender sein: Im Juli entschied Singh, daß reservierte Regierungsstellen an Angehörige niedriger Kasten vergeben werden müssen. Die Regierungsentscheidung, den Status der *backward castes* (zurückgebliebene Kasten) auf einen größeren Per-

sonenkreis auszudehnen, führte zu einer Welle massiver Proteste bei den Studentinnen und Studenten, die sowieso zunehmende Probleme haben, passende Stellen zu finden. Die Stagnation in Bezug auf qualifizierte Stellen führt dazu, daß sich bereits über 100 Studentinnen aus Protest das Leben nahmen.

Anführer der kommunalistischen Bewegungen gegen die Muslimbevölkerung sind in der Regel Angehörige der Mittelklassen, die sich davon Vorteile erhoffen. In den meisten Gegenden Indiens stellen die Muslime den ärmeren Bevölkerungsteil, sind zum größten Teil landlos. Singhs Strategie, die ärmeren Schichten für sich zu mobilisieren, ist nicht gelungen. Bei seinem „Triumph-Marsch“ zog der später verhaftete BJP-Vorsitzende Lal Krishna Advani eine Spur kommunalistischer Krawalle hinter sich her. Die Linke im Parlament (CPI und CPI(M)) stützte als einzige bis zum Schluß V. P. Singh. Indische Revolutionäre setzen dagegen auf die Entwicklung der gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen Organisation der Ärmsten auf dem Land.

Quellenhinweis: Neue Zürcher Zeitung 8. 9. 11. 90; Herald, Neu Delhi, 1. 11. 90; Frontline 9. 11. 90 — (cog)

US-Wahlergebnisse

Erwartetes Abservieren von Amtsinhabern fand nicht statt

Das erwartete Abservieren von Amtsinhabern fand nicht statt. In den Wahlen in der Mitte der Amtszeit eines Präsidenten verliert gewöhnlich die Partei, der der Präsident angehört, einige Mandate. Der Glanz der Versprechungen ist am verblassten und Abgeordnete, die am Rockzipfel des jeweiligen Präsidentschaftskandidaten hängend gewählt wurden, werden wieder abserviert. Das ist auch bei den diesjährigen Wahlen eingetreten: im Repräsentantenhaus hat die Demokratische Partei ihre Mehrheit von 258 zu 175 auf 267 zu 167 ausgebaut, im Senat von 55 zu 45 auf 56 zu 44. Das sei weniger Verlust für die Republikaner als gewöhnlich, sagen die einen Experten. Stimmt, sagen die anderen Experten, aber nur, weil Bush niemanden an seinen Rockzipfeln mitgeschleift habe.

Vorausgesagt worden war das große Abschlachten von Amtsinhabern. Das Gerangel um den Haushalt und die allzu offensichtliche Begünstigung der Reichen und das Melken der Mittelschichten in bekanntgewordenen Vorhaben zur Defizitsenkung haben eine große Empörung ausgelöst. Nicht vergessen war auch die großzügige Erhöhung der Diäten um 30%, die sich die Abgeordneten kürzlich genehmigt hatten, sowie das sanfte Vorgehen gegen die Gauner in

den dreiteiligen Anzügen bei dem gewaltigen Sparkassenskandal.

Die Voraussagen sind nicht eingetroffen. Nur 15 Amtsinhaber — immerhin doppelt so viele wie 1986, die letzte „Mitt-Amtszeit-Wahl“ — sind nicht wiedergewählt worden. Die zornigen Wähler scheinen ihrer Frustration auf die übliche Weise — nicht wählen — Ausdruck gegeben zu haben: die Wahlbeteiligung war mit 36% so niedrig wie 1986. Bush's patriotisches Säbelfesseln hat Wenige zu staatsbürgerlichen Pflichten ermuntert.

Bei den Gouverneurswahlen ist die Stimmung der Wähler besser erkennbar. Republikanische Kandidaten gewannen in Hochburgen der Demokraten, wo der bisherige Amtsinhaber die Steuern erhöht hatte, und umgekehrt. Die Abtreibungsgegner sind nur bei drei Gouverneurswahlen erfolgreich gewesen. Die neuen Gouverneure mehrerer großer Staaten, darunter zwei Frauen, unterstützen das Recht auf Abtreibung und verdanken ihren Wahlsieg z.T. den Stimmen der Wählerinnen. Referenden in zwei Staaten gingen beide zugunsten des Rechts auf Abtreibung aus. Ein anderes erfreuliches Ereignis ist die Wahl des Sozialisten Bernie Sanders ins Repräsentantenhaus. — (ger)

Wie viele andere Touristen besuchen auch zigtausend deutsche StudentInnen jährlich die Türkei, genießen Sonne und Strand, probieren die Köstlichkeiten der türkischen Küche, erleben die ungeheure Gastfreundschaft und besuchen die Altertümer. Wohl kaum jemand von ihnen bekommt jedoch mit, unter welchen katastrophalen Bedingungen ihre türkischen und kurdischen KommilitonInnen studieren müssen, denn nach außen hin trägt das Bild der sich demokratisch gebendenden Türkei. Seit dem Militärputsch vom 12. September 1980 hat sich nichts wesentlich an der Situation in den Universitäten geändert. Schon vor dem Putsch waren die Universitäten und die Intellektuellen den Militärs ein Dorn im Auge, um so härter schlugen sie dann auch zu. Über 1000 DozentInnen und ProfessorInnen mußten die Universitäten damals verlassen, teils mit Zwang, teils freiwillig, weil sie nicht gewillt waren, unter dem neuen Regime zu lehren. Einige wanderten auch ins Gefängnis, andere flohen ins Ausland. Gleichzeitig begann eine großangelegte Umstrukturierung, wonach alle Universitätsangestellten mindestens zwei Jahre auch an kleineren Universitäten unterrichten mußten. Dieses hatte die fatale Folge, daß sich viele lieber pensionieren ließen, als nach Anatolien zu gehen. Zur Zeit herrscht ein großer Mangel an qualifiziertem Personal, und zudem ist natürlich auch die politische Richtung von Forschung und Lehre strikt vorgegeben.

Für die StudentInnen beginnt die Universitätslaufbahn erst einmal mit einer Hürde: Es müssen zwei Eingangsprüfungen bestanden werden, wobei die Gebühren für eine Prüfung bei 20000 Türk. Lira (TL) liegen (10000 TL = 5 DM). Wer nicht genug Punkte erreicht, kann die Prüfung wiederholen, und dies müssen viele, denn von etwa einer Million KandidatInnen schafft nur ein Fünftel die Prüfungen. Hierbei bestehen jedoch große regionale Unterschiede, so bestanden 1984 in Istanbul 64 % aller PrüfungsteilnehmerInnen die Eingangsprüfung, in der unterentwickelten kurdischen Provinz Hakkari jedoch nur 14 %. Außerdem hängen die Chancen sehr stark vom elterlichen Geldbeutel ab, denn fast alle TeilnehmerInnen müssen in teuren Abend- und Wochenendschulen den Unterrichtsstoff der schlechten Gymnasien nachbüffeln.

Hat der/die KandidatIn dann die Prüfung bestanden, so heißt dies noch lange nicht, daß er/sie jetzt Studienort und -fach frei wählen kann, dieses ist wiederum von der erreichten Punktzahl abhängig.

Die nächste Hürde sind dann die teilweise sehr hohen Universitätsgebühren, sie betragen 1990 für ein Wirtschaftsstudium in Ankara 270000 TL pro Jahr, bei dem begehrten Fach Medizin sind es sogar 500000 TL, glücklich sei, wer reiche Eltern hat.

Weitere Voraussetzung für ein Studium ist natürlich die vollkommene politische Unbescholtenheit, ein/e StudentIn darf sich nicht politisch betätigen, in keiner Partei oder Gewerkschaft organisiert sein und nur rein kulturellen Vereinen beitreten. Deswegen muß bei einer Bewerbung an türkischen Universitäten auch ein politisches Führungszeugnis vorgelegt werden. In den Hörsälen soll Friedhofsruhe herrschen, keine eigene Meinung, weder von DozentInnen noch

Üble Lage der Studentinnen und Studenten in der Türkei und Kurdistan

Eine Reportage zur Situation kurdischer und türkischer Studentinnen und Studenten

von StudentInnen, ist geduldet. Die StudentInnen sollen zu willen- und kritiklosen StaatsbürgerInnen geformt werden, welche die „nationalen, moralischen, geistigen und kulturellen Werte der türkischen Nation in sich tragen und durch ihre türkische Identität Würde und Glück erfahren“ (Art. 4 Abs. 2 des Hochschulgesetzes vom 6.11.81). Mitspracherecht, AStA und Studentenparlament sowie politische StudentInnenvereine sind in der Türkei Fremdworte. Dazu Prof. Ihsan Dogramaci, Vorsitzender des Hochschulrates: „... Heute ist dies (Mitspracherecht) in der Türkei nicht notwendig. Das idealste System ist jetzt aufgebaut, und die Türen des Hochschulrates sind den Studenten jederzeit offen. Jeden Tag kommen Beschwerden von Studenten bei uns an, und der Hochschulrat untersucht diese Beschwerden laufend.“

Untersucht wird jedoch eher gegen die StudentInnen, und eine Beschwerde hat oftmals eine Exmatrikulation zur Folge.

Daß das türkische Bildungssystem schon rein äußerlich sehr repressiv ist, sieht mensch auch schon an den Eingängen der Universitäten. Diese sind von mit MPs bewaffneter Polizei bewacht, welche Taschenkontrollen durchführt und bekannte StudentInnen auch abtastet.

Weitere Hürden an der Uni sind die ständigen Prüfungen, welche alle StudentInnen absolvieren müssen. Zwei Zwischenprüfungen pro Fach und Semester sind gesetzliche Mindestanforderungen, hinzu kommen bei praxisbezogenen Fächern zwei weitere Prüfungen pro Semester. Die Gesamtzahl von normalen Prüfungen beträgt z.B. in Germanistik, weil es aus mehreren Fächern zusammengesetzt ist, 30 pro Semester, es können jedoch von den DozentInnen ohne weiteres weitere Prüfungen durchgeführt werden. Außerdem muß am Ende jedes Studienjahres noch eine Jahresabschlußprüfung bestanden werden. Es ist also kein Wunder, daß nur etwa die Hälfte aller StudentInnen in der Türkei ihren Abschluß erreicht, von denen jedoch auch längst nicht alle einen Job finden. 1990 gab es in der Türkei 800000 arbeitslose AkademikerInnen. Diese Zahlen variieren jährlich, da die StudentInnenzahl sowie die Zahl der AbsolventInnen nach dem Bedarf des türkischen Staates geregelt werden.

Die Hauptlast der Lehre liegt heute auf den Schultern von Unterrichts- und Forschungsbeauftragten, ein buntes Gemisch aus Lehrern, Assistenten, Doktoranden, pensionierten Offizieren, Beamten und anderen, ein großer Teil mit der Angst im Nacken, ihr Vertrag könne vom Hochschulrat nicht verlängert werden. Diese müssen in teilweise vollkommen überfüllten Hörsälen bis zu 300 StudentInnen unterrichten. Auch an Finanzen fehlt es den meisten Universitäten, es gibt zu wenig Gebäude, technische Einrichtungen und Lehrmaterial, was jedoch nicht für die Elite-Universitäten zutrifft. So hat die Bilkent-Univer-

sität in Ankara das gleiche Budget wie die Universität von Istanbul. In Bilkent studieren jedoch bloß 400 StudentInnen, die 10 Mio. TL Studiengebühren im Jahr zahlen müssen, in der Istanbuler Universität dagegen 40000 StudentInnen.

Bücher sind oft sehr teuer oder gar nicht aufzutreiben, weshalb viele StudentInnen Bücher komplett kopieren müssen. Für soziale Aktivitäten und Freizeit bleibt meist nur wenig Zeit, zumal manche StudentInnen auch noch nebenbei arbeiten müssen — wenn sie überhaupt einen Job finden. Die monatlichen Kosten für eine/n normale/n StudentIn betragen inklusive Unterkunft und Essen 400000 TL, für Kinder aus ärmeren Familien sind damit die Universitäten verschlossen. Verdient ein Fabrikarbeiter doch nur 400000 TL monatlich im Durchschnitt, der gesetzliche Mindestlohn liegt sogar bei nur 250000 TL. Doch auch für Mittelstandsfamilien bedeuten die hohen Kosten, daß nur ein Kind studieren kann, welches in der patriarchalen Gesellschaft der Türkei meistens ein Sohn ist. Die 100000 TL Studienförderung durch den Staat, die etwa 20 % bekommen, sind nur ein Büchergeld und außerdem nur auf Kreditbasis.

Genauso katastrophal wie die gesamte Situation an den türkischen Universitäten sieht auch die Wohnsituation für StudentInnen aus. Da, wie beschrieben, keine freie Wahlmöglichkeit beim Studienort besteht, haben nur wenige das Glück (was ja auch nur relativ ist), in ihren Familien zu leben. Relativ billig sind noch die staatlichen Wohnheime, für einen Platz bezahlt mensch 30000 TL, in einem privaten Wohnheim sind es dann gleich 200000 TL pro Monat. Noch teurer sind dagegen Wohnungen, wenn sie überhaupt an StudentInnen vermietet werden, ein WG-Mitglied zahlt dann ungefähr 300000 TL im Monat, manche unverschämten Vermieter verlangen sogar, daß die Miete in US-Dollar oder DM bezahlt wird. Kein Wunder also, daß Wohnheimplätze sehr begehrt sind, allerdings gibt es viel zu wenige. In Ankara ist die Situation recht gut, hier reichen die Plätze für ca. 80 % der StudentInnen, in Istanbul dagegen nur für 2,5 %. So bleibt in Istanbul vielen nichts anderes übrig, als auf der Straße zu leben, hier schlafen StudentInnen in Busstationen, Parks, Hauseingängen oder klettern manchmal verbotenerweise über die Zäune der Wohnheime und schlafen dort bei Freunden.

Doch auch in Wohnheimen zu wohnen ist kein Vergnügen, gleichen sie doch eher einem Knast als allem anderen.

Drumherum ist meist ein Zaun oder eine Mauer, und drinnen herrscht ein strenges Regiment, oftmals arbeitet die Heimleitung mit der Polizei zusammen. Fünf bis acht Personen müssen sich ein Zimmer teilen; auswählen, mit wem, können sie dabei nicht, es wird zugeteilt. Steckdosen fehlen, denn Musikgeräte sind verboten, ebenso selber Musizieren oder Singen, und auch Sporteinrichtungen fehlen meist. Natürlich wird sich oft

über die Anweisungen hinweggesetzt, aber es droht ständig der Rausschmiß aus dem Wohnheim. Männer müssen meist um 23 Uhr im Heim sein, Frauen um 22 Uhr, in Istanbul sogar um 20.30 Uhr, und um 24 Uhr wird dann das Licht ausgeschaltet!

In dieser verzweifelten Situation haben reaktionäre und religiöse Gruppierungen aller Schattierungen ein breites Agitationsfeld entwickelt, was von der türkischen Regierung auch nicht nur geduldet, sondern auch unterstützt wird: Hält das Festhalten an Nationalismus, Tradition und Islam doch viele StudentInnen davon ab, berechnete demokratische Forderungen zu stellen. In Istanbul sind ca. 40-50 % der StudentInnen religiös eingestellt und stellen eine zunehmende Bedrohung dar: Es gibt nicht nur, wie bei uns bekanntgeworden, Demonstrationen für die Wiedereinführung des Schleiers, sondern auch tätliche Angriffe auf fortschrittliche StudentInnen und DozentInnen. Sogar vor Mord schrecken die islamischen Fundamentalisten nicht zurück. Am 6.10.1990 wurde die Dozentin Bahriye Ücak durch eine Bombe getötet, sie dozierte islamische Religion und war für ihre kritische Einstellung gegenüber islamischen Fundamentalisten bekannt.

Außer Bahriye Ücak wurden in diesem Jahr noch drei weitere für ihre islam-kritische Position bekannte Personen von islamischen Fundamentalisten in der Türkei ermordet: Prof. Muammer Aksoy, Vorsitzender der Anwaltskammer in Ankara, Cetin Ermeç, Generaldirektor der Zeitung Hürriyet, und Turan Dursun, Journalist der Zeitungen 2000'e Dogru und Yuzylil.

Der Islam gewinnt auch dadurch wieder an Kraft an den Universitäten, daß

einige arabische Länder, z.B. Saudi-Arabien, große finanzielle Unterstützung leisten. Außerdem ist es für türkische Studenten möglich, ein Stipendium in Saudi-Arabien oder in der Türkei zu bekommen, sofern sie sich verpflichten, streng nach dem Koran zu leben.

Doch es gibt in der Türkei auch StudentInnen, die für demokratische Rechte eintreten und die Lösung der Probleme fordern. So wurde vor einem Jahr der erste fortschrittliche StudentInnen-Verein seit dem Militärputsch 1980 in Istanbul gegründet. İYÖ-DER besteht aus türkischen und kurdischen StudentInnen, wobei der Frauenanteil bei ca. 50 % liegt, und darf sich zwar offiziell nur um studentische Probleme kümmern, bezieht aber auch in politischen Fragen Stellung, weil dies natürlich unausweichlich ist. Der Verein gibt eine 14-tägliche Zeitung heraus und versucht, durch allerlei Aktionen, Demonstrationen und Versammlungen Druck auf den Hochschulrat auszuüben. İYÖ-DER ist dabei ständigen Repressionen ausgesetzt, jedoch hat der Verein bisher stets Zulauf und kann ungefähr 1000 StudentInnen mobilisieren. In Ankara wurde vor vier Monaten ein ähnlicher Verein namens AYÖ-DER gegründet. Beide Vereine sind sehr stark an Kontakten mit ausländischen StudentInnen oder Studentenvereinen interessiert, ihre Adressen lauten:

İYÖ-DER (Association of Assistance with Istanbul Universities' Youth)
Cakiraga mah.
Abdullatifpasa sk.
Sekepci Han 2/41
Aksaray/Istanbul.

AYÖ-DER
Plevne sok
Sarikaya Işhan, No. 19
Ulus/Ankara

Die Informationen in diesem Artikel beruhen auf Interviews mit StudentInnen in Istanbul und Ankara, einer Presseinformation von İYÖ-DER zum Semesterbeginn sowie auf einem Artikel aus dem politischen Reiseführer „Die Türkei“ von Eberhard Schmitt (Hg.), 1986, Express Editionen GmbH. — (erk)

Folter an StudentInnen in der Türkei

Repression gegenüber fortschrittlichen StudentInnen heißt nicht nur Verbot von jeglicher Mitbestimmung, Beschränkung des Tätigkeitsfeldes studentischer Organisationen auf rein soziale und kulturelle Bereiche sowie Polizeikontrollen an den Eingängen der Universitäten, sondern auch offener Terror der Sicherheitsorgane, wobei vor Folter nicht haltgemacht wird. Dies soll an zwei wahllos herausgegriffenen Beispielen verdeutlicht werden:

1. Am 5. Oktober wurden ca. 40 StudentInnen in Ankara festgenommen und in das Polizeigefängnis geschafft, gleichzeitig fanden Hausdurchsuchungen bei dem StudentInnenverein AYÖ-DER und der Zeitung Mucaddeler statt, bei denen nicht nur Zeitungen und Bücher, sondern auch jegliches Schreibmaterial und Wandschmuck beschlagnahmt wurden. Anlaß war eine sogenannte „Alternative Hochschuleröffnung“ des StudentInnenvereins AYÖ-DER an der Hochschule von Ankara. Am gleichen Tag fand die offizielle Eröffnung durch Minister, Direktor und andere offizielle Persönlichkeiten statt, wobei die StudentInnen durch ihre eigene Eröffnung, mit Reden und Kulturprogramm, auf die katastrophale Bildungspolitik hinweisen wollten. Bei den Festnahmen setzte die Polizei Schlagstöcke ein, den Festgenommenen wurde das international verbürgte Recht auf einen Anwalt mindestens zwei Tage verweigert. Ihre noch verbliebenen KommilitonInnen befürchteten, daß die Festgenommenen gefoltert würden. Daß diese Befürchtungen berechtigt sind, soll das zweite Beispiel verdeutlichen:

2. Zwei Wochen vor den Festnahmen in Ankara fand in Istanbul eine Demonstration gegen einen möglichen Eintritt der Türkei in einen Krieg gegen den Irak statt, an der 1500 Menschen, unter ihnen auch viele StudentInnen, teilnahmen. Sie demonstrierten, weil ein Krieg die soziale Ungerechtigkeit noch vergrößern würde (Kriegswirtschaft), weil neue (Kriegs-) Gesetze jeglichen Fortschritt an den Universitäten im Keim ersticken würden und weil die DemonstrantInnen der Meinung sind, die Golfkrise müsse durch die Länder im Nahen Osten, nicht aber durch Intervention imperialistischer Mächte, gelöst werden.

Obwohl die Demonstration angemeldet und genehmigt war, wurde sie von der Polizei unter Schlagstock- und Schußwaffeneinsatz aufgelöst, wobei zwei Studenten Schußverletzungen erlitten. 80 Personen, unter ihnen viele StudentInnen, wurden in das berüchtigte Polizeigefängnis Crayrettepe gebracht, in welchem seit dem Militärputsch an die 100 Menschen zu Tode gefoltert wurden. Im Gefängnis wurde den Festgenommenen ebenfalls ein Anwalt verweigert, stattdessen wurden sie verprügelt. Um gegen die Haft zu protestieren, traten alle sofort in einen Hungerstreik, und gleichzeitig protestierten Angehörige und Freunde vor dem Gefängnis. Nach einer Woche — in der Türkei können Festgenommene bis zu 15 Tage festgehalten werden, erst dann kommen sie vor den Richter — wurden ein paar von ihnen freigelassen. Mit drei von ihnen, alle drei waren StudentInnen, sprach ich nach ihrer Freilassung. Alle waren von der Polizei in der Haft geschlagen worden: Ein Mann hatte ein verquollenes Gesicht und ein blaues Auge, die Frau eine fünf Zentimeter lange Kopfplatzwunde und der zweite Mann eine gebrochene Hand. Sie erzählten außerdem, daß zwei Studenten mit Stromschlägen gefoltert wurden. Leider war mein Aufenthalt sowohl in Ankara wie auch in Istanbul zu kurz, um den ganzen Verlauf der Inhaftierungen und Festnahmen zu verfolgen.

Daß die beiden Beispiele jedoch nichts Besonderes sind, wurde mir bestätigt: Jeden Tag werden in der Türkei durchschnittlich 15 StudentInnen festgenommen und teilweise für kürzere oder längere Zeit inhaftiert oder sogar gefoltert. In den meisten Fällen geschieht dies ohne jede rechtliche Grundlage rein willkürlich und dient nur zur Einschüchterung der Studierendenschaft.

Besonders traurig ist die Tatsache, daß das Folterzentrum Crayrettepe im Istanbul Stadtteil Cagaloglu nur 200 Meter entfernt von den wichtigsten Sehenswürdigkeiten Hagia Sofia, Blaue Moschee und Topkapi Seray liegt, jedoch die Tausende von vorbeistromenden Touristen nichts von den Menschenrechtsverletzungen in ihrem Urlaubsland mitbekommen (wollen).



Kölner Republikaner seit 1989 im Rat

Republikaner hetzten gegen Ausländer und konnten die CDU oft auf ihre Seite ziehen

Trotz massiven Widerstands vieler antifaschistischer Kräfte erhielten die REP in Köln vor einem Jahr bei den Kommunalwahlen 7,4 % der Stimmen und zogen in den Rat der Stadt Köln ein. Der Einzug der REP in den Rat war von Protestaktionen, veranstaltet vom Antifaschistischen Forum, begleitet. Die übrigen Ratsparteien wollten sich nicht einigen, die Republikaner aus den Ausschüssen herauszuhalten, so daß sie sogar noch den Vorsitz eines Ausschusses erhielten. Der Einzug der REP mit einem Vertreter in die Böll-Stiftung wurde durch eine Satzungsänderung umgangen.

In den darauffolgenden Monaten stellten die Republikaner immer wieder Anträge und Anfragen, um die Hetze gegen die Ausländer, Asylbewerber, AIDS-Kranke, sogenannte ausländische Jugendbanden und Sinti und Roma voranzutreiben. Auch wenn solche Anträge

nicht angenommen wurden, konnten die Republikaner Verbindungen zur CDU herstellen. Es stellte sich heraus, daß der stellvertretende Vorsitzende der CDU, Hellmich, schon seit Jahren Kontakte zu faschistischen Kreisen pflegte. Noch heute übt er dieses Amt aus. Der Fraktionsvorsitzende Blöhmmer stellte sich auf die Seite der Republikaner, als SPD und Grüne Anfang des Jahres die Befassung eines REP-Antrages zur Deutschlandpolitik ablehnten. Als er bei der Ratsdebatte über die sanitären Anlagen auf dem Romalager erklärte: „Wie steht es eigentlich mit der Menschenwürde derjenigen, die diese Toiletten jede Stunde und jeden Tag reinigen müssen? ... Ich meine, es muß möglich sein, daß diejenigen, die dort leben, an Kultureigenschaften gewöhnt werden können, die wir uns mittlerweile angeeignet haben“, hatten die Republikaner diesen demago-

gischen und rassistischen Äußerungen nichts mehr hinzuzufügen: „Zur Kritik brauche ich mich nicht zu äußern; denn dazu hat Herr Blöhmmer dankenswerterweise bereits gesagt, was auch Programmatik der Republikaner ist,“ erklärte der Abgeordnete M. Rouhs.

Durch die Spaltungen im Lager der Republikaner teilte sich die REP-Fraktion in „Die Bürger“ und die Republikaner, sie operierten aber genauso wie bisher. Inzwischen wollen Kölner Republikaner die Partei verlassen, sich in Köln mit den „Bürgern“ wieder zu einer Fraktion zusammenschließen und sich an der Gründung einer bundesweiten faschistischen Partei beteiligen. Das REP-Ratsmitglied Beisicht erklärte, daß nach den Bundestagswahlen „eine neue Rechtspartei gegründet wird, die bundesweit tätig werden soll — Köln ist dafür der Motor“. — (gba, jöd, u.b., uld)



300 Leute beteiligten sich am 9.11. in Köln an einer Demonstration anlässlich der Reichspogromnacht. Das Antifaschistische Forum und die Jusos hatten aufgerufen. Auf der Abschlussskundgebung sprach auch Kurt Bachmann von der VVN/BDA (Bild)

Asyl-Kampagne fördert Faschisten

Kölner „Bürger“ und Republikaner im Rat stoßen nach

Die Landesregierung NRW hat sich dem seit etwa einem Jahr verstärkten Druck der CDU gebeugt und verschiedene Maßnahmen zur Asylpolitik beschlossen, die die Bedrückung und Entwürdigung der Flüchtlinge im Land noch verschärfen. Das Ministerium für Arbeit und Soziales und die kommunalen Spitzenverbände in Nordrhein-Westfalen empfehlen den Gemeinden gemeinsam: „Die Hilfe zum Lebensunterhalt soll auf das zum Lebensunterhalt unerläßliche eingeschränkt werden. Die Hilfe zum Lebensunterhalt wird regelmäßig durch Sachleistungen gewährt, soweit dies ohne unvertretbar hohen Verwaltungsaufwand durchführbar ist ... Das Land erstattet den Trägern der Sozialhilfe die Kosten im Rahmen des § 6 Abs. 4 FLÜAG. Sind die Kosten der Sachleistungen und der Barleistung niedriger als der entsprechende Regelsatz, können die Leistungen gleichwohl nach Regelsätzen — zusätzlich der angemessenen Kosten der Unterkunft — abgerechnet werden.“ Zu deutsch: Gemeinden, die

es fertig bringen, die Kosten für die Sachleistungen — gemeinhin Lebensmittel, Kleidung etc. — an Asylsuchende niedrig zu halten, indem z.B. die Ernährung billigt gestaltet wird, keine Rücksicht auf die Ernährungsbedürfnisse und -gewohnheiten der Flüchtlinge genommen wird — können einen Reinertrag aus der schlechten Behandlung von Flüchtlingen gewinnen. Solche Politik ermuntert geradezu zum Verstoß gegen international geltendes Recht, z.B. gegen die Genfer Flüchtlingskonvention. Solche Politik ermuntert aber auch die Faschisten in den diversen Kreis- und Stadträten in NRW, nachzusteuern und die Lage der Flüchtlinge noch unerträglicher zu gestalten. Als Beispiel zwei Anträge der beiden faschistischen Gruppen im Kölner Stadtrat:

Für die letzte Ratssitzung am 30. Oktober beantragten die Republikaner eine Entschließung, in der die Aufnahme aller weiteren Asylbewerber in Köln abgelehnt wird. Stattdessen fordern die REP die Einrichtung eines Zentrallagers in

NRW, in dem Sachleistungen anstelle von Sozialhilfe gewährt wird, die Abschaffung der bestehenden Duldungspraxis gegenüber „Zigeunern“ und sie verlangen vom Land, alle Kosten für Asylbewerber und „de-facto-(Wirtschafts)-Flüchtlinge“ zu übernehmen.

Die Abgeordneten „Der Bürger“ (ehemals Republikaner) fragen an, vor wem und wozu die Aussiedler-/Asylwohnheime für einen Betrag von ca. 2,42 Mio. DM im Jahr geschützt werden müßten und bezeichnen Aussiedler, Asylbewerber und Flüchtlinge in ihrer Anfrage als „Insassen dieser Unterkünfte“. Der Tenor der Anfrage geht in die Richtung, daß jeglicher Schutz solcher Heime überflüssig sei („In ihrer bekannt weitsichtigen Einschätzung ... Welche konkreten Übergriffe sind der Verwaltung bisher bekannt geworden ...“).

Beide Anträge zielen daraufhin, in Punkten Übereinstimmung mit einzelnen Mitgliedern aus den Ratsfraktionen von CDU und SPD zu erzielen.

EUROPA VORN



Das REP-Ratsmitglied M. Rouhs mußte jetzt 1 112,98 DM an den Anwalt der Firma Olivetti zahlen. Rouhs ist Herausgeber der national-revolutionären Zeitschrift „Europa Vorn“ und hatte ohne Auftrag eine ganzseitige Anzeige der Firma veröffentlicht. Auf eine Anfrage des Antifaschistischen Forums Köln bei Olivetti und der Provinzial-Versicherung, wie sie dazu kämen, die faschistische Zeitung zu fördern, stellte sich heraus, daß die Anzeigen von den Firmen nicht geschaltet waren. Die Vorstände der Firmen leiteten juristische Schritte ein. Rouhs mußte sich verpflichten, keine Anzeigen mehr zu veröffentlichen, und mußte dann die Anwaltskosten für Olivetti zahlen. (Streitwert ca. 70000 DM). Der ganze Vorgang ging durch die Medien. Jetzt fordert die Provinzial-Versicherung die Kosten für Rechtsberatung.

Kein Brückenkopf für Ostexpansion!

Ratspolitik der Kölner REP steht in Tradition der Faschisten

Im April machten die Republikaner den Versuch, den Kölner Stadtrat vor den Karren ihrer Ostexpansions-Propaganda zu spannen. Die Republikaner hatten den Antrag auf eine Städtepartnerschaft Kölns mit der litauischen Hauptstadt Wilna gestellt. Der völkische Faschist M. Rouhs, früher langjähriger NPD-Funktionär, jetziges Ratsmitglied der Republikaner und Herausgeber der Republikaner-orientierten Zeitschrift „Europa vorn“, begründete den Antrag mit der Schuld Deutschlands gegenüber Litauen im Zweiten Weltkrieg und daß die Loslösung Litauens von der Sowjetunion jetzt unterstützt werden müsse.

Der Faschist Rouhs steht in der traditionellen Strategie der deutschen Ostexpansion: Mit dem Zugriff auf die baltischen Staaten den Weg für die reichsdeutsche Macht weiter nach Osten zu bahnen und, seit 1917, den Weg für einen wirksamen militärischen Angriff auf die Sowjetunion freizumachen. Das Scheitern des letzten Angriffs seitens der Nazi-Wehrmacht mußte jetzt für den Faschisten Rouhs herhalten, um die erneute Propaganda für dieselbe Strategie der Ostexpansion zu begründen. Keine historische Verdrehung ist den Faschisten zu dumm, um mit ihrem Ostexpansions-Gerede in der Öffentlichkeit aufzutreten.

In seiner kurzatmigen Erklärung vor dem Stadtrat (Protokoll der Sitzung vom 26.4.1990, Seite 88) konnte Rouhs die deutsch-völkischen Ziele aber nur andeuten. Ausführlicher breiten Rouhs und die anderen Faschisten ihre Ostpropaganda in dem von Rouhs herausgegebenen Blatt „Europa vorn“ aus. In der Juli-Nummer fordern sie die Herauslösung der polnischen Westgebiete aus Polen als „zweite Etappe der deutschen Vereinigung“. Sie hängen sich damit an die Forderungen der Vertriebenenverbände (denen — um hier darauf hinzuweisen — die Stadt Köln immer noch zehntausende DM für die revanchistische Tätigkeit hinterherwirft). Weiter erklärt „Europa vorn“ für die Rouhs verantwortlich zeichnet, daß völkerrechtliche Verträge, jederzeit als Wisch behandelt werden müssen, wenn „die Deutschen“ wieder antreten: „Vieles spricht dafür, daß die Deutschen im Osten wieder eine Zukunft haben. Nicht nur in Polen, auch im Sudetenland, in Ungarn und in Rumänien ... Weder Verzichtverträge, noch Grenzverträge

nur der Wille zur Zukunft entscheidet. Die Deutschen sind dabei, den Faden ihrer Geschichte wieder aufzunehmen. Auch im Osten.“ („Europa vorn“, 8/90)

Welchen Interessen dienen der Faschist M. Rouhs und seine republikanischen Parteifreunde? Ausgehend von der Forderung nach Abtrennung Oberschlesiens von Polen, fällt Rouhs dann zusammen: „Es geht, genau wie bei der Einigung von DDR und BRD, um die Stärkung der deutschen Machtposition in Mittel- und Osteuropa, insbesondere um eine Vergrößerung der deutschen Möglichkeiten im Osthandel.“

Bei dem Antrag im Stadtrat für Städtepartnerschaft mit Wilna ging es den Faschisten also keineswegs um Schuld und deren Tilgung, sondern vielmehr um einen Schleichweg, auf dem sie politische Partner gewinnen wollten für eine Propaganda der deutschen Brückenkopfbildung im Osten Europas. Auf diese ausgelegte Leimrute folgten ihnen die Stadträte der anderen Parteien nicht. Sie stimmten stattdessen einem Antrag der Grünen zu.

Der Sprecher der Grünen, Frank, kritisierte den Republikaner-Antrag, daß er „offenbar nur als Kulisse für nationalistisches Getöse dient“. Der Grünen-Antrag forderte den Rat auf: „den Aufbau weiterer Partnerschaft mit osteuropäischen Städten zu sondieren und dem Rat Vorschläge zu unterbreiten“. In der Begründung würdigten die Grünen osteuropäische „Bestrebungen, ein friedliches Europa ohne Grenzen jenseits von Nationalismus und gewaltsamen Konflikt nach innen und außen aufzubauen“. Weder die Grünen noch die SPD-Sprecher griffen aber an, daß die Republikaner in ihrem Programm die Ostexpansion des herrschenden Kräfte der BRD propagieren und daß die Republikaner im Verbund mit Vertriebenenverbänden und revanchistischen Kräften der CDU die Beseitigung der polnischen Westgrenzen fördern, um so den Weg für die „deutsche Machtposition“ weiter nach Osten, eben auch nach Litauen, freizubekommen. Aber nur durch offene Kritik an dem von verschiedenen reaktionären Kräften propagierten erneuten Marsch des deutschen Kapitals nach Osten werden SPD und Grüne den Faschisten und anderen Reaktionen den Boden für ihre Wählbarkeit im Stadtrat wegziehen können.

Partei „Die Bürger“ warnen vor Seuchengefahr

Es fragt sich, wer hier in Wirklichkeit das Klima verpestet

Am 21. August stellte die „Bürgerfraktion“ im Kölner Stadtrat eine Anfrage „betreffend Schutz der Kölner Bevölkerung vor Einschleppung von Seuchen und Krankheiten durch Asylbewerber und andere Zugereiste“. In dieser Anfrage bitten sie um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Liegen der Verwaltung Erkenntnisse vor, ob Einreisende aus Rumänien an Cholera infiziert sind?

2. Welche Maßnahmen sind seitens der Verwaltung geplant, die einheimische Bevölkerung vor dieser gefährlichen Krankheit zu schützen?

3. In diesem Zusammenhang bitten wir die Verwaltung außerdem um Auskunft, inwieweit durch den kaum noch zu kontrollierenden Zustrom von Asylbewerbern und sonstigen Zureisenden schwere, ansteckende Krankheiten eingeschleppt werden und wie dieser Personenkreis bei der Aufnahme medizinisch untersucht und betreut wird?

Gemeinsam mit den „Republikanern“ sind die „Bürger“ mit „Ausländeraus“-Parolen in den Stadtrat eingezogen. Auch wenn sie sich inzwischen von den Reps getrennt haben, belegt diese Anfrage mal wieder, was Geistes Kind sie sind: Ausländer haben hier nicht nur nichts zu suchen, sie sind auch noch gefährlich! Infizieren sie doch die gute deutsche Rasse mit fürchterlichen, ansteckenden Krankheiten, Kölner Bürger droht Pest und Cholera! Die Gedankenketten Asylbewerber — Ungeziefer — Infizierung ist ungeheuerlich. Die „Bürger“ wissen sehr wohl, daß unter Hitler in den KZs Juden und Andersdenkende in sogenannte Duschräume zur Desinfektion geführt wurden, wo sie dann vergast wurden. Unter den Roma und Sinti sind viele, die auf diese Weise Angehörige verloren haben oder selbst im KZ gewesen sind. Die „Bürger“ hatten wohl aus Bonn gehört, daß man mit

Kölner Republikaner fordern „Schwarze Sheriffs“

Folgendes Antrag brachten die Republikaner im April in den Rat ein:

„Die Verwaltung wird aufgefordert, einen Wachdienst für U-Bahnstationen einzurichten, der täglich in der Zeit von 20.00 Uhr bis 2.00 Uhr Streife gehen soll.“ Begründet wird der Antrag mit dem hohen Anteil von kriminellen Elementen in einer Großstadt wie Köln, womit die Polizei hoffnungslos überfordert sei. Ein Wachdienst nach dem Vorbild der „Schwarzen Sheriffs“ in München könne den Schutz vor Frauen, Jugendlichen und älteren Fahrgästen besser gewährleisten.

Diese Art von „Bürgerwehr“ würde ihnen so recht in den Kram passen. Es

ist bekannt, daß sich in solchen Organisationen ein Potential an Schlägern mit reaktionären und faschistischen Auffassungen sammelt. In Bonn wurde eine solche Truppe zur Überwachung der Asylbewerberlager engagiert. Der Rhein-Sieg-Anzeiger schrieb dazu: „Die Burschen, jung und blond mit Bürstenhaarschnitt, Phantasiuniform und Springerstiefeln haben die Sache im Griff; Aufmüpfge werden mit einfacher körperlicher Gewalt ans Ende der Schlange befördert ... bis vor kurzem unter Einsatz von Schlagstöcken.“ (Ausgabe vom 20.7.90)

Ein Einsatz dieser Art würde sicher auch den Kölner Republikanern gefallen. Zum Glück lehnte der Rat diese Art von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Republikaner ab.

solchen Anfragen wunderbar Stimmung machen kann. Dort waren Romafamilien in einem Atombunker untergebracht, den sie jeden Morgen wieder verlassen mußten. Davor standen Duschzelte. Ehe sie abends wieder eingelassen wurden, mußten sie duschen, die Kleidung wurde desinfiziert. Nachdem alle Interventionen bei Politikern und Verwaltung ohne Ergebnis blieben, wurden die Zelte inzwischen in Eigeninitiative eingerissen.

Die Verwaltung, für die Beigeordneter Dr. Simon in der Ratssitzung am 30.8. Stellung nahm, wies die „Vermutungen“ der „Bürger“ zurück, es seien keine Cholerafälle gemeldet. Es sei auch nicht zu erkennen, daß mehr ansteckende Krankheiten durch Asylbewerber ins Land gebracht würden als durch deutsche Staatsangehörige, die aus dem Ausland zurückreisen. Zum rassistischen Inhalt dieser Anfrage äußerte er sich nicht.

Hinzuzufügen wäre, daß heute viele Asylbewerber, vor allem unter den Roma, aufgrund der Unterbringung in völlig unzureichenden Quartieren wie etwa der Mülheimer Lagerhalle tatsächlich krank sind. Der Anteil der Kinder, die unter chronischer Bronchitis leiden, ist besonders groß. In Hagen, wo eine Zeltstadt für Familien aus Rumänien errichtet worden war, und wo in der Presse eine regelrechte Kampagne gegen angebliche Krankheiten, Läuse und Krätze lief, mußte das Lager inzwischen geschlossen werden: nicht weil sich alle diese Horrormärchen bewahrheiteten, sondern weil durch Kälte und Regen zu viele Menschen in den nicht beheizbaren Räumen ernsthaft erkrankten.

Hier sollte der Rat tätig werden: das Bleiberecht für Roma und Sinti wirklichen, dezentrale, menschenwürdige Unterbringung von Asylbewerbern organisieren und jeglicher rassistischer Hetze entgegenzutreten.

Antifaschistische Wochen

Antifaschistisches Klima in den Kommunen gefordert

Kreis Pinneberg. Das Antifaschistische Forum im Kreis Pinneberg, in dem sich örtliche Antifa's sowie Mitglieder der DGB-Jugend, der Elmshorner Jugend, der Jusos, des Kreisjugendrings, der ÖTV, der VVN-BdA, der Volksfront und viele Einzelpersonen zusammengeschlossen haben, koordinierte und organisierte die „Antifaschistischen Wochen“. Die Veranstaltungen, die vom Land und vom Kreis mitfinanziert wurden, fanden und finden im Zeitraum vom 29. 10. bis zum 30. 11. statt. Sie sollten „im zeitlichen Zusammenhang mit dem 9. November/Jahrestag der Reichspogromnacht und der bevorstehenden Bundestagswahl am 2. Dezember zum Nachdenken und politischen Handeln aufrufen“.

Leider waren die Einzelveranstaltungen oft nur mäßig besucht. Eine Diskussion zwischen den verschiedenen Strömungen des Antifaschismus konnte meist nicht geführt werden, weil im wesentlichen nur das jeweils veranstaltende Spektrum kam. An der Ausstellungseröffnung „Sinti und Roma im Nationalsozialismus“ beteiligten sich 15, an der „Alternativen Hamburger Stadtrundfahrt“ 35 Personen. Den Film „Eat the rich“ sahen sich 25 Teilnehmer an, ebenso die Filme zur „Euthanasie“. Zur Filmveranstaltung „Wotans Erben“ kamen 35-40 Jugendliche. Die Veranstaltungen „Jugendliche und Rechtsextremismus“ besuchten 20, „Rassismus und Kapitalismus in Südafrika“ 17, „Ausländergesetz“ etwa 25, „Großdeutschland — wie sehen es seine Nachbarn“ 13 und „Revanchisten gewinnen an Boden“ 17 Antifaschisten. Bei „Rock gegen Rassismus“ luden über 200 Leute ab. Sportlich zeigten sich 8 Leute bei „Spiel ohne Grenzen“. Den ermordeten jüdischen und antifaschistischen Menschen gedachten mit Kranzniederlegungen etwa 45 Personen.

Aus der Presseerklärung: „Das ... Forum ... fand ... mit ca. 50 Teilneh-

mern ... statt. In vier Arbeitsgruppen und einem Workshop arbeiteten die Teilnehmer ...

Im Plenum wurden die Arbeitsergebnisse ... vorgestellt. Allen Ergebnissen war gemeinsam, daß ein stärkeres antifaschistisches Klima in den Gemeinden, Städten und im Kreis Pinneberg durch die jeweiligen Verwaltungen und Selbstverwaltungen mitgeschaffen werden muß ...

* Die auf dem 1. Forum begonnene Auseinandersetzung über das Auftreten von jungen Neonazis in Hasloh ... wurde fortgesetzt und das weitere Vorgehen abgestimmt.

* Die Gestaltung des Antifa-Rundbriefes soll ... verbessert werden, um somit den Austausch von über 100 Beziehern zu intensivieren. Der Rundbrief ist vielleicht das wichtigste Bindeglied ...

* Um den 30. Januar 1991 ... findet das nächste Treffen des Antifaschistischen Forums ... mit diesem Schwerpunkt statt.

* Jugendlicher Neonazismus hat seine Ursachen auch in den gesellschaftlichen Bedingungen ..., für deren Veränderungen wir deshalb eintreten. Auf kommunaler Selbstverwaltungsebene sollen Ausschüsse initiiert werden, die antifaschistische Arbeit fördern sollen.

* Über den Hungerstreik von Uetzerener Asylbewerbern wurde informiert. Darüber soll eine Dokumentation erstellt werden. Eine Veranstaltung zum Ausländerwahlrecht wird vorbereitet.

* Eckpunkte antifaschistischer Politik wurden im Rahmen einer Resolution verabschiedet ...

* Ein Brief aus Anlaß der Wahlzulassung der „Republikaner“ und der „NPD“ wird an den Landrat geschickt mit der Aufforderung, diesen Parteien keine Unterstützung zu gewähren.

Den kulturellen Abschluß bildete ein Auftritt des Hamburger Kabarets „Hohlkopftheater“. Außer bei den Besuchern des Forums fand dieses Kabarett Anklang ... — (dim, sip)



Etwa 45 Antifaschistinnen und Antifaschisten gedenken mit Kranzniederlegungen vor den Gedenksteinen an die jüdischen und antifaschistischen Opfer.

„Asylrecht ist Menschenrecht“

Zahlreiche Gruppen fordern Aufenthaltsrecht für kurdische Flüchtlinge

Freiburg. Wir dokumentieren nachfolgend Auszüge aus einem Aufruf, der inzwischen von mehr als 20 Gruppierungen (u.a. ADW, ai, AK Asyl, DFG/VK, Jusos, Flüchtlingsrat, PuK Waldkirch, Jungdemokraten, Radio Dreyeck-

land, Linke Liste/Friedensliste, Unabhängige Frauen) unterstützt wird. Für die dortigen Forderungen nach einem Aufenthaltsrecht für kurdische Flüchtlinge aus der Türkei werden Unterschriften gesammelt. — (ulb)

„Ohne einen öffentlichen Protest ging letztlich durch wenige Medien eine unglaubliche Meldung ... Die türkische Regierung hat in einem Schreiben an die Mitgliedsstaaten des Europarats ihrer Unterrichtspflicht genügt und darüber informiert, daß die Artikel 5, 6, 8, 10, 11 und 13 der Europäischen Menschenrechtskonvention von ihr „aus Gründen der nationalen Sicherheit“ außer Kraft gesetzt werden. Betroffen sind davon zehn ... kurdische Provinzen.“

Man hat von keinem Einspruch der Staaten Westeuropas gehört. Sind im Beziehungsfeld der Völkergemeinschaft Unrecht, Gewalt, mit Füßen getretene Menschen und außer Kraft gesetzte Menschenrechte nichts mehr, was uns hier in Rage bringt? ...

Der Zynismus dieser anscheinend ordnungsgemäßen Unterrichtung liegt darin, daß seit mehr als einem Jahr Kriegsrecht in den kurdischen Provinzen herrscht und die angeführten Menschenrechte dort längst nicht mehr gelten. Die Militärkommandeure unterstehen seit September 1989 nicht mehr dem zivilen Sondergouverneur, sondern dem türkischen Generalstab. Aus der Tür-

kei selbst werden Menschenrechtsverletzungen der schwersten Art (willkürliche Folter und Vergewaltigung, Verfolgung von Gewerkschaftern, Folter und Ermordung Intellektueller, Inhaftierung zurückgekehrter Emigranten) immer wieder bekannt. Bei der Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung handelt es sich inzwischen um ein völkermordähnliches Vorgehen ...

60 Menschen aus diesem Land leben in Freiburg als Asylbewerber aus der Türkei, die meistens aus den kurdischen Landesteilen, ein unsicheres Leben ... Den türkischen Asylsuchenden wird das Recht auf Asyl in den meisten Fällen verweigert. Der baden-württembergische Innenminister Schlee wurde gebeten ..., den abgelehnten Kurdinnen und Kurden wenigstens ein Bleiberecht einzuräumen ... Der Minister ... lehnte eine allgemeine Regelung ab: „Das Innenministerium ist insbesondere auf der Grundlage der Lageberichterstattung des Auswärtigen Amtes der Auffassung, daß Kurden in der Türkei allein wegen ihrer ... ethnischen Volkszugehörigkeit keiner politischen Verfolgung ausgesetzt sind.“ Die immer engere Auffas-

Gehorsam ist die Tugend der Sklaven

Berlin. Etwa 6000 Teilnehmer machten am 17. November mit bei der Deserteur-Innenparade. Organisiert hatten sie die „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“ und „Mit Uns gegen die Wehrpflicht“. Die Sprecher auf der Abschußkundgebung wendeten sich gegen die Einführung der Wehrpflicht in Westberlin und gegen ein Pflichtdienstjahr für Frauen; ein Vertreter der Volksentscheidungsbewegung der Schweiz zur Abschaffung der Wehrpflicht betonte die Unvereinbarkeit von jeglichem Militär und Demokratie. Weiter wurde berichtet, daß westdeutsche Wehrerfassungsämter in einer Racheaktion 30 bis 32-jährige, die vor der Wehrpflicht nach Westberlin geflohen sind, einberufen wollen. Die Aufforderung, Einsatzbefehle gegen den Irak zu verweigern, fand beonders viel Beifall. — (chk)

Großdeutsche Wappenwand im Rathaus soll aktualisiert werden

Norderstedt. Im neuen Norderstedter Rathaus prangt seit fünf Jahren eine Wappenwand kunstschniedereisen mit sämtlichen „deutschen“ Gebieten in den Grenzen von 1937 — umrahmt von dem Text des Wiedervereinigungsgebotes des Grundgesetzes. Dieses Kunstwerk war vom Tag seiner Enthüllung an Zielscheibe unentwegter Angriffe und Hämme der Linken in der Stadt. Nach dem November 1989 forderten die Rathaus-GRÜNEN wieder mal die Entfernung der Wappenwand. Die SPD ging schlaue darauf ein: Der Lauf der politischen Entwicklung habe das Kunstwerk überholt. Die Stadtvertretung beschloß die Entfernung der Wappenwand. Die CDU steckte sich hinter den Künstler des Machwerkes. Er droht nun gerichtliche Schritte gegen die Stadt an. Die Stadt versucht sich derweil im Kompromiß: Eine dem Stand nach der Wiedervereinigung entsprechende „aktualisierte Fassung“ (und natürlich Geld) will sie dem Künstler anbieten. — (hel)

Mahnwache gegen BRD-Militärpräsenz in Kurdistan

Hamburg. Zu einer zweitägigen Mahnwache vor der Führungsakademie der Bundeswehr am 1. und 2. 11. hatte die Freie Jungenschaft aufgerufen und den Eingang dort entsprechend mit Transparenten „NATO-Front zum Irak ist Kurdistan, Keine Ausbildung für Unterdrückung der Kurden, Deutsche Soldaten raus aus Kurdistan!“ versehen. In einer Presseerklärung zu dieser Aktion prangt die Freie Jungenschaft den Krieg der Türkei gegen Kurdistan an, legt die Unterdrückung des kurdischen Volkes durch türkische Militärs bloß und fordert die Einstellung von Waffenlieferungen und Ausbildung (z.B. durch GSG-9-Offiziere) türkischer Militärs durch die Bundesregierung. — (mek)

DGB, IG Metall und Ausländerbeirat zum Wahlrecht

Karlsruhe. Der DGB Kreis Karlsruhe und die ausländischen Mitglieder des Ausländerbeirats haben in einer gemeinsamen Erklärung die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts kritisiert: „Die Richter in den roten Roben haben eine Entscheidung getroffen, bei der sie sich an einem an der Vergangenheit orientierten Begriff des Staatsvolks orientiert haben. Die Realitäten nach 41 Jahren Bundesrepublik, europäischem Einigungsprozeß und den positiven Regelungen in anderen europäischen Ländern zum Ausländerwahlrecht hätten es gerechtfertigt, ein neues, an anderen Werten und Normen orientiertes Wahlrecht greifen zu lassen. Wir stellen fest:

— Durch dieses Urteil ist der Weg für eine liberale Verfassungsinterpretation ... endgültig verbaut.

— Der Beschluß des Europaparlaments, der ausdrücklich die Einführung des Wahlrechts zumindest für den EG-Bereich vorsieht, ist mit Füßen getreten worden. (...)

— In 41 Jahren Bundesrepublik haben die Ausländerinnen und Ausländer in einer Lebens- und Schicksalsgemeinschaft mit den Deutschen und in der Erfüllung von Pflichten ... unser Gesellschaftssystem ... wesentlich mitgeprägt. ...

— Die gegenseitige kulturelle Bereicherung und die positive Entwicklung hin zu einer multikulturellen Gesellschaft ist nicht zu übersehen. (...)

Der Ortsausländerausschuß der IG Metall erklärt, daß „Rechtsextremismus, Neofaschismus und Fremdenfeindlichkeit in diesem Urteil seine Bestätigung findet.“ Die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft als Vorbedingung des Wahlrechts sei „erzwungene Germanisierung“ — (bab)

Demonstration zur Pogromnacht in Gelsenkirchen

Gelsenkirchen. Unter dem Motto: „Nie wieder Reichspogromnacht!“ demonstrierten am 9. 11. 300 Menschen. Damit war die Beteiligung an der bisher von den Falken organisierten Demonstration geringer als in den letzten Jahren. Die Falken, BWK, Volksfront und Solidaritätskomitee mit den kurdischen politischen Gefangenen-Ruhr brachten zu diesem Anlaß eine antifaschistische Zeitung heraus. Anton Franz vom NRW-Landesverband deutscher Sinti und Roma hielt auf dem Gelände der ehemaligen Synagoge eine Rede. Die Diskussionsveranstaltung danach mit ihm fand mit ca. 80 Teilnehmern statt. Hugo Franz berichtete von der Kontinuität rassistischer Verfolgung in der BRD. Als ehemaliger Zwangsarbeiter für deutsche Konzerne bekam er gerade 9000 DM Entschädigung. — (tja)

Volkstrauertagsfeier „entmilitarisiert“

Mannheim. Die diesjährige Feier zum Volkstrauertag auf dem Hauptfriedhof fand erstmals in geänderter Form statt: Nach zwei Jahren heftiger Auseinandersetzung und dem völligen Ausfallen 1989 hatten antifaschistische und antimilitaristische Kräfte erreicht: Kein Ehrenbataillon der Bundeswehr, kein Polizeimusikkorps, kein Deutschlandlied und kein „Ich hatt' einen Kameraden“. Ferner wurde neben den gefallenen Soldaten der KZ- und Bombenopfer gedacht. Damit waren einige Charakteristika des Heldengedenktags aus der Öffentlichkeit verdrängt. Andererseits entfällt dieses Jahr die antifaschistische Feierstunde am Totensonntag mit ihren deutlichen Aussagen. — (tht)



Essen. Mehr als 600 Personen, überwiegend Schüler und Leute aus autonomen Antifa-Gruppen, demonstrierten am 10. 11. aus Anlaß der Novemberpogrome unter der Losung „Lieber raus auf die Straße, als Heim ins Reich!“ Bei den Kundgebungen sprachen Vertreter der Grünen, autonomer antifaschistischer Gruppen, Schülergruppen, MLSV und Volksfront. Sie wandten sich gegen die Kampagne gegen das Asylrecht und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Wahlrecht. — (wof)

Niedersachsen: Gegen Flüchtlinge

CDU und Arbeitsamt sind strikt gegen Bleiberechtsregelung

Göttingen. 20000 Flüchtlinge, die vor Folter, Bürgerkrieg oder politischer Verfolgung nach Niedersachsen geflohen sind, sollen bis zum Jahresende eine unbeschränkte Aufenthaltserlaubnis erhalten. Die CDU-Landtagsfraktion hat im Landtag einen Antrag nach sofortiger Aufhebung der Bleiberechtsregelung eingebracht, der mit den Stimmen von SPD und Grünen bei Stimmenthaltung der FDP abgelehnt wurde.

Das Arbeitsamt — eine Bundesbehörde — teilt mit, daß es nicht gedenke, den mit einem dauernden Bleiberecht versehenen Ausländern eine allgemeine Arbeitserlaubnis zu erteilen, sondern diesen könne nur im Einzelfall eine auf ein Jahr befristete Arbeitserlaubnis erteilt werden, wobei Voraussetzung ist, daß der Antragssteller einen Arbeitsplatz vorweist, für den es keinen deutschen Mitbewerber gibt. Diese Prozedur wiederholt sich dann Jahr für Jahr. Also wird es auf Dauer in Großdeutschland eine Gruppe von Menschen geben, die offiziell durch Gesetz geregelt, schlechtere Arbeitsbedingungen und Entlohnung haben wird als der letzte Deutsche.

Mehrere Städte und Gemeinden weigern sich, die Bleiberechtsanträge zu bearbeiten, was zum Jahresende die Folge haben wird, daß der Erwerb des Bleiberechts nicht mehr möglich ist. Der Innenminister hat deshalb wiederholt den

Kommunen, die Anträge nicht bearbeiten, disziplinarische Maßnahmen angedroht. Der niedersächsische Städte- und Gemeindebund fordert das Land auf, „selbst für geeignete Unterkünfte zu sorgen und die Folgekosten aufzubringen“. Gemeinsamkeiten mit der rassistischen Unionshetze sind zwar leicht zu erkennen, trotzdem: lange war umstritten, ob die 10000 DM, die die Städte und Gemeinden für jeden Asylbewerber pauschal bekommen, der das Bleiberecht in Anspruch nimmt, kostendeckend sind oder nicht.

Jetzt hat der SPD-Innenminister den kommunalen Spitzenverbänden angeboten, statt der Pauschale die Sozialhilfekosten auf jeden Einzelfall bezogen genau abzurechnen. Trotzdem hetzt die Reaktion weiter. Es sei skandalös, wenn einzelne Bundesländer „Insellösungen“ schaffen im Widerspruch zum neuen Ausländergesetz.

Der Kreis Wolfenbüttel hat, unterstützt von sämtlichen Landkreisen des Regierungsbezirks, gegen das Land Niedersachsen geklagt auf Erstattung der Sozialhilfeleistungen für abgelehnte, aus humanitären Gründen geduldete Asylbewerber, rückwirkend zum 1. 1. 1989. Noch ist überhaupt nicht entschieden, ob tatsächlich 20000 Flüchtlinge den Bleiberechtsstatus erwerben können. — (kck)

Stahl: Noch immer kein Angebot

Starke Beteiligung an Überstundenboykott und Warnstreiks

Essen. In doch erheblichem Umfang haben sich die Stahl-Belegschaften zu Wort gemeldet. Zum 31. 10. sind die Tarifverträge über Lohn und Gehalt ausgelaufen. Seit Anfang November ruft die IGM zum Überstundenboykott auf, der breit befolgt wird. Nach Warnstreiks und Demonstrationen in Bremen und Salzgitter legten am 15. 11. in NRW 30000 Beschäftigte die Arbeit nieder, allein in Duisburg demonstrierten 10000. Am 16. 11. streikte die Fröhschicht von Hoesch in Dortmund drei Stunden lang, 3000 Stahlarbeiter blockierten eine belebte Straßenkreuzung.

Die Kapitalisten setzen demgegenüber auf Zeit. Obwohl inzwischen drei Verhandlungen stattfanden, haben sie erst für die vierte Verhandlung am Sonntag, 25. 11., ein Angebot in Aussicht gestellt. Stattdessen verbreiten sie obskure Rechnungen zu den Forderungen der IGM: Dirk von Mitzlaff, Geschäftsführer des Kapitalistenverbandes Eisen- und Stahl, erklärte, das Forderungspaket sei „in der bisherigen Tariflandschaft 1990 ohne Beispiel“ und behauptete, sein Volumen läge über 20 %. Schwerpunkt der Forderungen sind die Vorweganhebung von 0,41 DM/Stunde und die Erhöhung der Löhne und Gehälter um 10 %. Alles in allem — einschließlich Verkürzung der Arbeitszeit von 36 auf 35 Stunden bei Lohnaus-

gleich und Erhöhung der Einmalzahlungen — geht die IG Metall von einem Volumen von 13,9 % aus.

Hero Brahm vom Hoesch-Vorstand, der neue Verhandlungsführer der Kapitalisten, bestreitet jeden Nachholbedarf der Stahlbelegschaften. Ein solcher Nachholbedarf ergibt sich sowohl aus den während der vergangenen dreijährigen Laufzeit der Tarifverträge erheblich gestiegenen Lebenshaltungskosten als auch aus der gewachsenen Differenz der Ecklöhne in der Stahl- und in der metallverarbeitenden Industrie, die inzwischen 1,23 DM ausmacht. An der Lohndifferenzierung zwischen den beiden früher eng beieinander liegenden Branchen wollen die Kapitalisten unbedingt festhalten. Ausdrücklich erklärten sie die noch niedrigeren Löhne in der Textilindustrie zum Maßstab für Stahl.

Solche Frechheiten haben zur Mobilisierung der Belegschaften beigetragen. Der „Betriebsfrieden“ ist erheblich gestört, Überstundenboykott und Warnstreiks treffen die Kapitalisten in einer noch „glänzenden“ Konjunktur durchaus. Daß sich die Kapitalisten bisher trotzdem nicht sehr beeindruckt zeigen, scheint daran zu liegen, daß sie davon ausgehen, daß die IG Metall keine weitere Konfrontation will. Erste Forderungen nach Urabstimmung wurden jedoch schon laut. — (wof)

Keine Berlin-Förderung mehr DGB-Kundgebung in Berlin

Berlin. Lediglich 1500 Menschen folgten in Berlin dem Aufruf des DGB für eine Protestkundgebung am 14. 11. 90 gegen die Streichung der Berlin-Förderung. Die Westberliner Beschäftigten verlieren eine Lohn- und Einkommenssteuerersparnis von ca. 30 %. Dies hatte die um bis zu 15 % niedrigeren Effektivlöhne z.B. im Vergleich zu Hamburg bislang ausgeglichen. Trotz der empfindlichen Einkommenseinbuße findet die Kampagne der Gewerkschaften wenig Anklang. Die Gewerkschaften fordern die Erhaltung der Subventionen für alle, einschließlich der Steuervorteile für die Kapitalisten. 30 % Steuerersparnis also auch für Einkommen aus Kapitaleinkünften. Dafür gehen nur wenig Gewerkschafter auf die Straße. Der Aufruf, SPD zu wählen, schloß die Kundgebung ab. — (brr)

IGM Vertrauensleute gegen Bundeswehreinsatz am Golf

Heidelberg. Die Jahresvertrauensleutekonferenz der IGM Heidelberg am 14. 11. 90 verurteilte in einer Resolution die Durchsuchung der Bundesgeschäftsstelle der Grünen vom 12. 11. 90. Darin heißt es u.a.: „... Die Vertrauensleutekonferenz begrüßt ausdrücklich diese Aufforderung („Soldaten sollen sich nicht an den Golf schicken lassen“) der Grünen ... Wir wollen, daß es keinen Krieg mehr gibt ... Aus verfassungsrechtlichen Gründen und aus Sorge um den Erhalt des Friedens appellieren wir an die Soldaten und Rekruten der Bundeswehr: Wenn Ihr den Befehl bekommt, in einen Krieg irgendwo auf der Welt zu gehen, dann sagt Nein und begehrt Fahnenflucht!“ — (has)

Krupp Wohnungsbau nimmt Vergaberichtlinien zurück

Essen. Krupp Wohnungsbau hat die im Mai schriftlich gefaßten Vergaberichtlinien für Wohnungen zurückgenommen. Das ist das Ergebnis des öffentlichen Protestes, der auch in einer Kleinen Anfrage der Grünen im Landtag Ausdruck fand. Die Richtlinien sahen eine umfassende Überprüfung von Wohnungsbewerbern vor. Neben Einkommensnachweisen wurden u.a. schriftliche Auskünfte des bisherigen Vermieters verlangt, nach Möglichkeit sollte auch der Zustand einer Ehe überprüft werden. Außerdem enthielten die Richtlinien diskriminierende Bestimmungen insbesondere gegen Sozialhilfeempfänger. In der Antwort des Landesministeriums für Bauen und Wohnen auf die Anfrage heißt es dazu: „Auch wenn — nach einem Gespräch mit der Krupp-Wohnungsbaugesellschaft — angenommen werden kann, daß diese keine Praxis anstrebt, die im Widerspruch zu der im 1. Tätigkeitsbericht der Landesregierung über den Datenschutz im nicht-öffentlichen Bereich dargelegten Rechtsauffassung steht, stößt die bekanntgewordene Verfahrensweise der Gesellschaft unter wohnungspolitischen und datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten auf Bedenken. Die Landesregierung wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hinwirken, daß die Vergabepraxis klargestellt und die damit verbundene Befragung von Mietinteressenten auf ein sachlich angemessenes Maß beschränkt wird.“ Die Aufhebung der Vergaberichtlinien ist ein Erfolg, ganz vom Tisch ist die Schnüffelei allerdings nicht: Krupp Wohnungsbau will von Bewerbern weiterhin Einkommensnachweise und eine „Selbstauskunft“. Ein Formblatt dafür existiert schon. — (wof)

IGM erfolgreich bei KHD Lauingen

Augsburg. Wegen über 50 % Personalabbau in fünf Jahren und gegen Unmenschlichkeit und Rechtsbrüche der Geschäftsleitung protestierte Anfang November die Belegschaft von KHD Lauingen (Mähdscherwerk) mit drei Tagen Streik. Sie forderte: Abberufung des Geschäftsführers; Keine Ausgliederung der Instandhaltung und Entwicklung; Garantien für eine dauerhafte Bestandssicherung von Lauingen. Unterstützung des Streiks gab es sogar von CSU-Bürgermeister und Parlamentariern. Die IGM erreichte, daß die Streiktage bezahlt werden und der Geschäftsführer wohl schnell abgelöst wird; die Ausgliederungspläne sind noch nicht konkret. Da die Belegschaft den Geschäftsführer für den fehlenden Geschäftserfolg verantwortlich macht, akzeptierte sie die Forderung nach schwarzen Zahlen, also Rationalisierung. — (mif)

Haustarif bei Libri in Hamburg

Hamburg. Im Hamburger Groß- und Außenhandel besteht seit dem Scheitern der Tarifverhandlungen im Juni tarifloser Zustand. Daher wurden in mehreren Betrieben Haustarifkommissionen gewählt, die erste beim Buchgroßhändler Libri & Co. Hier erkämpfte die Belegschaft den ersten Haustarif. Die strikte Ablehnung von Verhandlungen durch die Geschäftsleitung wurde mit einem zweitägigen Streik beantwortet. Der dann erzwungene Haustarif liegt weit über dem Niveau des alten Branchentarifvertrages. Neben verbesserten Eingruppierungen gibt es erstmals ein tarifliches Weihnachtsgeld von 30 Prozent, ab 1992 dann 50 Prozent. Der Urlaub wird in Stufen bis 1992 auf sechs Wochen für alle angehoben und das Urlaubsgeld auf DM 30 pro Urlaubstag erhöht. Ein entsprechender Tarifvertrag wurde auch bei Petersen Buchimport abgeschlossen, bei zwei weiteren Pressevertrieben streikten die Beschäftigten. — (jub, scb)

CDU-Anhörung zur Arbeitszeitgestaltung

Karlsruhe. Die Anhörung führte die CDU-Landtagsfraktion Baden-Württ. in Vorbereitung der Neuordnung der Arbeitszeitordnung durch. Für R. Kurz (MdB) ist die Arbeitszeit zu starr und bürokratisch geregelt, was das Nachtarbeitsverbot für Frauen zeige. Die CDU will flexible Arbeitszeitregelungen, „um den künftigen Herausforderungen gerecht zu werden“. Handwerkspräsident H. Späth fordert die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche. W. Then von „randstad Zeit-Arbeit“ und R. Gaber vom Verband der Textilindustrie verlangen die flexible Ausdehnung der täglichen Betriebs- und Arbeitszeiten mit Ausgleich über Gleitzeitregelungen und halbjährige Blockfreizeiten. — (rub)

„Überstunden fallen regelmäßig an“

Interview mit Hamburger Hebammen über ihre Arbeitsbedingungen

Hamburg. Vertrauensleute aus Hamburger Krankenhäusern haben mit der Herausgabe einer Zeitung begonnen, der „HAK“, die in allen Krankenhäusern verteilt wird. Die Reaktion der Beschäftigten ist bisher sehr positiv ausgefallen, weil die Zeitung die drängendsten Probleme der Beschäftigten aufgreift und so der Verständigung dient. Wir veröffentlichen Auszüge aus einem Interview mit Hebammen aus dem Barmbeker Krankenhaus. — (mah, scb)

sprüche an eine vernünftige Ausbildung

Wieviele Hebammen sollten denn Eurer Meinung nach in einer Schicht sein?

... Der Hebammenverband sagt, es ist erstrebenswert, als Hebamme allein nicht mehr als zwei Frauen unter der Geburt zu betreuen, was ich persönlich auch als Maximum empfinde, aber es gehen dann doch fünf, sechs Frauen pro Schicht durch eine Hebammenhand. Ich hab einmal überlegt, da habe ich fünfzehn Frauen in einer Schicht vaginal untersucht, fünfzehn verschiedene, das ist einfach entwürdigend. Da weißt Du dann echt nicht mal mehr, wie sie eigentlich heißt ...

Wenn Ihr Euch Kolleginnen vorstellt, die geschmissen haben, was hätte die gehalten im Beruf?

Eine bessere Bezahlung, mehr Möglichkeiten, Teilzeit zu arbeiten, bessere Arbeitsbedingungen und dadurch höhere Zufriedenheit, eine bessere Deckung von Anspruch und Wirklichkeit. Und mehr Freizeit. Also ich finde, im Gesundheitswesen sollte kein Mensch mehr als dreißig Stunden arbeiten, und zwar wegen der belastenden Arbeit und

dieser Wechselschicht, die einen auch sozial isoliert ...

Wissen die Leute eigentlich, was eine Hebamme verdient?

Sie haben eine völlig falsche Vorstellung. Das erlebt man durch freiberufliche Tätigkeit ... Die Gebühren sind jetzt um 2/3 erhöht worden (bis 30. 6. 22 DM, ab 1. 7. 37 DM brutto) ...

Du arbeitest doch volltags, was verdienst Du denn?

2000 netto. Ich bin noch in KR IV, da ist dann aber alles drin, alle Zuschläge usw. (Nachtdienste, Wochenenden, Überstunden).

— Also, ich hätte gerne sowas wie ein Streikrecht ... Ich möchte sagen können: Hier ist Schluß, ich lehne die Verantwortung für alles weitere ab ...

— Im Grunde genommen wird unsere Arbeit gar nicht akzeptiert. Wir ahnen, daß es auf 3000 Geburten pro Jahr geht ... Und wenn dann unser Chef in der Zeitschrift GEO sagt, bei uns in Barmbek sei die Droge für die Frauen ... die liebevolle Fürsorge durch den Arzt und die Hebamme ... da weiß ich nicht, wie er dazu kommt. Ich habe dafür selten Zeit!

Konkurrenz am Reifenmarkt

Pirellis Übernahmeplan für Continental und Reaktionen

Hannover. Pirelli Italien, mit gut 6 Prozent fünfter in der Welttrangliste, hat sich einen raffinierten Plan ausgedacht, mit dem Continental letztendlich selbst die Übernahme finanzieren soll. Die Pirelli Tyre Holding in Amsterdam, mit Herrn Pirelli an der Spitze, hat Continental angeboten, die Pirelli-Reifenaktivitäten gegen einen Kaufpreis von etwa 2 Milliarden DM in den Continental Konzern zu integrieren. Im Gegenzug verlangt Pirelli die Mehrheit im Aufsichtsrat, den Vorstandsvorsitzenden und den ersten Stellvertreter. Der zweite dürfte dann von Continental gestellt werden. Diesen Anspruch begründete Pirelli damit, daß Aktienbesitzer mit in der Summe über 50 Prozent des Aktienkapitals hinter seinem Vorschlag stehen.

Die geforderten zwei Milliarden soll Continental bar bezahlen und aufbringen durch eine Kapitalaufstockung und durch Kreditaufnahme. Die Kapitalaufstockung über Bezugsrechte will Pirelli für den erwähnten Bündniskreis kaufen von einem Teil des Geldes, das Continental zahlen soll. Dies, damit Pirelli auch nach der Kapitalaufstockung noch 50 Prozent des Aktienkapitals vertreten kann. Die Continental soll also ihre eigene Übernahme bezahlen und Pirelli behält noch eine Milliarde Mark übrig.

Die erste Reaktion des Vorstandes gegenüber der Presse und der Belegschaft bestand aus Herunterspielen des Vorschlags, geheuchelter Empörung — erst müsse man verhandeln, nichts hätten sie gewußt, dabei hat der Vorstand bereits seit April mit Pirelli verhandelt — und der Aufforderung an die Beschäftigten, kräftig weiter zu arbeiten, weil sonst der Verhandlungswert der Continental sinkt. Zehn Tage nach der Überreichung des Angebots kam dann ein „So nicht“.

Die von allen betonten sachlichen Argumente für eine Fusion sind, daß der sich verhärtende Reifenkonflikt nur wenige selbständige Reifenproduzenten übriglassen wird, daß sich Pirelli und Continental eigentlich nur in der Bundesrepublik, in den USA und in Großbritannien konkurrierend gegenüberstehen und sonst weitgehend auf getrennten Märkten operieren, gleichzeitig aber durch ein Zusammengehen erhebliche Einsparungen im Bereich der Forschung und Entwicklung und durch Rationalisierungen möglich seien. Zunächst hat Pirelli beteuert, er habe es nicht unfreundlich gemeint. Nach einer Funkstille hat Continental Pirelli ein Stillhalteabkommen während und auch nach einer Verhandlungsphase vorgeschlagen, das Pirelli als „Knebelvertrag“ abgelehnt hat. Jetzt steht es 1 zu 1. Nicht auszuschließen, daß sich nun die Beraterfirmen der Konzerne gegenüberstehen. Pirelli wird vertreten durch die Merrill Lynch, USA, und Continental durch die britische Investbank Morgan

Grenfel (eine Tochter der Deutschen Bank). Denn beide Firmen und die Presse wiederholen unaufhörlich, daß ein Zusammengehen der beiden Konzerne das einzig wirtschaftlich Sinnvolle ist.

Für die Interessenvertreter der Belegschaften steht sich gegenüber, daß es ja eigentlich egal ist, welchen nationalen und internationalen Kapitalisten und ihren Organisationen die Firma gehört, andererseits gerade in Hannover in den letzten Jahren Beispiele im Bereich der Chemischen Industrie vorliegen, wo nach Wechsel der Eigentümer die Belegschaftsrechte drastisch eingeschränkt wurden bis hin zur versuchten Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden der Pelikan durch den Schweizer Konzern Metro.

In einer ersten Stellungnahme nach dem Übernahmeangebot hat Wolfgang Schultz, IG Chemie und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender, noch betont, daß sie die Zustimmung zu einer wie auch immer gearteten Fusion mit Pirelli von einer Bestandssicherung der ca. 10000 Arbeitsplätze in Hannover abhängig machen. Mit der zweiten Stellungnahme, die auch gleich auf Vorstandspapier erschien, haben sich die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat voll vor den Karren des Vorstands spannen lassen, indem sie nur erklärt haben: wir unterstützen den Vorstand in seiner ablehnenden Haltung. SPD-Ministerpräsident Schröder fühlte sich nach seiner Stellungnahme für Pirelli bemüht, auch eine Stellungnahme mit den Betriebsräten der Continental herauszugeben. Darin wird eine Kooperation als durchaus wünschenswert dargestellt. Als Ziele werden formuliert: dauerhafte Sicherung der Arbeitsplätze in Niedersachsen, Konzernzentrale in Hannover, gesicherte Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten in Niedersachsen und der Erhalt von Entwicklungschancen für den Bereich der Technischen Produkte.

Die offene Flanke in diesen Auseinandersetzungen ist der Nationalismus. Die gemeinsame Stellungnahme von Ministerpräsident Schröder mit den Betriebsräten endet mit dem Satz: „Die Gesprächspartner würden es begrüßen, wenn es gelänge, in einem solchen Konzern der deutschen Seite eine Führungsrolle zu sichern.“ Mit der Begründung: lieber die Continental kauft andere als wird selber gekauft, haben die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat allen Übernahmen der Continental von ausländischen Firmen zugestimmt. War das gut für die jeweiligen Belegschaften? Eine nicht-deutsche Konzernspitze ist auf jeden Fall schlimm, diese Position hat eine breite Basis in der Belegschaft. Und genau mit dieser Position ist keine eigenständige Interessenvertretung gegenüber der Geschäftsleitung möglich — (gea)



Stuttgart. Über 5000 Menschen nahmen am 17. 11. 90 an der bundesweiten Demo „Entrüstet Daimler! — Kein Krieg am Golf“ teil. Die acht RednerInnen richteten sich schwerpunktmäßig gegen die imperialistische, völkervernichtende Doppelmoral der USA, der Natostaaten und gegen den größten deutschen Rüstungsexporteur Daimler-Benz, der profitgierig jedes Land hochrüstet. — (wolf)



München. Lebenshilfe statt Sterbehilfe forderten rd. 50 Behinderte und Nichtbehinderte auf der Zehn-Jahresfeier der Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben (DGHS) und protestierten gegen die „aktive Sterbehilfe“ der DGHS für alte, kranke und behinderte Menschen. Dem Rollstuhlfahrer G. Steiner wurde vom DGHS-Präsidenten Alrott persönlich das Megaphon entrissen. — (anm, ecg)

Aus Ländern und Gemeinden

Große Koalition für Kolonialjustiz

Hannover. Die niedersächsische Justizministerin Alm-Merk (SPD) strebt aus Kostengründen keine weitere Abordnung von Richtern und Staatsanwälten nach Sachsen-Anhalt an. Für eine „Übergangszeit“ soll stattdessen die Rechtsprechung in Sachsen-Anhalt zum Teil oder komplett übernehmen. Dies würde bedeuten, daß etwa Gerichte in Braunschweig, Hannover, Lüneburg oder Göttingen Verfahren aus Sachsen-Anhalt entscheiden. Das läuft auf die komplette Ausschaltung der Justizbehörden in diesem Teil der ehemaligen DDR hinaus. Darüber will sich Alm-Merk mit Walter Remmers (CDU) einigen, der vom Posten des niedersächsischen Justizministers jetzt auf den des Justizministers von Sachsen-Anhalt gerutscht ist. Für weiter entfernte Gebiete Sachsen-Anhalts denkt sich Alm-Merk reisende niedersächsische Gerichte, die Gerichtstage abhalten. Unterstützt wird sie bei diesen Plänen vom Arbeitskreis „Rechtspolitik“ der SPD-Landtagsfraktion, der zügige Überprüfungen durch die „Erfassungsstelle“ Salzgitter wünscht. — (kek)

Demonstration gegen Wohnungsnot

Karlsruhe. Am 12. 11. fand eine Demonstration gegen die Wohnungsnot mit ca. 400 Teilnehmern unter dem Aufruf „Wohnungen für alle“ statt. Gefordert wurde u.a. die Wiedereinführung eines gesetzlichen sozialen Wohnungsbaus, daß die städt. Wohnbaugesellschaft preiswerte Sozialwohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung baut, die Beschlagnahme leerstehenden Wohnraums und die Schaffung von Übergangswohnmöglichkeiten, z.B. in Kasernen. Den Aufruf trugen der UStA der Uni und der FH, DGB, Mietverein, Sozialpädagogische Alternative, SPD, DKP, Grüne/GL-Fraktion, Jusos, FiPS (Frauen) und Liste Wehrt Euch (Uni). Örtliche Zeitung und Radio (SWF) berichteten. — (erl)

Hungerstreik nach 19 Tagen abgebrochen

Hannover. Am 25. 10., nach 19 Tagen, haben die elf Gefangenen in der JVA Hannover ihren seit 4. 10. 90 dauernden Hungerstreik abgebrochen. Die Gefangenen der Isolierstation „für eingeschränkte Kommunikation“ forderten Gleichbehandlung mit den übrigen Gefangenen. Sie verlangten die gleiche Anzahl von Sportstunden und Besuchsstunden wie im „Normalvollzug“, gleiche Telefonmöglichkeiten. Seit dem 20. 10. dürfen die Gefangenen nach einer neuen Anstaltsverfügung vier Telefonate im Monat führen (bisher zwei), zweimal in der Woche Sport treiben (war ausgefallen) und zwei Stunden Besuch pro Monat empfangen (bisher eine Stunde). Justizministerin Alm-Merk erklärte am 20. 10. 90 vor „Kritikern“ der Isolierstation von Drobbs, GABL, Anwälten und Journalisten, die in die JVA gekommen waren: „Die Station bleibt bestehen. Hinter Gittern werden zu viele angeeignet“. Der Sprecher der „Vereinigung Niedersächsischer Strafverteidiger“ erklärte, daß nur gegen einen der Gefangenen auf der Isolierstation ein Verfahren wegen Dealens im Gefängnis läuft. — (anr)

ÖTV Bielefeld erhebt Tarifforderung

Bielefeld. Im Bereich der Kreisverwaltung Bielefeld der Gewerkschaft ÖTV haben die Mitgliederversammlungen der Universität sowie die der Krankenanstalten Mitte und Rosenhöhe Empfehlungen für die Lohn- und Gehaltsforderungen zur Tarifrunde 1991 beschlossen. Alle Mitgliederversammlungen halten die Erhöhungen der Löhne und Gehälter um 10 %, mindestens aber um 300 DM für erforderlich. Die Höhe der Forderung und der Festgeldbetrag werden mit den bisherigen Lohnerhöhungen unter der offiziellen Preissteigerungsrate in den letzten drei Jahren auf Grund der gleichzeitig vereinbarten Arbeitszeitverkürzung und mit der Tatsache, daß darunter gerade die Bezieher niedriger Einkommen gelitten hätten, begründet. — (roh)

Polizei filzt Verteidigerunterlagen

Am Abend des 14. haben Zivilfahnder zwei Hamburger Anwältinnen unter dem Vorwand, sie seien verdächtig, Flugblätter verteilt zu haben, aufgelauert und ihre Taschen mit Verteidigerunterlagen verlangt. Beide verteidigen u.a. Gefangene aus der RAF, gegen die die Bundesanwaltschaft seit Monaten wegen eines angeblichen „illegalen Infosystems“ ermittelt. Sie wurden zur Wache geschleppt. Hier öffneten Polizeibeamte trotz Protestes die Verteidigerakten; nach einer ersten Sichtkontrolle im Beisein der Anwältinnen verschwanden sie damit im Nebenraum. Um sie widerrechtlich zu fotokopieren? — (scc)

Nach Berufsverboten jetzt auch Wohnverbote?

München. Am 21. Februar 1990 wurde im Münchner Osten ein Haus besetzt und gleichzeitig mit dem Kommunalreferenten Welsch (Die Grünen) Verhandlungen über die Nutzung des Hauses begonnen. Während dieser Verhandlung wurde das Haus von der Polizei geräumt. Der Verein Steinläuse wurde gegründet. Im Rahmen des „Wohnforums“, ein aus EG-Mitteln gefördertes Projekt zur Studie der Neuen Armut ließ sich der Oberbürgermeister im Juli doch herab, das Projekt mit den „Steinläusen“ zu genehmigen. Inzwischen schalteten sich die Sicherheitsbehörden ein. Polizeipräsident Koller schrieb einen Brief an den OB, in dem er behauptete, daß selbstbestimmtes Wohnen immer ein Sicherheitsrisiko darstelle und er deshalb in die Planung miteinbezogen werden wolle. Kreisverwaltungsreferent Uhl ließ sich mittels Amtshilfe von Polizei und Justiz sämtliche sog. Erkenntnisse gegen einzelne Mitglieder der Steinläuse übermitteln. Auch der Verfassungsschutz legte dem OB nicht nachprüfbare Unterlagen über die Vereinsmitglieder vor. Innenminister Stoiber schrieb ein als Pressemitteilung getarntes Pamphlet, in dem die Hafenstraße als Feindbild dargestellt wurde, dessen Ursache selbstbestimmtes Wohnen sei. Nach den Wahlen konnte Kronawitter zu seiner eisernen Linie zurückkehren, die beinhaltet, daß politisch mißliebigen Personen in München kein städtischer Wohnraum zur Verfügung gestellt wird. Hiermit wurde ein weiterer Ansatz von selbstverwaltetem Leben und Wohnen in München verhindert. — (Steinläuse)

Wahlkampf für „Hauptstadt Berlin“

CDU und REP mobilisieren für DDR-Durchdringung und Niederwalzen von Widerstand

Berlin. Der Wahlkampf für die gleichzeitig mit der Bundestagswahl stattfindende Berliner Abgeordnetenhauswahl verläuft zwischen den bürgerlichen Parteien zäh und langweilig. Alle toben sich gegen die Opposition aus, die sich in zahlreichen Initiativen und fast täglichen Demonstrationen findet, so bei der Auseinandersetzung um die besetzten Häuser, Initiative gegen Wehrpflicht, gegen Lohnneinbußen durch Streichung der „Berlin-Zulage“ (DGB/IGM), Aktionen gegen rassistischen Wahlkampf (Ausländerorganisationen und antifaschistische Bündnisse) u.a. Einigkeit bei SPD bis REP in der Hetze gegen die Offene Liste der PDS.

„Für die CDU ist Politik die ständige Auseinandersetzung um die geistige Führung in der Stadt.“ Diese hat die SPD ihr bereitwillig überlassen und versucht zu demonstrieren, daß bei ihr die Expansion der auferstandenen deutschen Konzern- und Staatsführungs-Metropole in guten Händen ist. Zahlungskraftige „Bürger für Berlin“ (e.V.) propagieren seit Wochen in täglichen Anzeigen eine „Große Koalition“ zum Nutzen für aufstrebende Berliner. Der Wahlkampf soll bei vielen Menschen die Hoffnung schüren, von der DDR-Kolonisierung zu profitieren. CDU: „Berlin wurde zur Millionenstadt, weil sich hier wirtschaftliche, kulturelle, politische und wissenschaftliche Kräfte konzentrieren, von denen Magnetwirkung ausging ... Jetzt können sich wieder die Energien dieser Stadt frei entfalten ... Die CDU will die entstandene Entwicklungschance Berlins kraftvoll und verantwortlich nutzen ... Die Förderung der Berliner Wirtschaft muß künftig als Teil der Aufbauarbeit in den fünf neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland angesehen werden. Zukünftige Aufgaben erfordern daher besondere

Förderungsarten, die sich auf das gesamte Gebiet erstrecken und ein Leistungsgefälle zwischen Berlin und dem Umland verhindern müssen ... Von Berlin sollen entscheidende Dienstleistungen, Finanzierungen, Lieferungen und andere Impulse ausgehen, um den Schutz der Umwelt, den Wiederaufbau der Städte, den Ausbau der Schienenwege, Telefonnetze, Straßen und Schifffahrtswege, die Sanierung der Industrie, die Belebung von Tourismus, Gastronomie, Handel und Dienstleistungen in der ehemaligen DDR zu erreichen.“ Ein Regionalentwicklungsplan soll ein verdichtetes Zentrum und Teilzentren in Brandenburg herausbilden: Bürohochhäuser im Stadtkern, Wohnsilo im Umland. Für Anhang in Ost-Berlin soll Mittelstandsförderung über „Häuser der Wirtschaft“ und Gründerzentren sorgen, die geeignete Menschen zu „selbstständigen“ Existenzen an der Kreditlinie der Banken erziehen soll. Versprochen wird „preiswerter Gewerberaum für den Mittelstand aus den Hausbeständen der SED/PDS, der VEB's und der kommunalen Träger“. Die Schaffung eines gemeinsamen Landesarbeitsamtsbezirks Berlin-Brandenburg soll das „Hinterland“ besser in den gemeinsamen Arbeitsmarkt einfügen und Berlin zum Zentrum der Qualifizierung und Umerziehung der ehemaligen DDR-Lohnabhängigen machen.

Die CDU rechnet damit, daß dies Eldorado für Konzerne und „Mittelstand“ Hunderttausende ins soziale Elend treibt. Sie gibt, wie die Republikaner die Parole aus, jeder habe dabei seine Chance auf soziale Gerechtigkeit. CDU und Republikaner unterscheiden zwischen (wenigen) „wirklich Bedürftigen“ und welchen, „die auf Kosten der anderen und der Gemeinschaft leben wollen“.

Beide richten sich dabei ausdrücklich gegen Ausländer und Asylbewerber.

Berechtigte Sozialpolitik soll durch Förderung von Selbstinitiativen aufgefangen werden. Die durch Mißachtung sozialer Ansprüche hervorgerufenen Eigentumsdelikte und politischer Widerstand sollen polizeilich beherrscht werden: Sonderstreifen (z.B. in U-Bahnen), Sonderkommissionen gegen Bandendelikte, Ausweisung ausländischer Straftäter, Räumung besetzter Häuser. Beibehaltung der Freiwilligen Polizeireserve (in der „Frontstadt“ zur paramilitärischen Verstärkung geschaffen) als „wertvolle Bürgerinitiative“ (CDU). Die Republikaner fordern zur polizeilichen Beherrschung der Stadt: 1000 zusätzliche Beamte, Distanzwaffen, gesetzlich geregelten „finalen Rettungsschuß“, Beseitigung von übertriebenem Datenschutz, Ausdehnung des Landfriedensbruch-Delikts. Ergänzend wollen sie Zwangsarbeitsverhältnisse ausdehnen: Soziales Pflichtjahr für Jugendliche und Heranziehung von Sozialhilfeempfängern für öffentliche Arbeiten.

In ihren Forderungen gegen Ausländer und Flüchtlinge konkurrieren CDU und REP: Halbierung des Ausländeranteils in den nächsten 5 Jahren (REP)/Rückkehrhilfen für arbeitslose Ausländer (CDU), Familienzusammenführung im Heimatland (REP)/Zuzugsbegrenzung (CDU), Abwehr der zu 96 % aus „wirtschaftlichen Gründen“ einreisenden Asylbewerber (REP)/Verhinderung des „massenhaften Mißbrauchs“ durch „Armutflüchtlinge“ (CDU). Die Hetze gegen das Kommunale Wahlrecht ist übergegangen in Triumphgeheul über das Diskriminierung legitimierende Bundesverfassungsgericht-Urteil.

Quelle: Berliner CDU- und REP-Programme — (ard)



Momper und Pätzold setzen Signale vor Wahl: Politischer Widerstand gegen „Standort Berlin“ wird skrupellos weggeräumt.

SPD: „Mehr Kindergartenplätze“

Die Kosten für die Kindergartenplätze sollen die Eltern zahlen

Norderstedt. Die SPD in Schleswig-Holstein macht Kindergartenplätze zu ihrem Wahlkampfthema. An vielen Orten führt sie Veranstaltungen dazu durch. Die SPD betont dabei die Bedeutung der Kindergartenfinanzierung, hebt das eigentliche Recht auf einen Platz hervor, will mehr Planstellen und den Nulltarif. Aber das wäre ja alles nicht machbar, solange der Bund sich kaum an der Finanzierung beteiligt.

Die SPD kann so vor allem mit der jahrzehntelangen Vernachlässigung der Kindergartenpolitik durch die CDU-Regierung hausieren gehen. Die Landesregierung habe demgegenüber schon „deutliche Verbesserungen“ geschaffen. Von 1988 bis 1997 soll — nach finanziellen Möglichkeiten — mit insgesamt 45 Mio DM die Schaffung weiterer 9000 Plätze mit je 5000 DM unterstützt werden. Umgerechnet bedeutet dies, die Landesregierung will lediglich ca. 1,5 neue Kindergärten pro Jahr landesweit allein finanzieren, denn ein Platz kostet im Landesdurchschnitt fast 30000 DM.

Mit dem neuen Kindergarten gesetz stellt die Landesregierung lediglich eine

Beteiligung von 20 % der Personalkosten in Aussicht. Wen wundert's so, daß die SPD-Abgeordneten keineswegs das Recht auf einen Kindergartenplatz mit dem neuen Gesetz garantieren wollen. Eine Finanzierung ähnlich dem Schulsystem — wie häufig gefordert — will die Landesregierung dementsprechend auch nicht, Jansen möchte sich eher an der Krankenhausfinanzierung orientieren, d.h. es sollen auf jeden Fall weiterhin Elternbeiträge kassiert werden.

In Norderstedt hat die SPD im Verbund mit der FDP seit Juni versucht, die einheitlichen Gebühren von 75 DM auf 266 DM zu erhöhen mit einer einkommensabhängigen Staffelung. Viele Eltern hätten aber diesen Höchstsatz zahlen müssen. So unterstützten auch viele die Aktionen der Initiative gegen die Gebührenerhöhung, Elternbeiräte, Träger, Gewerkschafter, Frauenbeauftragte sprachen sich gegen den Antrag der SPD aus. Jetzt — kurz vor den Wahlen — bekam die FDP kalte Füße und versagte der SPD die Zustimmung.

Andererseits hatten sich zunächst gerade die SPD-Kommunalpolitiker in

Henstedt-Ulzburg dort für die 75 DM-Gebühr eingesetzt. Nun vertreten sie diese Forderung nicht mehr, sie wurden offensichtlich zurückgepfiffen. Die Landeslinie heißt hohe Regelgebühren mit Einkommensstaffel.

Die SPD behauptet immer wieder, damit Plätze schaffen zu wollen. Sie vertuscht dabei, daß die Gebühren direkt in den Haushalt der vorhandenen Kindergärten einfließen. Ob dann mit einem Plus im gesamten Verwaltungshaushalt in neue Kindergärten investiert wird, bleibt offen. Trotz eines jahrelangen üppigen Plus in Norderstedt wurden kaum neue Plätze geschaffen, und auch in der gegenwärtigen Misere heißt die Devise „Container“. Dabei haben SPD und GRÜNE hier schon einen wesentlichen Schritt getan, um Mittel zur Finanzierung zu gewinnen. Die Erhöhung der Gewerbesteuer bringt immerhin mindestens 4 Mio DM jährlich an Einnahmen.

Richtig ist auch die Forderung, private Kindergärten nicht öffentlich zu unterstützen (ÖTV, GEW). Leider fordern dies wenige genauso für die kirchlichen Einrichtungen. — (aid)

Bekämpft die imperialistische Aggression am Golf!

Die Faktoren für den Krieg wachsen / Der irakische Expansionismus schwächt die antiimperialistische Widerstandsfront

Zum zweiten Mal binnen kurzem haben am 20. 11. Polizeikräfte die Bundesgeschäftsstelle der Grünen überfallen und durchsucht. Anlaß war wiederum das Flugblatt, das die Grünen nach der ersten Polizeiaktion neu aufgelegt hatten und in dem sie auffordern: „Verweigert euch dem Aufrüstungskurs der zukünftig gesamtdeutschen Armee! Laßt euch nicht als Kanonenfutter für einen

Krieg am Golf oder anders einplanen!“ Die Illegalisierung defätistischer Positionen dient der Legalisierung und Vorbereitung bundesdeutscher Kriegseinsätze. Es ist ganz und gar unwahrscheinlich, daß die USA und die alten europäischen Kolonialmächte ihre Kräfte am Golf verschleifen und dabei hinnehmen, daß die aufsteigende Großmacht Deutschland sich die Kastanien aus dem

Feuer holen läßt. Wir haben im folgenden einige Gesichtspunkte zur Krise am Golf untersucht. Es scheint, daß die BRD — bei aller vordergründigen Zurückhaltung — aufgrund der Bedeutung der Türkei und der Kontrolle über die Türkei bzw. Türkei-Kurdistan zunehmend eine Schlüsselrolle für die imperialistische Aggression spielt. Widerstand wird dringend nötig. — (rül, sec)



USA auf Kriegskurs: Für die Kontrolle über das Öl sind sie zu allem bereit

Der größte Truppenaufmarsch der USA seit dem Vietnam-Krieg dauert weiter an. In den nächsten Wochen sollen die jetzt 230 000 Mann starken US-Truppen am Golf um weitere über 100 000 Mann und starke Panzerkräfte aufgestockt werden. Immer unverhohlener spricht die Bush-Regierung von Krieg, und immer deutlicher schält sich in der öffentlichen Diskussion und vor allem den halbamtlichen Erklärungen das Kriegsziel heraus: nicht nur die Vertreibung Iraks aus Kuwait, sondern die Zerschlagung des Iraks, d.h. seines Staats- und besonders Militärapparates. So ging US-Präsident Bush in seiner Rede vor dem Kongreß ausführlich auf die „Verbreitung

chemischer und biologischer Waffen, ballistischer Systeme und vor allem der Nukleartechnologie“ ein — „ein deutlicher Hinweis“, schlußfolgert ein US-amerikanischer Autor im „Europa Archiv“, „daß die Zerstörung von Saddam Husseins Arsenal das eigentliche Ziel der amerikanischen Politik ist“. (1) Im Kampf um die Kontrolle über die Erdölfelder des Nahen und Mittleren Ostens sind die USA zu allem entschlossen, auch zu einem Krieg, der sich schnell zum Weltbrand ausweiten kann.

Als größter Öl-Konsument verbrauchen die USA allein ein Fünftel der jährlichen Ölproduktion. Ihre eigenen Ölquellen sind, obwohl sie über die Hälfte

ihres Rohölbedarfs importieren, nahezu erschöpft. Man schätzt, daß die US-Reserven kein Jahrzehnt mehr reichen. (2) Angesichts der ihre Konkurrenzfähigkeit ernsthaft bedrohenden Energiekrise, mit denen sich die USA konfrontiert sehen, sind sie um so begieriger, sich den Zugriff auf die Ölfelder des Mittleren und Nahen Ostens zu sichern, und zwar zu Bedingungen, die sie diktieren.

Die Weltmarktstellung der erdölproduzierenden Ländern hat sich im Laufe des letzten Jahrzehnts drastisch verschlechtert. In drei großen Anläufen — 1971, dann vor allem 1973/74 und 1979/80 — hatten sie versucht, den Preis des Erdöls wenigstens in etwa seinem Wert anzunähern und der Ausplünderung durch die Imperialisten engere Grenzen zu ziehen. Doch Mitte der 80er Jahre brach der Rohölpreis zusammen; er fiel von über 30 \$ auf vorübergehend sogar unter 10 \$ pro Faß und ist seither im großen und ganzen so niedrig wie seit 1973/74 nicht mehr. (3) Der Ölpreisverfall der letzten Jahre hat den Imperialisten viele hundert Milliarden Dollar an Extraprofiten eingebracht.

Eine zentrale Rolle in der imperialistischen Ausplünderung der Erdölfelder im Nahen und Mittleren Osten spielen, von Israel abgesehen, die Golfstaaten, maßgeblich Saudi-Arabien. Die moderne Grundherrenklasse allein dieses Landes hält das Monopol über 25 % der globalen und über 41 % der regionalen Erdölreserven, und sie verfügt über die weitaus größten Förderkapazitäten, so daß sie weitgehend unangefochten den Markt beherrscht. Alle Versuche anderer Staaten, eine spürbare Anhebung der Erdölpreise zu erreichen, machte sie in den letzten Jahren durch Steigerung ihrer Produktion und Verschleuderung zu Niedrigstpreisen zunichte. (4)

Die irakische Besetzung Kuwaits bedroht die Kontrolle und nahezu unbegrenzte Verfügung, die die Imperialisten gestützt auf die moderne Grundherrenklasse am Golf über die Reichtümer der

Region ausüben. Obwohl der Irak bisher schon über die zweitgrößten Ölreserven verfügt, konnte er der Preisbrecherpolitik Saudi-Arabiens, Kuwaits und der Vereinigten Arabischen Emirate ebenso wenig entgegensetzen wie andere OPEC-Mitglieder. Dies zeigt auch die Vorgeschichte der Kuwait-Besetzung. Weil Kuwait und die Emirate über ihre Quoten hinaus Öl fördern ließen, sank der Ölpreis von 22 \$ im Januar auf 14 \$ im Juni 1990, was insbesondere die irakische Wirtschaft schwer traf. Die Aneignung der kuwaitischen Ölfelder würde den Irak in Bezug auf Ölförderung und -reserven nahe an Saudi-Arabien heranbringen und unter anderem in die Lage versetzen, auf dem Weltmarkt deutlich höhere Erdölpreise durchzusetzen.

Die Lage ist in vielfacher Hinsicht kompliziert. Auf der einen Seite bereiten die USA alles für den militärischen Angriff zur Zerschlagung des Irak vor. Auf der anderen Seite zögern sie: Ein militärischer Sieg könne zum Pyrrhus-Sieg werden. (1) Auf der einen Seite hat der aggressive Expansionismus des Irak den imperialistischen Interessen der USA Spielraum verschafft. Diese haben nicht nur dem treuesten arabischen Vasallen, Saudi-Arabien, die Zustimmung zum gewaltigen Aufmarsch ihrer Truppen abringen können. Selbst arabische Staaten wie z.B. Syrien, die eher gewissen Widerstand gegen die US-Hegemonialinteressen leisteten, haben sich jetzt für diese einspannen lassen. Das erhöht die Gefahr imperialistischer Aggression. Auf der anderen Seite sind sich die Strategen des Krieges bewußt, wie brüchig das für die USA politisch wichtige gegenwärtige Bündnis mit arabischen Staaten ist. Es sei sicher, schrieb die „Neue Zürcher Zeitung“ (15. 10.), daß die arabisch-amerikanische Allianz nicht einmal im Extremfall zum Krieg taugt. Bush habe mit seinem Truppenaufmarsch die Büchse der Pandora (5) geöffnet, warnt die Zeitschrift „The

Middle East“ (September 90). Eine militärische Aggression der USA würde damit müssen die Kriegstreiber rechnen zu einem langandauernden antiimperialistischen Befreiungskampf in der gesamten Region führen. Diese Befürchtung gibt auch der schon zitierte US-Autor im „Europa Archiv“ (1) wieder: Der „Sturz Saddams (könnte) arabische Massen anderswo entflammen und Amerikas Freunde in der Region stürzen, was zu einer noch instabileren Situation im Mittleren Osten führen müßte“.

Daß diese Aussicht die USA und ihre imperialistischen Verbündeten bremsen ist unsicher und angesichts der Entwicklung nicht unbedingt wahrscheinlich. Sie richten sich auf ständige militärische Präsenz ein und versuchen erklärmaßen (6), den Irak zu einer Aktion zu provozieren, die sie als casus belli, als Vorwand zum militärischen Schlag gegen den Irak nutzen könnten. Daß der Irak sich — bisher — nicht reizen läßt, verleitet die USA nur zu immer gewagteren Provokationen, z.B. dem gegenwärtigen Großmanöver unmittelbar an der Grenze zu Irak. Auch ist höchst zweifelhaft, ob sich die US-Regierung durch die einem Krieg widerstrebende öffentliche Meinung in die USA beeinflussen läßt. Der gewaltige Truppenaufmarsch mit all seinen Begleiterscheinungen hat das besorgniserregende Bild einer von allen gesellschaftlichen Bindungen losgelassen Soldateska enthüllt, die, etwa vergleichbar den während des 30jährigen Krieges sengend und mordend durch Europa ziehenden Kriegsvölkern, ungeachtet aller Folgen zu allen Verbrechen zu gebrauchen ist.

Quellen: (1) M. Haltzel, Die Vereinigten Staaten, Europa und die Golf-Krise, Europa Archiv 18/90; (2) Fischers Weltatlas; (3) Bernhard May, Die Kuwait-Krise und die Energiesicherheit des Westens, Europa Archiv 18/90; (4) siehe dazu: Steinbach und Robert, Der Naher und Mittlerer Osten, Bd. 1, S. 329 ff.; (5) Unheimlich; (6) so Südsch. Ztg. 29. 9. 90.

Grundherren am Golf: Nicht feudal, eher moderne imperialistische Halbkolonien

Der Schutz der Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabiens vor einem weiteren Vordringen des Irak bzw. die Sicherung des westlichen Zugriffs und Einflusses in diesen Ländern ist offiziell eines der Hauptziele der Intervention der USA am Golf. In der westlichen Presse werden diese Regime gewöhnlich mit dem Begriff „feudal“ umschrieben. Tatsächlich handelt es sich bei den herrschenden Klassen dieser Staaten um moderne Grundherren, Öl-Rentiers, die dem Zufall, daß auf ihrem Grund und Boden riesige Ölvorkommen gefunden wurden, die mit geringen Kosten gefördert werden können, enorme Renten-Einkommen verdanken und diese kapitalistisch anlegen.

Die Existenz solcher riesiger Renteneinkommen ist der imperialistischen Ökonomie überhaupt nicht fremd. „Überall, wo Naturkräfte monopolisierbar sind und dem Industriellen, der sie anwendet, einen Surplusprofit sichern, sei es ein Wassergefälle oder ein reichhaltiges Bergwerk oder ein fischreiches Wasser oder ein gutgelegener Bauplatz, fängt der durch seinen Titel auf einen Teil des Erdballs zum Eigentümer dieser Naturgegenstände Gestempelte diesen Surplusprofit dem fungierenden Kapital in Form der Rente ab.“ (MEW 25, S. 781). Man denke beispielsweise in der BRD an die enormen Miet- und Pachteinnahmen der hiesigen großen Landbesitzer, insbesondere der großen Besitzer von Böden in städtischen Ballungszentren, der von Fincks u.a., über die die bürgerliche Presse kein Wort verliert.

Die Verbindungen zwischen den arabischen Grundherren und kapitalistischen, imperialistischen Konzernen sind eng. Kuwait beispielsweise hat nach verschiedenen Berichten ein weitgehend in imperialistischen Staaten angelegtes Auslandsvermögen von 220 Mrd. Dollar, wenn nicht mehr. 1982 übertrafen

die Einnahmen aus solchen ausländischen Kapitalanlagen erstmals die Einnahmen aus dem Ölgeschäft. Ein bedeutender Teil dieser riesigen Geldvermögen dürfte privater Besitz der Familie des Scheichs von Kuwait sein.

Auch im Innern disponieren diese Grundherren strikt nach den Regeln der kapitalistischen Ökonomie. Deutlichstes Anzeichen ist der außerordentlich große Anteil zumeist rechtloser ausländischer Lohnabhängiger in den Emiraten, Kuwait und Saudi-Arabien, die den größten Teil der manuellen Arbeit, angefangen von Ölförderung, Verarbeitung und Abtransport bis hin zu einzelnen industriellen Produktionen — Textilien, Leichtindustrie — machen.

Schon 1975 wiesen die wichtigsten Ölförderstaaten des Mittleren Ostens einen extrem hohen Anteil ausländischer Arbeiter auf. In Saudi-Arabien beispielsweise stammten damals 773 000 der 1,8 Mio. Lohnabhängigen, d.h. 43 %, aus dem Ausland. In Kuwait erreichte der Anteil ausländischer Arbeiter an der Gesamtzahl der Lohnabhängigen fast 70 % (208 000 von insgesamt 300 000), in den Vereinigten Arabischen Emiraten 84,8 % (251 500 von 296 500 offiziell registrierten Lohnabhängigen). Bis 1985 hatte die Zahl dieser ausländischen Lohnabhängigen sowohl absolut wie auch relativ in allen diesen Ländern weiter zugenommen. In Saudi-Arabien war ihre Zahl auf 1,464 Mio. (53,7 % der 2,728 Mio. Lohnabhängigen) gestiegen, in Kuwait auf 304 200 bzw. 68,9 % aller Lohnabhängigen, in den Emiraten auf 441 600 bzw. 87,8 % aller Lohnabhängigen. Ende der 70er Jahre kamen mehr als 75 % dieser ausländischen Lohnabhängigen aus anderen arabischen Staaten — aus Jordanien bzw. Palästina, aus Ägypten, aus dem Jemen, dem Libanon, Syrien usw. Seitdem hat der Anteil der Arbeiter aus Indien und Pakistan, ja

selbst aus Südostasien (Indonesien, Südkorea, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand) rapide zugenommen. Bereits Mitte der 80er Jahre schätzten einzelne Erhebungen die Zahl der in den Ölförderstaaten am Golf (einschließlich Irak) beschäftigten Lohnabhängigen aus diesen Staaten auf eine halbe bis über eine Million Menschen.

Alle diese ausländischen Lohnabhängigen sind — soweit sie nicht privilegierte Techniker der imperialistischen Konzerne sind — einer speziellen Unterdrückung ausgesetzt. In Kuwait beispielsweise sind alle Ausländer von der kostenlosen Gesundheitsversorgung und dem Bildungswesen ausgeschlossen. Öffentliche Schulen stehen ihren Kindern nur dann offen, wenn sie hochqualifizierte Staatsangestellte sind. Ansonsten müssen die Kinder auf teure Privatschulen. Ausländer haben kein Wahlrecht, auch in den Gewerkschaften haben sie kein Stimmrecht. Ihre Löhne und Gehälter liegen unter denen kuwaitischer Lohnabhängiger. Noch gedrückter ist die Lage der Lohnabhängigen aus Südostasien. Sie sind die unterste Schicht der Lohnarbeiter im Ölgeschäft am Golf, ihre Lage ähnelt der von mexikanischen Kontraktarbeitern im US-Ölgeschäft. Zumeist fungieren sie als „Leiharbeiter“, d.h. sie werden von „heimischen“ Firmen angeheuert und nach Kuwait oder in die Emirate an die dort tätigen Ölgesellschaften „vermietet“, wo sie während der Kontraktzeit in Zelten oder Baracken untergebracht sind. Am Ende ihrer zumeist kurzfristigen Kontraktzeit (maximal ein Jahr) werden sie in „heimischer“ (d.h. Thai-, Singapur- o.ä.) Währung entlohnt und nach Hause geschickt.

Die Ökonomie der Emirate am Golf weist so alle Züge auf, wie sie für „Freihandelszonen“, „Steueroasen“, „Freie Industriezonen“ oder wie die halbkolonialen, hochprofitablen Enklaven imperialistischer Konzerne in der Dritten Welt auch immer heißen, typisch ist.

Quellen: U. Steinbach, Rüdiger Robert, Der Naher und Mittlere Osten, Bd. 1 und 2, 1988

Der irakische Expansionismus usurpiert die antiimperialistische Revolution

Die irakische Besetzung Kuwaits hat zu einer breiten antiimperialistischen Mobilisierung unter den arabischen Massen geführt. In den meisten Ländern der Region, in Mauretanien, Libyen, Jemen, Tunesien, Marokko, Algerien, den von Israel besetzten Gebieten, Jordanien und in Irak selbst, fanden große Demonstrationen statt, die Unterstützung für Saddam Hussein und Widerstandsbereitschaft gegen den fremden Aufmarsch am Golf zum Ausdruck brachten.

Es scheint dem Regime Saddam Husseins zumindest zeitweilig gelungen, die pan-arabischen antiimperialistischen Bestrebungen der unterdrückten Völker der Region für seinen Expansionismus zu usurpieren. Dies hängt eng mit dem Konflikt selbst zusammen.

Die früheren Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien hatten es vermocht, durch willkürliche Grenzziehungen, die sich eher an den Konzessionsgebieten der imperialistischen Ölgesellschaften orientierten als an irgend etwas anderem, die arabischen Völker tief zu spalten und die Ölreichtümer in einigen wenigen bevölkerungsarmen Ländern und dort in den Händen einiger weniger, von ihnen abhängiger Familien zu konzentrieren. Die Grenze zwischen Irak und Saudi-Arabien z.B. wurde 1922 von der damaligen britischen Mandatsmacht Großbritannien diktiert. Kuwait, immer eng mit dem heutigen Irak verbunden, wurde 1961 von britischen Gnaden und unter dem Schutz britischer Truppen unabhängig; zu dieser Zeit wurden die größten Ölreserven der Welt auf seinem Gebiet vermutet. (1) In der ganzen arabischen Welt, schrieb die Zeitschrift „The Middle East“ im September, existiere eine tiefe Verbitterung darüber, daß eine winzige Schicht mit Hilfe ausländischer Mächte die Ölfelder monopolisiere, auf denen zudem Arbeiter aus arabischen Ländern das Erdöl fördern, während die Mehrheit der Araber in Armut und Un-

terentwicklung lebe. (2) Die Unterdrückten unterstützen weithin die irakische Besetzung Kuwaits, die sie als Aneignung imperialistischer Vasallen, als Kampfansage an die imperialistische Vorherrschaft und als Schritt zur Neuverteilung der Reichtümer der Region betrachten.

Die Interessen des Hussein-Regimes sind andere. Die Besetzung Kuwaits ist die reaktionäre Reaktion auf eine Krise eines Konzeptes, das die Entwicklung des Landes durch staatliche Kapitalakkumulation zu fördern versuchte.

In den 70er Jahren, vor allem zwischen 1974 und 1981, schien dieses Konzept aufzugehen. Der Irak verstaatlichte ab Juni 1972 die ausländischen Erdölgesellschaften (v.a. Mobil Oil, Exxon, Shell) vollständig und nahm die gesamte Erdölwirtschaft in eigene Regie. Mithilfe steigender Öleinnahmen finanzierte er eine Reihe ehrgeiziger Projekte vor allem zur Entwicklung einer eigenständigen Industrie. 90 % der wirtschaftlichen Aktivitäten des Landes wurden dabei durch den Staat kontrolliert und gelenkt. (3)

Doch deutet sich auch in diesen Jahren rascher Entwicklung schon an, daß zentrale Probleme der irakischen Wirtschaft nicht gelöst wurden: Die Abhängigkeit vom Erdölexport wurde nicht verringert, sondern blieb mit ca. 98 % außerordentlich hoch. Trotz der Konzentration der staatlichen Mittel auf die industrielle Entwicklung blieb der Lebensstandard weiterhin niedrig. Noch wichtiger ist, daß die Landwirtschaft vernachlässigt wurde. Obwohl weite Gebiete des Iraks fruchtbar sind, ist der Selbstversorgungsgrad bei Nahrungsmitteln mit heute 20 % sehr niedrig und die Abhängigkeit vom imperialistischen Weltmarkt hier sehr hoch. Zwei Bodenreformen, die zumeist den ganz großen Grundbesitz zerschlugen, haben allem Anschein nach die

dem nicht in die Lage versetzt, die Versorgung des Landes mit Agrarprodukten sicherzustellen. Die Tatsache, daß die vormals 1,5 Millionen ägyptischen Immigranten, die auch in Irak schillos gehalten wurden, mehrheitlich in der Landwirtschaft eingesetzt wurde, führt auf scharfe Unterdrückungsverhältnisse in der Landwirtschaft hin.

Nicht nur der verlustreiche Krieg gegen Iran ließ diese ungelösten Probleme deutlich zutage treten. Ausschlaggebend für die tiefe Krise des verfolgten Entwicklungskonzepts waren vor allem die von 1980 an sinkenden Rohölpreise, die von 31 \$ 1980 auf 14 \$ 1986 fielen und die Öleinnahmen des Irak zusammenzuschrumpfen ließen. Seit 1981 ist der Irak nicht mehr in der Lage, seine Entwicklungsprojekte aus den Öleinnahmen zu bestreiten. Seine Verschuldung stieg auf

70 Mrd. \$; davon hatten mit ca. 40 Mrd. \$ Saudi-Arabien, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate den Krieg des Irak gegen den Iran kreditiert. Die hohen Ausgaben für militärische, industrielle und landwirtschaftliche Importe (ca. 16 Mrd. \$) und für den Schuldendienst (3 Mrd. \$) fressen die Öleinnahmen auf. Die Regierung ist weder in der Lage, den Wiederaufbau nach dem zerstörerischen Golfkrieg voranzutreiben — dabei geht es vor allem um den Ölhafen Fao und den Industriekomplex um Basra — noch für wichtig erklärte Entwicklungsprojekte — Erschließung neuer Ölfelder, zweiter petrochemischer Industriekomplex, Aluminium-Schmelze — in Angriff zu nehmen. (4)

Nach innen reagierte das Regime mit drastischer Verschärfung der Unterdrückung, die vor allem, aber nicht nur

die kurdische Bevölkerung im Norden Iraks traf. Auf der Suche nach Deserteuren bombardierte die Armee Anfang des Jahres mehrere Dörfer im Süden und tötete und verletzte Tausende von Menschen. (5) Kritik ist durch hohe Strafen, auch die Todesstrafe, bedroht. Die Gewerkschaften wurden in der zweiten Hälfte der 80er Jahre „abgeschafft“, die Arbeiter entrechtet. (6)

Nach außen reagierte Saddam Hussein mit dem Versuch, durch Annexion die strategische Basis seines Entwicklungskonzepts zu erweitern. Das war sein Ziel im Krieg mit dem Iran, und das ist auch das Ziel der Besetzung Kuwaits. Der Erfolg würde ihm nicht nur ersparen, die Schulden an Kuwait (ca. 15 Mrd. \$) zurückzuzahlen. Die Einverleibung der kuwaitischen Ölquellen würde Irak auch die für die Fortsetzung des ein-

geschlagenen Entwicklungskurses benötigten Devisen verschaffen. Der von Saddam Hussein verfolgte expansionistische Kurs, der sich pan-arabisch bemäntelt, trägt zum antiimperialistischen Befreiungskampf nicht bei, sondern wirft ihn zurück.

Quellen: (1) Archiv der Gegenwart, 1961, S. 9204 ff; (2) Von den 21 arabischen Ländern produzieren neun kein Öl. Von den zwölf ölproduzierenden arabischen Ländern werden fünf voraussichtlich bis zum Ende des Jahrhunderts zu Netto-Ölimporteuren werden. Von den übrigen sieben Ländern werden dann nur noch fünf, nämlich Saudi-Arabien, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate, Irak und Libyen, bedeutende Mengen für den Weltmarkt produzieren. (3) Auslandsmärkte, 26.1.83; (4) Frankfurter Rundschau, 9.8.90; The Middle East, September 90; (5) NZZ, 1.2.90, FAZ, 28.2.90; (6) Auslandsmärkte, 22.2.88.

US-Aggression birgt die Gefahr eines Weltkrieges. Was macht die UdSSR?

Auf den ersten Blick scheinen die USA und die Sowjetunion in der Politik gegenüber dem Irak weitgehend übereinzustimmen. So hat die Sowjetunion die UNO-Resolutionen unterstützt, sie trägt nicht nur das Wirtschaftsembargo gegen Irak mit, sondern gibt auch dem imperialistischen Truppenaufmarsch am Golf Rückendeckung.

Doch hinter der Fassade der Übereinstimmung sind Widersprüche erkennbar.

Die USA scheinen erpresserischen Druck auf die sowjetische Staatsführung ausgeübt zu haben, ihrer Aggressionspolitik nicht offen entgegenzutreten. Nicht anders ist die Aussage eines US-Autors zu verstehen, der schreibt: „Als Gegenleistung für die sowjetische Unterstützung im Mittleren Osten ist Präsident Bush nunmehr offensichtlich bereit, an der Abstützung der zusammenbrechenden sowjetischen Wirtschaft mitzuwirken.“ (1)

Im Gegensatz zu den USA will die Sowjetunion einen Krieg gegen den Irak nicht. Ihr Interesse ist, den Konflikt einzudämmen. Da sie eine US-Aggression, bei realistischer Bewertung der Kräfteverhältnisse, nicht verhindern kann,

versucht sie, die USA an UNO-Beschlüsse zu binden. So hat sie von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß jegliche Aktion gegen den Irak die Zustimmung des UN-Sicherheitsrates notwendig mache. (1) Erst auf dem KSZE-Gipfeltreffen in Paris hat Gorbatschow erkennen lassen, daß die Sowjetunion einer von den USA vorbereiteten Resolution, die den Angriff auf den Irak sanktionieren soll, nicht zustimmen werde.

In der Sowjetunion ist die Politik in der Golfkrise umstritten und gibt es eine zumindest indirekte Kritik an den Kollaborationstendenzen Gorbatschows. Außenminister Schewardnadse, der Gorbatschow unterstützt, hat öffentlich zugegeben, daß die Entscheidung zur Verurteilung des Irak der Sowjetunion sehr schwer gefallen sei. Das für internationale Politik zuständige Politbüromitglied Janajew hat die Politik der USA angegriffen und es abgelehnt, „eine Aggression mit einer anderen zu rechtfertigen“. (2) Teile der Armeeführung kritisieren die sowjetische Politik gegenüber dem Irak. (3)

Die Sowjetunion hatte 1972 einen Freundschaftsvertrag mit dem Irak ab-

geschlossen, der 1987 verlängert wurde und der enge wirtschaftliche und militärische Beziehungen zwischen beiden Ländern regelt. Auf dieser Grundlage hat die UdSSR u. a. konventionelle Waffen geliefert und ca. 1000 Militärberater in den Irak entsandt. Nach der irakischen Besetzung Kuwaits hat sie ihre Militärhilfe an Irak eingefroren. (4) Sie hat es aber abgelehnt, ihre Militärberater aus dem Irak zurückzurufen. (1)

Wie wird die Sowjetunion im Fall der militärischen Aggression der USA reagieren? Kann sie ihre Verpflichtungen aus dem ungekündigten Freundschaftsvertrag in einem solchen Fall negieren? Kann sie im Fall der sehr wahrscheinlichen Ausweitung des Konflikts, der Entwicklung eines die ganze Region erfassenden Befreiungskrieges sich mit den USA verbinden? Auch die USA müssen davon ausgehen, daß die Sowjetunion das nicht kann und auch nicht will. Ein Blick auf die Karte zeigt, daß die militärische Kontrolle über Türkei-Kurdistan auch unter dem Gesichtspunkt von zentraler Bedeutung ist, daß es für die Imperialisten notwendig sein kann, mögliche Verbindungslinien und Nachschubwege zwischen der Sowjetunion und den arabischen Ländern zu unterbrechen.

Die USA haben ihren Aufmarsch gegen den Irak nach einem Plan — dem

seien, bleiben unbeantwortet. Über das Manövergebiet selbst ist von der türkischen Regierung Nachrichtensperre verhängt. Währenddessen fließt die BRD-Militärhilfe an die Türkei umfangreicher als je zuvor: Im Juni begann die Lieferung von 150 Leo-I-Panzern, ausreichend, um eine ganze Division zu bewaffnen, an die Türkei, im Herbst verlaute, die Militärhilfe an die Türkei werde dieses Jahr von 130 auf 240 Mio. DM erhöht.

Die strategische Absicht der BRD liegt auf der Hand: Die Türkei soll — gelockt mit der Aussicht, die (kurdischen) Gebiete von Mossul und Kirkuk im Norden des Irak womöglich annektieren zu dürfen — in den Krieg gegen den Irak getrieben werden. Die Beute ist vielversprechend: Immerhin liegen in den kurdischen Gebieten im Norden des jetzigen Irak mehr als die Hälfte der irakischen Ölréserven (offiziell auf 13,4 Mrd. Tonnen geschätzt). Die „Kriegsbeute“ der Türkei wären also Öllager, mehr als doppelt so groß wie die derzeit bekannten US-Ölréserven. Die Türkei könnte in die OPEC eintreten, die NATO wäre so in dem Ölförderbund direkt vertreten, zugleich würde das „Schutzgebiet“ des NATO-Vertrags weit in den Mittleren Osten vorgeschoben.

Die Hauptnutznießer einer solchen Aggression der Türkei aber wären die Gläubiger der Türkei — an erster Stelle die BRD-Konzerne und -Banken. Sie

würden faktisch Eigner der von der Türkei nominell übernommenen Ölquellen im Norden des Irak. Ein alter Plan des deutschen Imperialismus, der schon bei der Entwerfung des Bagdad-Bahn-Programms Ende des letzten Jahrhunderts Pate stand — Vormarsch bis an den Persischen Golf, um sich in den Besitz der dort vermuteten Ölquellen zu setzen —, würde somit Wirklichkeit.

Die BRD rückt so durch ihren Einfluß auf das Regime in der Türkei in eine Schlüsselstellung im Konflikt am Golf. Jahrelang wurden türkische Offiziere in der BRD im Rahmen der NATO-Militärhilfe geschult — nun müssen sie zum Kriegseinsatz veranlaßt werden. Eine Art „Sender Gleiwitz“-Zwischenfall an der Grenze zum Irak wäre dafür passend. Zudem entstünden durch die türkische Teilnahme am Konflikt wichtige militärische Vorteile für die im Süden Iraks stationierten US-Truppen. Sie könnten ihre Kräfte schonen, während der Irak zu einem Zweifrontenkrieg gezwungen würde. Zugleich soll der türkische Angriff die Gelegenheit bieten, daß Bundeswehreinheiten nach 40 Jahren „Friedensdienst“ den Ernstfall praktizieren können.

Erstes Opfer der Aggression wäre das kurdische Volk. Schon jetzt weisen türkische Offiziere darauf hin, daß ihre Versorgungs- und Verbindungslinien durch kurdische Gebiete bei einem Vormarsch auf irakisches Territorium noch größer würden, als sie jetzt schon in den türkisch besetzten Gebieten Nordwest-Kurdistan im Krieg gegen die kurdische Guerilla sind. Vor einigen Jahren sollen türkische Militärs aus ebendiesem Grund bereits einmal vor einer — damals im Zuge des Kriegs Iran-Irak überlegten — Aggression gegen den Irak gewarnt haben. Sollten diese Bedenken nunmehr „zurückgestellt“ werden, wäre eines auf jeden Fall zu erwarten: furchtbare Massaker an der kurdischen Bevölkerung, um die Gefährdung der westlichen Nachschub- und Verbindungslinien für die Aggression gegen den Irak durch ein Blutbad unter der kurdischen Bevölkerung zu verringern.

Umgekehrt gewinnt der kurdische Befreiungskampf eine Schlüsselrolle für die Entwicklung des Widerspruchs zwischen imperialistischem Vorherrschaftsstreben und antiimperialistischem Befreiungskampf in der ganzen Region.

Anzeige

Asyl Großdeutschland mobilisiert gegen die Flüchtlinge

Was bringt das neue Ausländergesetz für Flüchtlinge? Wie ist der Stand bei der Unionsseite betriebenen Verfassungsänderung? Mit diesen Fragen beschäftigt sich die Broschüre „Asyl“. Sie dokumentiert die verschiedenen Gesetzentwürfe zur Änderung des Asylrechts sowie die völkerrechtlichen Vereinbarungen zum Schutz der Flüchtlinge. Ein Kapitel befaßt sich mit der Lage der europäischen Roma und Sinti.

Herausgeber: AG für Ausländerpolitik in der Volksfront. 42 Seiten DIN-A-4, Preis: 4,- DM.

Ab sofort zu beziehen über: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1.

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich. Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) 5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226. Tel.: 0221/21 64 42.

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cornides, Jörg Deljen, Martin Fochler, Christiane Schneider. Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 1658, Dalentelefon: 0221/246915.

Konten: Postgroat Köln, BLZ 37010050, Kto. Nr. 10419507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 37010111, Kto. Nr. 1144393600.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM. Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Deljen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux; für Aus Verbänden und Parteien — Diskussion, Dokumentation; Spezialberichte: Alfred Küstler.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGME, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntäglich:

Nachrichtenhefte, hrsg. von AG Stahl- und Metallindustrie 8 S., 1,20 DM AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S., 0,80 M AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S., 1,20 DM AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront, 4 S., 0,80 DM AG für antifaschistische Bildungspolitik, 8 S., 1,20 DM AG für Kommunalpolitik, 8 S., 1,20 DM

Antifaschistische Nachrichten; hrsg.: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S., 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1,- DM Portopausale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Grenzweg 4, 3000 Hannover 1

GNN Nordrhein-Westfalen

Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen

Postfach 110822, 6000 Frankfurt 11

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg.: Kurdistan-Komitee in der BRD, Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 4 S., 0,80 DM. Jahresabo: 30 DM

Angehörigen-Info, Hrsg.: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 0,80 DM. Halbjahresabo 26 DM

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1.

BRD-Militär trommelt für Einsatz. Ziel: die Ölquellen im kurdischen Nord-Irak

„Kann sich Deutschland — durch seine Bindung an den Westen geborgen und von der Drohung aus dem Osten befreit — sein bisheriges Verhalten fürderhin leisten, also Partner des Paktes die Kasanien aus den Flammen holen lassen, wenn ein Konflikt jenseits des NATO-Raumes deutsche Interessen berührt?“

Der Zuwachs an Größe und Gewicht, den unser Staat auch seinen Alliierten verdankt, bringt die Verpflichtung zur Verantwortung.“ (Wolfram von Raven, Oberst der Reserve und Chefredakteur der „Europäischen Wehrkunde“, in der Ausgabe 9/90 derselben Zeitschrift)

„Die Lage läßt erkennen, daß Saddam Hussein keine Möglichkeit bleibt, die Aggression, die er im Stil eines Raubüberfalls betrieb, mit einem Sieg — oder auch nur mit einem Remis — zu beenden, also die eindeutige Niederlage zu vermeiden.“ (H. Fauth in „Europäische Wehrkunde 10/90, S. 578)

„Nicht richtig ist es, wenn teilweise behauptet wird, Bundeswehreinheiten könnten nur im Schutzbereich der NATO eingesetzt werden. Nach Art. 5 NATO-Vertrag setzt die Beistandspflicht der Bundesrepublik Deutschland zwar einen bewaffneten Angriff auf einen Bündnispartner „in Europa oder Nordamerika“ voraus. Dies bedeutet z.B., daß etwa ein Angriff des Irak auf den NATO-Partner Türkei die entsprechende Beistandspflicht der Bundesrepublik Deutschland unmittelbar auslösen würde ... Schließlich ist zu beachten, daß Verteidigungsleistungen bei gegebenem Bündnisfall auch außerhalb der Territorien im Sinne des NATO- und WEU-Vertrages zu erbringen sein können. Zwischen geschütztem Bündnisgebiet und ggf. notwendigem Militäreinsatz ist territorial zu unterscheiden. Angefangen von der Marine, die auch in Drittgewässern ihre Verteidigungsleistungen erbringen muß, bis hin zu Taktiken wie die von FOFA-Einsätzen ist dies rechtlich wie politisch-strategisch zwar eindeutig, wird aber in der hiesigen Diskussion allzu oft außer acht gelassen.“ (Ex-Verteidigungsminister und GG-Kommentator Rupert Scholz in: Europäische Wehrkunde 10/90, S. 580 f.)

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

- ☐ 10 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Jahresabonnement (52.— DM bei Einzelabo).
- ☐ im Halbjahresabonnement (26.— DM bei Einzelabo).
- ☐ Zahle nach Rechnungserhalt.

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

.....

(Bank Unterschrift)

Einsender an: GNN, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

24/90

Schreiben wie ein Profi?

Auseinandersetzung mit einer Neuerscheinung im Bund-Verlag

Viele Tausende von Leuten im Zusammenhang von Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Nachrichtenheften, Vereinsblättern und politischen Organisationen schreiben Artikel. Die meisten sind dazu beruflich nicht ausgebildet, haben das Schreiben nur in der Schule mit der Zielrichtung „Aufsatz“ gelernt. Für sie ist es sehr schwierig, sich darüber zu verständigen, was beim Schreiben von Berichten, Artikeln, Leserbriefen und Polemiken erstrebenswerte

Nach einer Einleitung über den Autor und seine Erwartungen an Leser und Leserinnen besteht das Buch aus zwei Teilen. Der erste Teil, „Textbausteine“, behandelt Wörter und Sätze; der zweite Teil, „Texte“, ist untergliedert in „Mitteilungen für die Öffentlichkeit“, „Texte für Beruf und Ausbildung“ und „Briefe“. Das Buch ist mit Lektürehinweisen, Musterlösungen, einer Zusammenfassung und einem Sachregister gut ausgestattet, zugänglich und handhabbar. Insofern sind die wichtigsten Voraussetzungen für eine nicht-akademische Diskussion über Stil und Texte erfüllt. Der Autor, Norbert Franck, sagt von sich, daß er nach Grund- und Realschule, dann Abendgymnasium und Studium, längere Zeit gebraucht hat, um den ihm im Lauf der Jahre antrainierten akademischen Stil wieder abzulegen. Erst seitdem schreibe er gerne. Er mache auch Seminare zur Vermittlung von „geistigem Schreibwerkzeug“.

Das Buch ist ausdrücklich nicht für Leute geschrieben, die vom Schreiben leben wollen: „Sie wollen keine Schriftstellerin und kein Journalist werden.“ Daß es dennoch „Schreiben wie ein Profi“ heißt, wirkt irreführend für den, der annimmt, daß es unterschiedliche Schreibtechniken und -grundsätze gibt oder geben kann für unbezahlte und bezahlte Autoren. Haben die Marktesetze Einfluß auf Stil und Aufbau eines Artikels? Wenn ja, dann ist es für Leute, die im wesentlichen für andere Personen mit ähnlichem Erfahrungshintergrund schreiben und für die die Festigung und Entwicklung dieses Zusammenhanges im Vordergrund steht, ein falsches Ziel, wenn sie „wie ein Profi“ schreiben sollen.

Jeder, der an politischen Veranstaltungen teilgenommen hat, über die nachher die Lokalzeitung schreibt, kennt die Erfahrung, daß man die Veranstaltung im Artikel kaum wiedererkennt. Was einem wichtig war, kommt nicht oder nur am Rande vor; die Schwerpunkte sind ganz anders gesetzt. Das spricht dafür, daß das Schreiben für den Markt anderen Gesetzen gehorcht als das Schreiben in nichtkommerziellen Zusammenhängen. Dieses Problem ist nicht der Ausgangspunkt von Francks Buch, wird aber gelegentlich darin angesprochen.

Wir wollen uns in dieser Buchbesprechung schwerpunktmäßig mit zwei Aspekten auseinandersetzen, nämlich Francks Darlegungen zum Stil („Textbausteine“) und zu Meldungen und Artikeln („Mitteilungen für die Öffentlichkeit“).

Regeln über deren Gebrauch aufzustellen.

Zur Vermeidung von „Behördendeutsch“ empfiehlt er den großzügigen Gebrauch von Verben unter dem Motto — Vermeiden Sie Substantivierungen.

Hier hat er sich aber gleich selbst ein Bein gestellt. „Substantivierungen“ ist eine Substantivierung. Dieses Nomen ist aus dem Verb „substantivieren“ abgeleitet. Und noch mehr, das Verb ist selbst wieder aus dem Substantiv „Substanz“ abgeleitet. Nun wird aber niemand das Francksche Motto für einen unpassenden Gebrauch einer Substantivierung ansehen und statt dessen einen Satz mit einem Verb daraus machen wollen. Die Anwendung des Mottos auf das Motto führt zu einem umständlichen Satz:

— Vermeiden Sie es, Verben zu substantivieren.

Der Autor korrigiert seine Direktive allerdings etwas. Substantivierungen können nämlich oft auf verschiedene Weise verstanden werden, einmal als „Vorgang“ oder als „Gegenstand“ im weitesten Sinne. In dem Motto ist „Substantivierung“ als „Gegenstand“ zu verstehen, nämlich als Element einer Wortart. Franck präzisiert daher:

— Vermeiden Sie Substantivierungen, wenn ein Vorgang dynamisch ist.

Dazu liefert er dann eine Reihe von Beispielen, die er für schlecht hält. Die Klarstellung hat aber nur einen beschränkten Nutzen. Einmal abgesehen davon, daß unter den Beispielen solche zu finden sind wie „Fortbewegung“ oder „Instandsetzung“, bei denen auch ein „dynamisches“ Vorgangsverständnis ziemlich normal ist, paßt dieser Rat nur für ganz bestimmte Zusammenhänge. Die Anwendung der Maxime auf ein willkürlich aus der letzten Ausgabe dieser Zeitung herausgesuchtes Beispiel macht das Problem deutlich:

— Ich halte es ... für die Entwicklung menschlicher Gesellschaften für fast völlig belanglos, wie das Universum entstanden ist ...

Hier ist die Substantivierung „Entwicklung“ gebraucht, die im Zusammenhang des Satzes sicherlich dynamisch zu verstehen ist. Ersetzt man nun diese Substantivierung durch ein Verb, dann muß der ganze Satz umgebaut werden:

— Ich halte es dafür, wie sich menschliche Gesellschaften entwickeln, für fast völlig belanglos, wie das Universum entstanden ist.

Dieser Satz ist sicher nicht besser als das Original, eher umge-

kehrt. Der Grund liegt in der Konstruktion des Hauptsatzes. Das Hauptverb „halten“ hat eine Ergänzung, die durch den Satzteil gebildet wird, der durch die Präposition „für“ eingeleitet wird. An diese Präposition „für“ kann nur ein Substantiv angeschlossen werden, deswegen paßt „Entwicklung“ ganz gut. Damit statt der Substantivierung ein Verb gebraucht werden kann, muß ein Nebensatz formuliert werden, der dieses Verb enthält. Auf die Präposition „für“ kann aber nicht unmittelbar ein Nebensatz folgen, sonst gibt es Wortsalat: „Ich halte es für, wie sich menschliche Gesellschaften entwickeln, für völlig belanglos ...“

Die Operation gelingt nur, wenn dem „für“ ein „da“ vorangestellt wird: „Ich halte es dafür, wie ...“ Durch das „da“ wird der Nebensatz gewissermaßen „substantiviert“ und kann auf das „für“ folgen. Gleichzeitig wird jedoch die Konstruktion komplizierter.

Das „da“ hat keine eigene Bedeutung, die liegt beim Nebensatz, es hat nur die grammatische Funktion, die Verknüpfung des Nebensatzes mit der Präposition zu ermöglichen. Beim Gebrauch der Substantivierung „Entwicklung“ ist dieser Umweg nicht erforderlich. Auf solche Zusammenhänge weist Franck jedoch nicht hin.

... und Sätze

Im nächsten Kapitel beschäftigt sich Franck mit dem Satzbau. Auch hier stellt er eine Reihe von Regeln auf. So solle man vor allem „Schachtelsätze vermeiden“ wie diesen:

— Sie hatte, als der Bundeskanzler, der von seinem Staatsminister informiert war, eintraf, der Presse ihren Rücktritt bereits mitgeteilt.

Als eine generelle Regel empfiehlt Franck hier, „Nebensätze anzuhängen“. Statt des eben vorgestellten Satzes soll man schreiben:

— Sie hatte ihren Rücktritt der Presse bereits mitgeteilt, als der Kanzler eintraf, der von seinem Staatsminister informiert worden war, hatte sie ihren Rücktritt der Presse bereits mitgeteilt.

Dieser Satz ist sicher nicht

schlechter als die „korrigierte“ Fassung des Autors. Die Sache mit der Schachtel ist jedoch nicht einfach damit erledigt, daß man die Faustregel erweitert zu „Nebensätze anhängen oder an den Anfang stellen“. Die Informationswirkung ist nämlich jeweils eine andere, zumal wenn man den im Beispiel nicht dargestellten Zusammenhang mit anderen Sätzen berücksichtigt.

Das, was am Satzanfang steht, ist hervorgehoben. In der von Franck verbesserten Version ist es die Person, die ihren Rücktritt erklärt hat, in der zweiten, bei der der Nebensatz an den Anfang des Satzes gestellt wird, ist es der Zeitpunkt, zu dem dies geschieht. Obgleich es also verschiedene Möglichkeiten gibt, eine Schachtel zu vermeiden, haben sie nicht alle den gleichen Effekt bezüglich der Wirkung des Satzes beim Lesen.

Franck macht seine Vorschläge, ohne etwas über die Struktur von Aussagesätzen im Deutschen zu sagen und über den Zusammenhang zwischen dieser Struktur und der Weise, wie ein Satz verstanden wird. Das hat zur Folge, daß seine Verbesserungsvorschläge oft einseitig sind und dogmatisch erscheinen.

In der Grammatik des Deutschen spricht man davon, daß Sätze in verschiedene „Felder“ aufgeteilt sind. Ein Aussagesatz beginnt mit dem sogenannten „Vorfeld“. Dieses Vorfeld umfaßt alles, was vor dem Hauptverb bzw. dem Hilfsverb steht. Im obigen Beispiel gehört also alles vor „hatte“ dazu. Das Verb bzw. Hilfsverb bildet die „linke Klammer“. Daran schließt sich das „Mittelfeld“ an. Auf das Mittelfeld folgt die „rechte Klammer“. In Sätzen, die ein Hilfsverb enthalten, wird diese rechte Klammer entweder durch ein Partizip oder einen Infinitiv gebildet. In unserem Beispiel also durch das Partizip „mitgeteilt“. Nach der rechten Klammer kann noch ein „Nachfeld“ angeschlossen werden.

Im Deutschen gibt es — anders als zum Beispiel im Englischen — keine „feste Wortstellung“, das heißt, es gibt keine „unumstößlichen“ Regeln, welcher Satzteil in welchem Feld stehen muß. Ausgenommen davon sind die beiden „Klammern“, also die Verbelemente. Im Vorfeld kann grundsätzlich jeder Satzteil platziert werden, das Subjekt, ein Objekt, eine adverbiale Ergänzung oder ein Nebensatz. Je nachdem, was im Vorfeld steht, ändert sich natürlich die Struktur des Mittelfelds.

Diese größere Wahlmöglichkeit bei der Stellung der Satzteile im Satz bedeutet jedoch nicht, daß jede beliebige Wortstellung gleich gut verstanden werden kann. Ein Satz wird dann kompliziert, wenn ein Nebensatz, der sich auf den ganzen Hauptsatz bezieht, am Anfang des Mittelfelds steht und dieser Nebensatz womöglich selbst noch weitere Nebensätze enthält. Die von Franck beschriebene Schachtel kommt dadurch zustande; hier steht der Temporalatz, der mit „als“ beginnt, unmittelbar hinter dem Hilfsverb „hatte“.

Wie schon gesagt, bildet der Satzteil, der das Vorfeld des Satzes belegt, gewissermaßen einen Schwerpunkt der Aussage des Satzes. Demzufolge ist es nicht gleichgültig, wie man einen Satz anfangt. Hier liegt auch ein Unterschied zur gesprochenen Sprache. Beim Sprechen kann man durch Betonungen hervorheben, das geht beim Schreiben

Übung 4

Zu 1

Ergebnisbericht:

Über zehntausend Frankfurter Bürgerinnen und Bürger unterschrieben eine Resolution gegen den Sextourismus

Handlungsbericht:

Innerhalb von 30 Minuten war gestern der Katalog „Männer ihrer Träume“ vergriffen, den Frauen im Rahmen einer Aktion gegen Sextourismus auf der Frankfurter Hauptwache verteilt.

Zitatenbericht:

„Von diesem Skandal habe ich überhaupt nichts gewußt“, empörte sich die Bankangestellte Claudia M. gestern am Stand der Aktion gegen Sextourismus.

Zu 2

Ergebnisbericht:

Stadtdirektor Otto Fries unterlag bei den Wahlen zum Vorstand des XYZ der GRÜNEN Ursula Hentschel.

Handlungsbericht:

Stürmischer Applaus und 20 rote Rosen für Ursula Hentschel. Wut und Ärger bei den Anhängern von Otto Fries — so endeten die Wahlen zum Vorstand des XYZ.

Zitatenbericht:

„GRÜNE unterwandern Wohlfahrtsverbände.“ Mit dieser Feststellung kommentierte Otto Fries ...

In der „Übung 4“ wird angenommen, daß man eine Meldung oder einen Bericht über ein bestimmtes Ereignis schreiben will. Es geht um die Entscheidung für eine von drei Berichtsformen — Ergebnis- Handlungs- oder Zitatenbericht — und um die Formulierung des ersten Satzes. Die Musterlösungen zeigen, daß der Ergebnisbericht am gesamten Vorgang orientiert ist, während man beim Handlungs- und Zitatenbericht Details in den Vordergrund stellen kann. Francks Beispiele sind wie kleine Sensationen formuliert, was abstoßend wirkt. Konkretes und Anschauliches paßt in einen Bericht, wenn die Details etwas zum Verständnis des Ergebnisses beitragen und nicht davon ablenken wie Francks selbstfabrizierte „30-Minuten“-Sensation.

naturgemäß nicht.

Gerade bei Fragen des Satzbaus dürfte es daher hilfreicher sein, die mögliche Gliederung mit Blick auf ihre Folge für das Verständnis eines Satzes aufzuzeigen, als Lösungen zu formulieren, die das eigentliche Problem gar nicht deutlich machen können. Das Mißliche bei diesem Verfahren liegt nämlich darin, daß man beim Schreiben prompt in Situationen kommt, in denen der Ratschlag die schlechtere Lösung bietet.

Interesse

Franck setzt voraus, daß man für die kommerzielle Presse schreibt, und er ordnet beide Kriterien des Nachrichtenwerts. Bedeutung und Publikumsinteresse, der Orientierung der Zeitungsverleger an Verkaufszahlen und Gewinn zu. Er befaßt sich nicht mit der Frage, ob eine Meldung anders aussehen kann oder muß, wenn das Presseerzeugnis in dem sie erscheint, nicht auf Gewinn zielt. Stattdessen empfiehlt er, „daß Sie sorgfältig abwägen zwischen dem, was Ihnen wichtig erscheint, und dem, was anderen (den Leserinnen und Lesern bzw. der zuständigen Redakteurin, dem verantwortlichen Redakteur) wichtig erscheinen könnte.“ (S. 83) Er geht also nicht von einem Interessenszusammenhang aus, für den man schreibt, sondern von mindestens latenten Differenzen: Wer schreibt, will eine Mitteilung machen, die Redaktion Auflage. Entsprechend haben manche von Francks Empfehlungen eine Tendenz zum Reißerischen — sie zielen auf eher emotionale Reaktionen des Lesers als auf Vermittlung von Kenntnissen.

Nachrichtenwert

Das dritte Kapitel von „Schreiben wie ein Profi“ ist für Leser der „Politischen Berichte“ vermutlich am interessantesten. Es ist mit „Mitteilungen für die Öffentlichkeit“ überschrieben und enthält die Gliederungspunkte „Meldung und Bericht“, „Meinungsbeiträge“, „Tips für die Manuskriptgestaltung“ sowie „Musterlösungen“. Dieses Kapitel hätte man sich ausführlicher gewünscht — demgegenüber sind die nachfolgenden Kapitel wohl für den Adressatenkreis des Buches weniger dringlich.

Für nicht-journalistisch ausgebildete Autoren kann es wichtig sein zu wissen, nach welchen Kriterien professionelle Redakteure Meldungen beurteilen. Franck macht das zum Ausgangspunkt seiner Darlegung. Sie unterscheiden demnach zwischen der Bedeutung einer Nachricht (die abhängt vom Ausmaß und den Konsequenzen eines Ereignisses) und dem vermuteten Publikumsinteresse (das durch Nähe, Aktualität, prominente Beteiligte sowie Unterhaltungsbedürfnis bestimmt ist). Als Beispiel für die Bedeutung des „Publikumsinteresses“ schreibt er: „Eine Sitzblockade mit 200 Dackeln kommt bestimmt in die Zeitung.“ Und er ergänzt: „Es ist also nützlich, die Kriterien zu kennen, nach denen der Wert einer Nachricht beurteilt wird. Kennen muß nicht anpassen heißen.“

Den Publikationsmitteln im GNN-Zusammenhang würde wohl niemand die Meldung über eine „Sitzblockade mit 200 Dackeln“ anbieten, und wenn, dann orientiert an den Zielen der Blockade, nicht an den Hunden. Wir orientieren uns demnach vorrangig an der „Bedeutung“, und zwar an der Bedeutung für einen relativ klar bestimmten Leserkreis, nicht dagegen am allgemeinen Publikumsinteresse.

Über Wörter ...

Texte bestehen aus Sätzen und die wieder aus Wörtern. Nach der Devise „vom Elementaren zum Ganzen“ handelt der Autor im ersten Kapitel „über Wörter“ und im zweiten „über Sätze“. Bei dieser scheinbar naheliegenden Verfahrensweise rückt jedoch ein wichtiger Zusammenhang in den Hintergrund. Die passende Verwendung von Wörtern und die angemessene Konstruktion von Sätzen wird durch deren Zusammenhang im Text und dessen Zwecksetzung bestimmt. Franck versucht indes unabhängig von den grammatischen Konstruktionen, in denen Wörter stehen, allgemeine

Denkplan	Aufbau	Argumentation
3. Schritt	1. Schritt	Einleitung Zum Hauptteil hinführender Einstieg
2. Schritt	2. Schritt	Hauptteil 1. Situationsbeschreibung Was war, was ist? 2. Perspektive Wie sollte es sein? 3. Lösungsmöglichkeiten Wie ist das zu erreichen?
1. Schritt	3. Schritt	Schluß Problemlösung, Vorschlag: Das ist zu tun So soll vorgegangen werden Das ist (sind) meine Forderung(en)

Ausgesprochen hilfreich sind im dritten Kapitel Empfehlungen zur inneren Organisation von Artikeln, etwa zur Unterscheidung von „Denkplan“ und „Aufbau“, und Gesichtspunkte zu Pressemitteilungen und Meinungsbeiträgen.